



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

JAHRESBERICHT 2017 | Nationalrat



*DemokratieQuartier auf einen Blick:
vom Dach des historischen
Parlamentsgebäudes am Ring über die
Pavillons am Heldenplatz zur Hofburg*







INHALT

Editorial	7
Nationalratspräsidium	
Ein starkes Parlament für ein modernes Österreich	10
Respekt und Wertschätzung – unsere gemeinsame Verpflichtung	12
Neu gewählte Dritte Nationalratspräsidentin	14
Parlamentarismus erlebt eine neue Lebendigkeit	16
XXV. Gesetzgebungsperiode	
Zahlen, Daten, Fakten – die XXV. Gesetzgebungsperiode	18
Die neue Gesetzgebungsperiode	
An der Spitze des Hohen Hauses – neues Nationalratspräsidium	22
Der neue Nationalrat – jünger und weiblicher	26
Die neue Bundesregierung	
Bundesregierung verspricht neuen Stil und Veränderung	28
Angelobung von Bundespräsident Van der Bellen	
Der Bundespräsident Impulsgeber und Vermittler	34
Parlamentarische Kontrolle	
Untersuchungsausschuss prüfte erneut Causa Eurofighter	40
Statements der Klubobleute	42
Parlamentarierinnen und Parlamentarier	
Abgeordnete ohne Klub im österreichischen Nationalrat	46
31 Jahre im Hohen Haus Die Grünen im Parlament	48
Bürgerbeteiligung	
Neue Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger	50
Rechnungshof	
Der Rechnungshof Impulsgeber für Reformen	52
Parlamentarische Bundesheerkommission	
Der Anwalt der Soldatinnen und Soldaten	54
Volksanwaltschaft	
Die Volksanwaltschaft feiert ihr 40-jähriges Bestehen	56
Ein Parlament Fünf Orte	
Nationalfeiertag – Tag der offenen Tür im Parlament	60
Das neue DemokratieQuartier – fünf Standorte mitten in Wien	62
Sanierung Parlamentsgebäude	
Jetzt geht es zur Sache Beginn der Bauarbeiten 2018	68
Übersiedelung	
... und nicht ein Stück ging verloren	70
Interimsloktion	
Vom Ballsaal zur Herzkammer der Demokratie	72
Mehr als ein Provisorium	74
Starkes Statement für Demokratie und Rechtsstaat	76
Parlament und Europa	
60 Jahre EU – und wie geht's jetzt weiter?	80
Der österreichische EU-Ratsvorsitz 2018	82
Parlament international	
Parlamentarische Versammlung der OSZE 2017	84
Parlamentarischer NordSüdDialog	85
Hochrangige Parlamentskontakte 2017	86
Gedenken	
Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus	92
Kinder und Jugendliche	
10 Jahre Demokratiewerkstatt 10 Jahre DemokratieWEBstatt	98
Kunst und Kultur	
"Mein Parlament" – Abschied aus dem Hohen Haus	102
"Mark Twain. Reportagen aus dem Reichsrat"	103
"Frauen am Wort oder Der lange Weg der Erkenntnis"	104
Alfred Fried Photography Award	105
Statistik	
Die Arbeit des Nationalrates im Jahr 2017 in Zahlen (XXV. Gesetzgebungsperiode)	106
Service- und Informationsangebote des österreichischen Parlaments	108

*"Das anstehende Be- und
Gedenkjahr 2018 muss
uns allen vor Augen
führen, wie wichtig,
ja alternativlos,
ein lebendiger
Parlamentarismus ist."*

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka





LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

WOLFGANG SOBOTKA

Ein innenpolitisch herausforderndes und ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Die Nationalratswahl am 15. Oktober brachte einen Regierungswechsel mit sich, der neben dem Wunsch nach Veränderung auch von emotionalen Reaktionen und Kritik begleitet war. Aufbruch, aber auch Skepsis sind daher Schlagworte, die in diesen Tagen die Berichterstattung dominieren und die Gefühlswelten in der heimischen Bevölkerung widerspiegeln. In einer starken Demokratie ist genau das ein guter Nährboden für einen lebendigen Parlamentarismus, der aber auch Ausdruck eines respektvollen Umgangs miteinander sein soll. Die vornehmste Aufgabe des Hohen Hauses ist sicher, Gesetze zu diskutieren und zu beschließen, somit auch Partner der Regierung zu sein. Darüber hinaus sind wir aber auch wachsamer Kontrolleur der Regierung und Wahrer der Grundrechte.

Jede Gesetzgebungsperiode bringt die Chance, den Landsleuten bessere Grundlagen für die Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu verschaffen, damit Österreich noch erfolgreicher, noch anerkannter in der Europäischen Union und der Welt auftreten kann. Wir fühlen uns verpflichtet, die Lebensqualität aller Menschen in unserer Heimat weiterzuentwickeln. Unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen die nächste Generation, die Älteren und die Schwachen in unserer Gesellschaft.

Die Überzeugung, Österreich noch besser zu machen, ist dabei eine Grundausrichtung, die alle Abgeordneten im Hohen Haus eint. Auch wenn die politischen Zugänge dabei unterschiedlich sein mögen, so bringt das Votum der Wählerin an alle im Parlament vertretenen Fraktionen stets auch den klaren Auftrag, sämtliches Denken und Tun diesem Ziel unterzuordnen. Ein fairer Wettstreit unterschiedlicher Meinungen und Positionen sowie ein lösungsorientierter Diskurs im Hohen Haus sollten daher jenen Rahmen bieten, den es braucht, um bestmöglich im Sinne der heimischen Bevölkerung arbeiten zu können. Gerade das anstehende Be- und Gedenkjahr 2018 muss uns allen vor Augen führen, wie wichtig, ja alternativlos, ein lebendiger Parlamentarismus ist. Demokratie unterliegt weder einem Naturgesetz, noch ist sie selbstverständlich. Sie ist vielmehr eine vom Souverän gegebene Verantwortung, jeden Tag aufs Neue für ein gerechteres Österreich einzustehen und einen Parlamentarismus zu leben, der sich unserer Demokratie als würdig erweist.

Mein Ziel als Präsident des Nationalrates ist es, der Bevölkerung die Bedeutung des Hohen Hauses für die

Wahrung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie seinen Einsatz für die Freiheit des Einzelnen und ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft zu verdeutlichen. Wo, wenn nicht im Parlament, müssen wir unsere demokratischen Werte ausnahmslos hochhalten, um für unsere Ideale einzustehen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir können nichts erwarten, das wir nicht selbst bereit sind, im Parlament vorzuleben. Jede und jeder Abgeordnete ist daher nicht nur Volksvertreter, sondern auch Vorbild. Es ist unser aller Privileg, als solches voranzugehen, um unser Land aktiv mitzugestalten.

*"Demokratie ist
eine vom Souverän
gegebene Verantwortung,
jeden Tag aufs Neue für
ein gerechteres Österreich
einzustehen."*

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Nicht immer spiegelt dabei ein flüchtig gemachtes Bild während einer Debatte im Hohen Haus das tatsächliche Engagement der Abgeordneten wider. Eine Vielzahl von Ausschusssitzungen, harte Verhandlungen hinter den Kulissen, zahllose Bürgerkontakte, eine stets intensive Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den sozialen Medien, und nicht zuletzt die vielen Verpflichtungen der Abgeordneten in ihrem Wahlkreis lassen sich nicht durch eine oberflächliche Momentaufnahme beschreiben. Die Arbeit der Abgeordneten ist zweifellos eine wesentliche Säule unserer Demokratie. Nicht weniger als 85 neue Abgeordnete haben mit der Angelobung des Nationalrates der XXVI. Legislaturperiode ihre Arbeit aufgenommen. Der Frauenanteil liegt derzeit bei knapp 34 Prozent und war damit niemals höher als heute. Auch wenn wir noch lange nicht am Ziel sind, so ist diese Entwicklung doch ein deutliches Signal an alle Frauen quer durch unsere Gesellschaft und das ganze Land. Dass trotz all dem noch immer nicht die gleichen Rahmenbedingungen für gesellschaftlichen Aufstieg geschaffen sind, zeigt auch die in diesem Jahr angestoßene Diskriminierungsdebatte. Ich darf Elisabeth Köstinger meinen Dank für

die Initiative aussprechen, eine Clearingstelle im Parlament für Fälle von sexueller Belästigung und Machtmissbrauch eingerichtet zu haben. Für dieses Projekt konnte die gerade in diesem Gebiet sehr erfahrene Psychotherapeutin Christine Bauer-Jelinek als Schirmherrin gewonnen werden. Keinen Moment wollen wir uns auf dem bisher Erreichten ausruhen, sondern den Blick nach vorne richten und für tatsächliche Chancengleichheit eintreten.

Der Renovierung unseres einzigartigen architektonischen Juwels, unseres Hauses am Ring, gilt meine besondere Aufmerksamkeit. Aufgrund von Überschreitungen des Kostenrahmens der im Juni 2017 im Vergabeverfahren gelegten Angebote ergibt sich bereits vor dem richtigen Baubeginn eine Zeitverzögerung von acht Monaten, sodass wir mit dem Wiedereinzug erst im März des Jahres 2021 rechnen können. Denkmalgerechte Renovierung, der gesetzlich vorgegebene Kostenrahmen und ein strenger Zeitplan geben uns ein enges Korsett vor. Für wichtig erachte ich, das Hohe Haus künftig noch weiter für junge Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen zu öffnen. Sie sind es, die oftmals ein feines Sensorium für politische Entwicklungen an den Tag legen und Veränderungen in der Gesellschaft früher vorhersehen als andere. Es ist mein Ziel, den Stellenwert unseres Parlaments nicht nur innerhalb Österreichs, sondern über die Landesgrenzen hinweg noch mehr zu verdeutlichen.

*"Wir müssen Vorreiter und
Ideengeber für andere sein."*

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Liebe Leserinnen und Leser, wir haben eine lange parlamentarische Tradition mit vielen Höhen und Tiefen, wir haben einen reichlichen politischen Erfahrungsschatz. Eine neue Zeit erfordert aber auch den Mut, neue Sichtweisen zuzulassen. Nicht nur danach zu fragen, wie man bisher an die Dinge herangegangen ist, sondern wie man ihnen künftig begegnen möchte, muss daher unser Anspruch sein. Wir können und müssen dabei Vorreiter und Ideengeber für andere sein. Vieles von dem, was bisher schon vorbildlich gelebt wurde, soll uns dabei als Beispiel dienen. Es soll uns aber nichts daran hindern, Neues zu probieren und Besseres zu übernehmen. Wir selbst müssen es wagen, neue Wege zu beschreiten, um eine moderne Qualität des Parlamentarismus in Österreich zu ermöglichen. Es ist mein persönliches Anliegen, dazu meinen Beitrag zu leisten.

Ihr



Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates

Die verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen und Männer in gleicher Weise.



Der neu gewählte Nationalratspräsident Sobotka
bei seiner Eröffnungsrede am Präsidium
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Ein starkes Parlament für ein modernes Österreich

Der Nationalrat hat in der XXV. Gesetzgebungsperiode viele Gesetze beschlossen, die den Menschen in Österreich konkrete Verbesserungen gebracht haben. Neben der erfolgreichen Bewältigung seiner Hauptaufgaben Gesetzgebung und Kontrolle hatte das Parlament in dieser Zeit eine ganze Reihe von weiteren Herausforderungen zu meistern.

DORIS BURES

Das Amt der Nationalratspräsidentin ist in unserer parlamentarischen Demokratie ein ganz besonderes. Als Präsidentin dafür zu sorgen, dass die Rechte des Nationalrates gewahrt und die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt werden, zählt zu den ehrenvollsten Tätigkeiten in unserer Republik – und ich bin sehr dankbar, dass ich dieses Amt zwischen September 2014 und November 2017 mit viel Freude und großer Leidenschaft ausüben durfte.

Die XXV. Gesetzgebungsperiode (GP), die am 9. November nach fast genau vier Jahren zu Ende gegangen ist, war eine außergewöhnliche, in der das Parlament neben der erfolgreichen Bewältigung seiner Hauptaufgaben Gesetzgebung und Kontrolle auch eine ganze Reihe von unvorhersehbaren Herausforderungen zu meistern hatte.

Ein ganz besonders trauriger Einschnitt: Nur neun Monate nach ihrer Wiederwahl verlor Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ihren so mutig geführten Kampf gegen den Krebs. Ihr großer Einsatz und ihr Wirken für das Parlament und die österreichische Demokratie werden uns immer in Erinnerung bleiben. Mit dem Namen Barbara Prammer wird auch die Parlamentsgebäudesanierung verbunden bleiben, die noch drei Wochen vor ihrem Ableben einstimmig im Nationalrat beschlossen worden ist. Als eine Folge dieses Beschlusses fiel dann in meine Amtszeit auch die Übersiedelung des Parlaments ins Ausweichquartier, die im Sommer 2017 erfolgreich abgeschlossen wurde.



Nationalratspräsidentin Bures bei der Angelobung der Rekruten am Heldenplatz während der Zeit der Sedisvakanz © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Die "Geste der Verantwortung" war ein wichtiger Meilenstein

Weitere zentrale parlamentarische Meilensteine, die in meine Amtszeit fielen, waren ohne Zweifel der Beschluss einer Verfahrensordnung für U-Ausschüsse mit starken Minderheitsrechten sowie die darauf basierenden U-Ausschüsse zur Hypo Alpe-Adria-Bank und zur Causa Eurofighter; die Abhaltung eines Staatsaktes im historischen Sitzungssaal, bei dem das offizielle Österreich und die Kirche nach jahrzehntelangem Ignorieren und Wegschauen ehemalige Heimkinder, die in der Zweiten Republik Gewalt und Missbrauch erlebt



haben, um Verzeihung gebeten haben; und natürlich auch die Zeit der Sedisvakanz, während der das Präsidium des Nationalrates nach einer vom Verfassungsgerichtshof aufgehobenen Bundespräsidentenwahl für 202 Tage die Amtsgeschäfte des Bundespräsidenten zu übernehmen hatte.

Von ganz besonderer Bedeutung waren für mich in den vergangenen drei Jahren die Gesetzesbeschlüsse, die den Menschen in Österreich konkrete Verbesserungen gebracht haben, wie etwa die Steuerreform, die Erhöhung der Studienbeihilfe, die Zuerkennung von Heimopferrenten, neue Regelungen für Privatkonkurs und Sachwalterschaft oder die Abschaffung des Pflegeregresses. Insgesamt wurden 469 Gesetze beschlossen, rund 30 Prozent aller Beschlüsse waren einstimmig. Ein grundlegendes Anliegen war mir als Nationalratspräsidentin auch die Öffnung des Parlaments für Menschen, die oft zu wenig im Zentrum

der politischen Aufmerksamkeit stehen. In diesem Sinn war es mir immer wichtig, die Tore des Hohen Hauses für möglichst viele Menschen zu öffnen und möglichst viele Brücken in die Gesellschaft zu bauen.

Anlässlich des Staatsaktes "Geste der Verantwortung" hießen wir etwa 300 ehemalige Heimkinder im Parlament willkommen. Das Parlament lud zum "Parlament der Ausgegrenzten", wo Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Wohnungslose mit Abgeordneten auf Augenhöhe diskutierten. Bei Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus berichteten ZeitzeugInnen im Hohen Haus über die NS-Gräueltaten und erinnerten so bewegend wie eindringlich an die Notwendigkeit, den Kampf gegen das Vergessen lebendig zu halten. Auch KünstlerInnen wurden eingeladen: Österreichische AutorInnen, MusikerInnen und SchauspielerInnen machten sich am letzten Tag der offenen Tür im historischen Parlamentsgebäude im Rahmen des Kunstprojekts "Im Herzen der Demokratie" in aller Freiheit Gedanken über den Zustand unserer Demokratie und unseres Parlamentarismus und zogen mit ihren

Auftritten mehr als 15.000 BesucherInnen an, mehr als je zuvor bei einem Tag der offenen Tür.

Ausbau des Angebots der politischen Bildung für Lehrlinge

Überdies wurde in den vergangenen drei Jahren das parlamentarische Angebot für SchülerInnen, Demokratie und Parlamentarismus spielerisch zu erlernen und zu erleben, auch für Lehrlinge geöffnet – mit Lehrlingsführungen, einem Lehrlingsforum und einem Lehrlingsparlament. Zusätzlich wurde das Projekt "Demokratie in Bewegung" gestartet, in dessen Rahmen das Parlament seit heuer Workshops direkt in Schulklassen anbietet. Das Bildungsangebot an junge Menschen war mir deshalb so wichtig, weil hierbei die Regeln vermittelt werden, die



Nationalratspräsidentin Bures begrüßt UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Parlament. © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

unsere Demokratie zusammenhalten. In der vergangenen GP haben rund 230.000 Lehrlinge, Schülerinnen und Schüler das Demokratievermittlungsangebot des Parlaments genutzt. Dass unser Angebot so starken Zuspruch findet, freut mich außerordentlich.

Neben den Kontakten zu jungen Menschen wurde mit dem Projekt "Foresight und Technikfolgenabschätzung" auch die Beziehung zur Wissenschaft vertieft und ausgebaut. In einer Zeit des rasanten technologischen und wissenschaftlichen Wandels erhält das Parlament seit dem Vorjahr von der Akademie der Wissenschaften und dem Austrian Institute of Technology einen systematischen Überblick über wissenschaftliche Entwicklungen und Abgeordnete können bei Bedarf Studien zu konkreten Themen anfordern.

Neue Möglichkeiten der Mitbestimmung für BürgerInnen

Zu mehr Mitbestimmung und Transparenz im Parlament führte indes das erweiterte Begutachtungsverfahren, mit dem BürgerInnen neue Möglichkeiten haben, sich bei der Entstehung von Gesetzen einzubringen. So können sie auf der Parlamentshomepage Gesetzentwürfe beurteilen, indem sie Stellungnahmen abgeben und diese dann auch bewerten. Dies war eine der Empfehlungen der parlamentarischen Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich, die knapp ein Jahr lang tagte und in der ich den Vorsitz ausüben durfte. Mit dem 2015 beschlossenen Rederecht für Europaabgeordnete und herausragende Persönlichkeiten der internationalen Politik hat sich das Parlament noch stärker in Richtung Europa und der Welt geöffnet. Zur Premiere sprach der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon am 28. April 2016 im Nationalratssitzungssaal, wo er Österreich als "ein unverzichtbares Mitglied der Weltgemeinschaft" bezeichnete.

All diese Aufgaben wären nicht ohne die hervorragende und äußerst wertvolle Arbeit in der Parlamentsdirektion und in allen Klubs zu bewältigen gewesen. Für diese Unterstützung bin ich äußerst dankbar. Österreich hat einen starken, modernen und lebendigen Parlamentarismus, und das stimmt mich für die Zukunft unseres Landes sehr zuversichtlich.

Respekt und Wertschätzung – unsere gemeinsame Verpflichtung

Seit 1994 ist der Vorarlberger Unternehmer Karlheinz Kopf Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat. Zwischen 2013 und 2017 gehörte er dem Präsidium des Nationalrates an und vertrat als dessen Zweiter Präsident den Nationalrat sehr oft auf internationaler Ebene.

KARLHEINZ KOPF

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Freunde unserer Demokratie und unseres Parlaments!

Ein ereignisreiches, ein intensives Jahr 2017 liegt hinter uns. Es war insbesondere geprägt durch einen Wahlkampf und Neuwahlen, deren Ergebnisse sich in der Neukonstituierung des Nationalrates zeigen. Nicht nur die Räumlichkeiten, der Rahmen, in dem sich die neu gewählten Mandatarinnen und Mandatare trafen, nämlich im Redoutensaal der Wiener Hofburg, spiegelten diese Veränderung wider, zu einschneidenden Veränderungen kam es insbesondere in der Zusammensetzung, dem Stärkeverhältnis und der Rollenverteilung der Parteien im Hohen Haus.

Auch für mich persönlich brachten die Wochen nach den Wahlen Veränderungen mit sich. Nach vier wunderbaren Jahren als einer Ihrer Nationalratspräsidenten bin ich aus der Präsidialkonferenz des Nationalrates, der ich insgesamt neun Jahre angehört habe, ausgeschieden. Mir wurde von meiner Parlamentsfraktion die Funktion des Finanzsprechers und vom Nationalrat jene des Obmannes im Finanzausschuss übertragen. Diesen Funktionen werde ich mich künftig ebenso ernsthaft widmen wie der Vertretung der Wählerinnen und Wähler aus meinem Wahlkreis, die mich mit einem Direktmandat und einem sehr schönen Vorzugsstimmenergebnis ausgestattet haben.

An dieser Stelle wünsche ich dem neuen Präsidium des Nationalrates und der neu zusammengesetzten Präsidialkonferenz im Sinne eines funktionierenden, lebendigen Parlamentarismus auch für die Zukunft jenen Geist der kollegialen Zusammenarbeit, den ich in den vergangenen Jahren erfahren und schätzen lernen durfte. Einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung unserer Aufgabenstellung leisten vor allem auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Parlamentsdirektion in den Parlamentsklubs und auch die direkten parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten. Ihnen allen spreche ich Dank und Anerkennung aus!



Karlheinz Kopf mit seiner Frau Karin bei der Feier anlässlich seines 60. Geburtstags im Parlament © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Demokratie ist als die höchst entwickelte Form menschlichen Zusammenlebens die Grundlage, ja die Voraussetzung für Sicherheit und Wohlstand eines Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Eine entwickelte Demokratie zeigt ihre wahre Stärke nicht dadurch, dass am Ende Mehrheiten bloß entscheiden, sondern dadurch, dass auf dem Weg bis zur Entscheidung auch Minderheiten ihre Rechte wahrnehmen und sich Gehör verschaffen können. Dabei ist vor allem die Bedeutung des Interessenausgleichs im Rahmen des parlamentarischen Diskussions- und Entscheidungsprozesses hervorzuheben. Voraussetzung dafür sind Respekt und Wertschätzung anderen Überzeugungen und Personen gegenüber.

Diese Werte vorzuleben, ob als Parlamentarierin oder Parlamentarier oder auch als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter unseres Hauses der Demokratie, ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung im Sinne des Schutzes der Demokratie und ihrer gesetzmäßigen Institutionen! Ich möchte Ihnen und uns allen in diesem Sinne einen erfolgreichen und guten Start in das neue Jahr wünschen!

Karlheinz Kopf



Auch 2017 hat Karlheinz Kopf einen Arbeitsschwerpunkt auf die internationalen Beziehungen gelegt. Nach Besuchen in Kanada, Russland und dem Iran gab es auch eine gemeinsame Reise mit Sonja Ledl-Rossmann nach Brüssel. Von April bis Juli dominierte der Eurofighter-U-Ausschuss den Terminkalender. Zu den Highlights zählten wieder der Tag der offenen Tür und der Besuch der Sternsinger. Fotos © Peter Lechner/HBF, Parlament/Gerda Zweng, Parlamentsdirektion/Michael Buchner, Thomas Topf, Johannes Zinner

"Demokratie ist als die höchstentwickelte Form menschlichen Zusammenlebens die Grundlage, ja die Voraussetzung für Sicherheit und Wohlstand eines Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger."

Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf



Neu gewählte Dritte Nationalratspräsidentin

Im Rahmen der Nationalratssitzung am 20. Dezember wurde Anneliese Kitzmüller zur Dritten Präsidentin des Nationalrates gewählt. Seit 2008 ist sie Nationalratsabgeordnete, ihre Schwerpunkte sind Familien- und Vertriebenenpolitik. Die erfahrene Politikerin folgt auf ihren Parteikollegen Norbert Hofer.

ANNELIESE KITZMÜLLER

Anneliese Kitzmüller wurde in der Plenarsitzung am 20. Dezember 2017 zur Dritten Nationalratspräsidentin gewählt und folgt damit Norbert Hofer nach. Präsidentin Kitzmüller gehört seit 2008 dem österreichischen Nationalrat an und ist bereits seit vielen Jahren in der oberösterreichischen Kommunalpolitik aktiv, wo sie auch ihr politisches Handwerkzeug erlernte. Die gebürtige Oberösterreicherin ist verheiratet und Mutter zweier erwachsener Kinder. Nach dem zweiten Abschnitt brach sie ihr Jusstudium ab und trat in das Berufsleben ein. Als Nachkommin von Altösterreichern aus Czernowitz in der Bukowina ist ihr das Schicksal dieser Menschen, die ab dem Jahr 1944 aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden und flüchten mussten, ein besonderes Anliegen.

Als FPÖ-Vertriebenensprecherin kämpft Kitzmüller für ein stärkeres Bewusstsein hinsichtlich der Geschichte der vertriebenen deutschsprachigen Altösterreicher, die maßgeblich am Wiederaufbau unseres Landes beteiligt waren. Aus diesem Grund hat sie sich für die Schaffung eines bundesweiten Gedenktages zur Erinnerung an die Vertreibungen der Altösterreicher deutscher Muttersprache eingesetzt, damit auch die Republik Österreich diesen Menschen und ihren Nachfahren ein Zeichen der Verbundenheit setze. Dieses Bewusstsein soll für Präsidentin Kitzmüller aber auch durch entsprechende Eingänge der Thematik in die öffentlichen Lehrpläne und Lehrbücher der österreichischen Bildungseinrichtungen erreicht werden, um auch unseren Kindeskindern diesen Teil unserer Geschichte nahezubringen. Federführend wirkte Präsidentin Kitzmüller auch an der Implementierung eines Gesetzes hinsichtlich der Zuwendungen des Bundes an den Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ-G) mit.

Präsidentin Kitzmüller hat sich in ihrer bisherigen Abgeordnetentätigkeit aber auch als Familiensprecherin ihrer Partei besonders für die Familien als selbstbestimmte Fundamente eines funktionierenden Staates starkgemacht. Die Familie als wichtigste Einheit des Staatsgefüges zu fördern und zu unterstützen, ist ihr ein ganz großes Anliegen. Dabei müsse jedes Kind



Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller – Übergabe der Temeswarer Resolution am 13. Oktober 2016 © Michael Siedler

"Ohne funktionierende Familien kann das Staatsgefüge nicht aufrechterhalten werden."

Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller

dem Staat gleich viel wert sein. Ohne funktionierende Familien könne das Staatsgefüge nicht aufrechterhalten werden, daher sei es notwendig, Familien auch entsprechende Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die Entscheidungsfreiheit aber in den Familien zu belassen. Präsidentin Kitzmüller war nicht zuletzt Vorkämpferin dafür, die Familienbeihilfe von im Ausland lebenden Kindern an die tatsächlichen Lebensbedürfnisse im jeweiligen Land anzupassen und das eingesparte Geld Kindern in Österreich zugutekommen zu lassen.



Anneliese Kitzmüller wurde am 3. Juli 1959 in Linz geboren und ist von Beruf Hausfrau. Nach der Matura am Bundesoberstufenrealgymnasium in Linz widmete sich Kitzmüller dem Studium der Rechtswissenschaften und war dann mit Unterbrechungen als Bankangestellte und Geschäftsführerin tätig. Sie ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Ihre politische Karriere begann Kitzmüller als Gemeinderätin in Kirchschlag bei Linz. Seit 2008 ist sie Abgeordnete zum Nationalrat. Die Schwerpunkte ihrer politischen Tätigkeit legt sie auf Familien- und Vertriebenenpolitik. Sie ist Landesobfrau des Freiheitlichen Familienverbandes Oberösterreich und Bundesobfrau des Freiheitlichen Familienverbandes Österreich (FFV). Seit 2006 fungiert sie als Mitglied der FPÖ-Bundesparteileitung und als Landesparteibmann-Stellvertreterin der FPÖ Oberösterreich und ist seit 2004 Bezirksparteibfrau der FPÖ Urfahr-Umgebung.



Die Dritte Präsidentin des Nationalrates
Anneliese Kitzmüller am Präsidium
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Parlamentarismus erlebt eine neue Lebendigkeit

Norbert Hofer gehörte seit 2006 dem österreichischen Nationalrat an und wurde am 29. Oktober 2013 zum Dritten Präsidenten des Nationalrates gewählt. Nach mehr als vier Jahren im Präsidium des Nationalrates wechselte er am 18. Dezember 2017 als Minister für Verkehr, Innovation und Technologie in die Bundesregierung.

NORBERT HOFER

Das Jahr 2017 begann mit einer großen Regierungskrise, die auch das Parlament in Atem hielt. Letzten Endes einigten sich die damaligen Regierungsspitzen von SPÖ und ÖVP auf ein neues Arbeitsübereinkommen, das Ende Jänner im Rahmen der Plenarsitzungen präsentiert wurde. Nach einer kurzen Phase des parlamentarischen „Normalbetriebs“ war im Mai klar, dass auch das Jahr 2017 durch einen vorgezogenen Neuwahltermin mit einem langen Nationalratswahlkampf geprägt sein würde. Besonders war, dass durch das Zerwürfnis der Koalition der Parlamentarismus eine neue Lebendigkeit erlebte. So konnten kurz vor dem Wahltermin zahlreiche Gesetzesinitiativen mit unterschiedlichen Fraktionsmehrheiten verabschiedet werden. Die Nationalratswahl selbst hat bewiesen, dass die Bürger trotz des langen Bundespräsidentenwahlkampfes im Vorjahr nicht müde wurden, am demokratischen Geschehen teilzunehmen, sondern – im Gegenteil durch eine hohe Wahlbeteiligung großes Interesse an politischen Inhalten bewiesen und trotz hoher medialer Berichterstattung den direkten Kontakt zu den Abgeordneten gesucht haben.

Neu in diesem Jahr war aber auch die Übersiedelung des Parlamentsbetriebs in das Ausweichquartier. Seit September finden Plenarsitzungen des Bundes- und des Nationalrates im großen Redoutensaal der Wiener Hofburg statt. Alle Beteiligten haben sich schnell auf die neue Umgebung eingestellt und gut eingelebt. Für mich persönlich war das Jahr 2017 abseits des Wahlkampfes von meiner Arbeit im Parlament geprägt, die ich mit großer Freude erfüllte. Bei verschiedenen Veranstaltungen konnte ich zahlreiche Gästen begrüßen und mit vielen Menschen interessante Gespräche führen.

Im April stattete ich der Republik Zypern einen vier-tägigen Arbeitsbesuch ab und traf mit führenden Repräsentanten des Parlaments, der Regierung, der Kommunalpolitik und der griechisch-orthodoxen Kirche zusammen. Im Mittelpunkt meiner Gespräche standen die Vertiefung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen sowie der Ausbau von wirtschaftlichen Kontakten. In einer Unterredung mit



Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer bei einer Veranstaltung zum Thema freiheitliche Hochschulpolitik im Parlament
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Parlamentspräsident Demetris Syllouris waren die enge Kooperation des zyprischen und österreichischen Abgeordnetenhauses ebenso Thema wie die Etablierung von parlamentarischen Freundschaftsgruppen und die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder. Bei einem Treffen mit Außenminister Ioannis Kasoulides wurden hinsichtlich der Zypernfrage die finanziellen Mittel der Europäischen Union für die Türkei und die fehlende Unterstützung für die Mitgliedstaaten zum Grenzschutz erörtert. Auch die Besichtigung der Pufferzone zwischen dem griechischen und dem türkisch besetzten Gebiet im Norden der Insel stand am Programm, die unter Kontrolle der Friedenstruppen der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) mit österreichischer Beteiligung steht.

Die verstärkte Einbindung der Bevölkerung in die Arbeit und die Entscheidungen der Politik wird auch mein künftiges Politikerleben prägen. Gemeinsam mit den Österreicherinnen und Österreichern werde ich auch zukünftig an der Weiterentwicklung unseres Heimatlandes Österreich arbeiten.



21. Februar 2017: Charitylauf für Lisa, Übergabe eines Spendenschecks an Lisa gemeinsam mit der Vorsitzenden der freiheitlichen Bundesratsfraktion Monika Mühlwerth und den Bundesräten Michael Raml und Thomas Schererbauer © Parlamentsdirektion/ Johannes Zinner



8. November 2017: Das Dinghofer-Symposium 2017 widmete sich dem Thema Verfassungsgerichtsbarkeit und fand heuer erstmals im Palais Epstein statt. Das schöne Ambiente bot einen würdigen Rahmen für die 130 Gäste. Die Franz-Dinghofer-Medaille wurde an die beiden Preisträger Rüdiger Haider für Verdienste um die Demokratie und Robert Holzmann (University of Malaya) für Verdienste um die Wissenschaft verliehen. © Parlament

April 2017 Zypernreise

Der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer stattete Anfang April der Republik Zypern einen viertägigen offiziellen Arbeitsbesuch ab und traf mit führenden Repräsentanten des Parlaments, der Regierung, der Kommunalpolitik und der griechisch-orthodoxen Kirche zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Vertiefung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen sowie der Ausbau von wirtschaftlichen Kontakten. Auch der Besuche kultureller Einrichtungen, wie das Archäologische oder Byzantinische Museum in Nikosia, standen auf der Agenda.

In einem Gespräch mit Parlamentspräsident Demetris Syllouris waren die enge Kooperation des zypriotischen und österreichischen Abgeordnetenhauses ebenso Thema wie die Etablierung von parlamentarischen Freundschaftsgruppen und die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder.

Bei einem Treffen mit Außenminister Ioannis Kasoulides wurden hinsichtlich der Zypernfrage die finanziellen Mittel der Europäischen Union für die Türkei und die fehlende Unterstützung für die Mitgliedstaaten zum Grenzschutz erörtert.

Weiters stand die Besichtigung der Pufferzone zwischen dem griechischen und dem türkisch besetzten Gebiet im Norden der Insel am Programm, unter Kontrolle der Friedenstruppen der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) mit österreichischer Beteiligung steht.



Im Gespräch mit dem Parlamentspräsidenten von Zypern Demetris Syllouris (oben), Besichtigung des alten Flughafens in Nikosia und Zusammentreffen mit zwei österreichischen UN-Soldaten (unten) © Parlament



Zahlen, Daten, Fakten – die XXV. Gesetzgebungsperiode

Wie viele Sitzungen gab es in der XXV. Gesetzgebungsperiode? Wie viele Schülerinnen und Schüler besuchten das Parlament? Wie lange dauerten die Sitzungen insgesamt? Ein kurzer Überblick über die wichtigsten Fakten zur XXV. Gesetzgebungsperiode, die von 29. Oktober 2013 bis 8. November 2017 dauerte.





XXIV. GP
XXV. GP



2 U-AUSSCHÜSSE

121 BÜRGERINITIATIVEN



XXV. GP

111 PETITIONEN

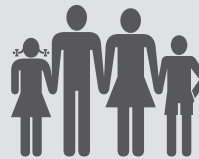


XXV. GP



BESUCHERINNEN

DAVON SCHÜLERINNEN



393.789

181.258

DEMOKRATIEWERKSTATT

37.533



LEHRLINGSFORUM

TEILNEHMERINNEN



887 TEILNEHMERINNEN

JUGEND- / LEHRLINGSPARLAMENT



NATIONALRAT



BUNDES-
REGIERUNG



EU

7 STELLUNGNAHMEN



NATIONALRAT



EU

7 OFFIZIELLE MITTEILUNGEN



NATIONALRAT



EU

1 BEGRÜNDETE STELLUNGNAHME ("SUBSIDIARITÄTSRÜGE")







Der neu gewählte Nationalratspräsident Sobotka nimmt Gratulationen entgegen
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

An der Spitze des Hohen Hauses – neues Nationalratspräsidium

In der konstituierenden Sitzung wählte der Nationalrat Elisabeth Köstinger zu seiner Präsidentin. Nach dem Abschluss der Regierungsverhandlungen wechselte sie, ebenso wie der Dritte Präsident Hofer, in die Bundesregierung. Wolfgang Sobotka folgte Köstinger als Nationalratspräsident, Dritte Präsidentin wurde Anneliese Kitzmüller.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei der NR-Sitzung am 20. Dezember, den Vorsitz führt NR-Präsident Sobotka
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Infolge der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 wurde das Präsidium des Nationalrates mit Beginn der XXVI. Gesetzgebungsperiode neu gewählt. In der konstituierenden Sitzung wählte der Nationalrat die 38-jährige Elisabeth Köstinger (ÖVP) mit 117 Stimmen zur Präsidentin. Die bis dahin an der Spitze des Nationalrates stehende Doris Bures (SPÖ) wurde mit 115 Stimmen zur Zweiten Präsidentin gewählt. Dritter Nationalratspräsident blieb Norbert Hofer (FPÖ), er erhielt 132 Stimmen.

Damit waren zum zweiten Mal in der Geschichte zwei Frauen im Präsidium des Nationalrates vertreten. Schon in den Jahren 2006 bis 2008 gab es mit Barbara Prammer als Nationalratspräsidentin und Eva Glawischnig-Piesczek als Dritter Präsidentin eine weibliche Mehrheit im Präsidium. Zuvor war Marga Hubinek (ÖVP), die 1986 bis 1990 als Zweite Nationalratspräsidentin amtierte, die erste Frau im Nationalratspräsidium, Heide Schmidt (FPÖ/später LIF) übernahm von 1990 bis 1994 das Amt der Dritten Nationalratspräsidentin.



Am 18. Dezember 2017 wurde die Bundesregierung angelobt, auch zwei Mitglieder des Nationalratspräsidiums wechseln in Ministerien. Nationalratspräsidentin Elisabeth Köstinger leitet künftig das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer übernahm als Minister die Agenden Verkehr, Innovation und Technologie. In der 5. Sitzung des Nationalrates am 20. Dezember wurden die beiden damit vakant gewordenen Positionen neu besetzt.

In der Debatte vor der Wahl gab es vonseiten der Opposition teils scharfe Kritik. So meinte der geschäftsführende Klubobmann

der SPÖ Andreas Schieder, dass die ÖVP das so wichtige Amt des Nationalratspräsidenten offenbar als einen "Parkplatz oder Rangierbahnhof für politische Funktionen" betrachte. Es sei klar geworden, dass innerparteiliche Notwendigkeiten wichtiger sind als das Ansehen des Hohen Hauses, so Schieder. Die SPÖ akzeptiere zwar die Usance, dass einzelnen Fraktionen Nominierungsrechte für das NR-Präsidium zustehen, hege aber – aus unterschiedlichen Gründen – große Skepsis gegenüber den zwei vorgeschlagenen Personen.

Enttäuscht zeigte sich auch Nikolaus Scherak von den NEOS, dass Elisabeth Köstinger entgegen ihren Zusagen vor sechs Wochen

nun doch aus dem Amt scheidet. Sie habe es damit geschafft, die kürzestdienende Nationalratspräsidentin seit 1920 zu werden und habe damit letztendlich das Amt "beschädigt". Was den Respekt gegenüber dem Parlament betrifft, sei man damit auf einem Tiefpunkt angekommen, unterstrich Scherak.

Der Klubobmann der Liste Pilz Peter Kolba führte aus, dass der bisherige Innenminister Wolfgang Sobotka akzeptiert werde, allerdings mit einem Misstrauensvorschuss.

Appell für die Einhaltung der Usancen

Die Regierungsparteien appellierten an die Fraktionen, Usancen einzuhalten. ÖVP-Klubobmann August Wöginger meinte, seine Partei habe mit Wolfgang Sobotka jemanden vorgeschlagen, der "ein erfahrener, kompetenter und vor allem auch engagierter Politiker mit einem äußerst breiten Fachwissen" sei. Sobotka habe zudem immer bewiesen, dass er bereit sei, zu lernen und sich neue Kompetenzen anzueignen, ergänzte ÖVP-Abgeordnete Gabriela Schwarz. Gerade in Krisenzeiten sei er ein Fels in der Brandung, der aber nie auf Alleingang setze. Klubobmann Wöginger warb auch um Unterstützung für Anneliese Kitzmüller, die er als erfahrene Politikerin und geeignet für das Amt bezeichnete.

Wenig Verständnis für die Kritik der Opposition zeigte auch FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz. Sowohl Wolfgang Sobotka als auch Anneliese Kitzmüller konn-

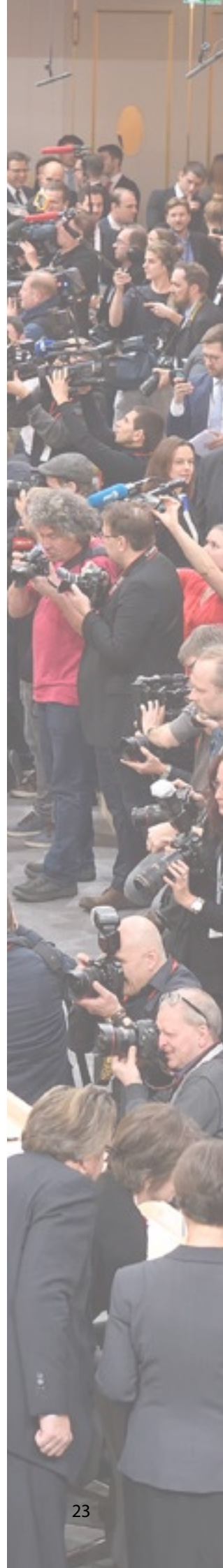
*"Demokratie ist nicht
geschenkt, sie ist
eines der höchsten
Güter, die es zu
schützen gilt."*

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

ten vor einigen Wochen noch nicht wissen, ob sie Mitglieder der Bundesregierung werden würden oder nicht. Es sei zudem weder absehbar gewesen, ob es zu einem positiven Abschluss der Koalitionsverhandlungen komme noch wie die einzelnen Ministerien aufgeteilt würden, argumentierte er. Was den Kandidaten der ÖVP betreffe, so verdiene es Sobotka, der auf sämtlichen Ebenen politisch tätig war und sein Handwerk daher wirklich verstehe, das zweithöchste Amt im Staate zu bekleiden. Ebenso hervorragend geeignet sei die oberösterreichische Familienpolitikerin Anneliese Kitzmüller.

Bekenntnis zu Äquidistanz und lebendigem Parlamentarismus

Mit 106 von 173 gültigen Stimmen wurde Wolfgang Sobotka zum Nationalratspräsidenten gewählt. Anneliese Kitzmüller wurde mit einer Mehrheit von 102 Stimmen Dritte Präsidentin des



Nationalrates. In seiner Antrittsrede bekannte sich Nationalratspräsident Sobotka zu Äquidistanz allen Fraktionen gegenüber und kündigte an, die Politik der Öffnung des Parlaments fortzusetzen. Er bekräftigte sein Verständnis des Hohen Hauses als Ort des Dialogs mit der BürgerInnengesellschaft und Stätte der Begegnung. Zudem sprach er sich für ein faires Miteinander von Parlament und Regierung aus.

Einladung zum gemeinsamen Gestalten

Er sei sich der hohen Verantwortung seines Amtes bewusst, unterstrich Sobotka und lud alle Parteien zu einem Miteinander und gemeinsamen Mitgestalten zum Wohle Österreichs ein. Wichtig sind für den neuen Nationalratspräsidenten auch der Grundkonsens in der Präsidialkonferenz über die Gestaltung der Sitzungen, die Achtung der Würde des Hauses, die Sicherstellung optimaler Arbeitsbedingungen im Hohen Haus sowie die Verbesserung der Lesbarkeit der Gesetze. Besonders ansprechen will Sobotka zudem die Jugend, dies etwa durch den weiteren Ausbau der Demokratiewerkstatt.

Verantwortung für unsere Demokratie

Sobotka erinnerte bei seinem ersten Auftritt als Nationalratspräsident auch an das kommende Gedenkjahr 2018. Der Holocaust-Gedenktag werde im Parlament begangen werden, kündigte er an und betonte, es sei notwendig, dieses Kapitel unserer Geschichte auch in unserer Verantwortung gegenüber der Jugend voranzustellen. Der 4. März 1933 und die Ausschaltung des Parlaments werden ebenfalls Thema von Veranstaltungen sein. Bei den 100-Jahr-Feiern der Republik geht es für Sobotka schließlich auch darum, aus der Arbeit der VorgängerInnen an der Entwicklung einer modernen Demokratie einen Auftrag für das 21. Jahrhundert abzuleiten.

Demokratie sei nicht geschenkt, sondern eines der höchsten Güter, die es zu schützen gilt. Wir müssen uns bewusst sein, dass es immer wieder notwendig ist, diese Demokratie durch Wahlbeteiligung und offenen Dialog zu beleben, schloss der neue Nationalratspräsident.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Mag. Wolfgang Sobotka wurde am 5. Jänner 1956 in Waidhofen an der Ybbs, in Niederösterreich, geboren. Neben einem Studium der Geschichte an der Universität Wien (Mag. phil.) absolvierte er auch Studien an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien (Violoncello und Musikpädagogik) sowie am Brucknerkonservatorium in Linz (Dirigieren). Er war Lehrer an der AHS Waidhofen an der Ybbs sowie Leiter der Musikschule seiner Heimatstadt. Zudem war er Lehrbeauftragter an der Musikuniversität Wien. Im Laufe seines Werdegangs war er in zahlreichen politischen Funktionen aktiv. Nach zehnjähriger Tätigkeit als Gemeinderat in Waidhofen an der Ybbs wurde er dort zum Bürgermeister gewählt. Kurz darauf wurde er als Landesrat in die nö. Landesregierung berufen und später zum Landeshauptmannstellvertreter gewählt. Von April 2016 bis Dezember 2017 war er Bundesminister für Inneres (BMI) der Republik Österreich. Am 20. Dezember 2017 wurde er zum Präsidenten des Nationalrates gewählt.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Elisabeth Köstinger wurde am 22. November 1978 in Kärnten geboren. Sie maturierte 1998 an der HBLA Wolfsberg und arbeitete anschließend im Kommunikationsbereich. Sie hatte die Führung der Landjugend inne, ehe sie im Jahr 2007 Bundesobfrau der Österreichischen Jungbauernschaft wurde.

Zwei Jahre später zog sie in das Europäische Parlament ein, in welches sie 2014 wiedergewählt wurde. 2017 wurde sie zur Präsidentin des Nationalrates gewählt, folgte dann aber dem Ruf in die neue Bundesregierung als Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus.



© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Die Zweite Nationalratspräsidentin **Doris Bures** wurde 1962 in Wien geboren und fand ihren Weg in die Politik über die Anti-Atom- und die Friedensbewegung. Im November 1990 wurde sie Abgeordnete zum Nationalrat, von 1995 bis 2000 war sie Generalsekretärin der Österreichischen Mietervereinigung, im Jahr 2000 wurde sie

Bundesgeschäftsführerin der SPÖ, 2007 Frauenministerin und von 2008 bis 2014 war sie Infrastrukturministerin, ehe sie im September 2014 zur Präsidentin des österreichischen Nationalrates gewählt wurde. Am 9. November 2017 wurde sie zur Zweiten Präsidentin des NR gewählt.



Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Anneliese Kitzmüller wurde am 3. Juli 1959 in Linz geboren und begann nach der Matura ein Studium der Rechtswissenschaften, ehe sie 1982 als Bankangestellte ins Berufsleben eintrat. Ab Anfang der 1990er-Jahre übernahm sie mehrere politische Ämter in der Freiheitlichen Partei, deren Bundesleitung

sie seit 2006 angehört. 2008 wurde sie als Abgeordnete in den Nationalrat gewählt, wo sie als Familiensprecherin ihres Klubs wirkt. Am 20. Dezember wurde sie als Nachfolgerin von Norbert Hofer zur Dritten Präsidentin des Nationalrates gewählt.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Ing. Norbert Hofer (46) ist gelernter Flugtechniker. Mit 34 wurde er stellvertretender Obmann seiner Partei, ein Jahr später zog er in den Nationalrat ein, wo er 2013 zum Dritten Präsidenten gewählt wurde, ein Amt, das man ihm auch 2017 wieder übertrug. Nach Ende der Regierungsverhandlungen wechselte er als Minister

für Infrastruktur in die Bundesregierung, ihm folgte Anneliese Kitzmüller als Dritte Präsidentin. 2016 war Hofer Kandidat seiner Partei für das Amt des Bundespräsidenten, doch unterlag er in der Stichwahl Alexander Van der Bellen knapp.

Der neue Nationalrat – jünger und weiblicher

Am 15. Oktober 2017 wurde ein neuer Nationalrat gewählt, dem fünf Parteien angehören. Neben den schon bisher vertretenen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ und NEOS ist die Liste Pilz neu im Parlament. Während das Team Stronach nicht mehr zur Wahl angetreten war, erreichten die Grünen die 4-Prozent-Hürde für den Einzug nicht.

Wenige Tage nach der Nationalratswahl, am 19. Oktober 2017, gab Innenminister Wolfgang Sobotka das vorläufige Endergebnis der Nationalratswahl 2017 inklusive Wahlkartenstimmen bekannt. Demnach verteilen sich die Mandate in der XXVI. Gesetzgebungsperiode (GP) wie folgt: Die ÖVP erhielt 62 Mandate (+ 15 im Vergleich zu 2013), die SPÖ 52 Mandate (+/- 0 Mandate), die FPÖ 51 Mandate (+ 11 Mandate im Vergleich zu 2013), die NEOS 10 Mandate (+1 Mandat im Vergleich zu 2013) und die neu im Nationalrat vertretene Liste Pilz 8 Mandate.

Zusammenschluss zu einem Klub nur am Beginn möglich

Dass es während der Gesetzgebungsperiode nicht zu mehr als den fünf Klubs kommt, dafür sorgt die Neufassung des §7 Geschäftsordnungsgesetz. Demnach ist der Zusammenschluss zu einem Klub nur mehr am Beginn der Gesetzgebungsperiode möglich, eine Neugründung während der laufenden Gesetzgebungsperiode ist jedoch nicht mehr zulässig. Die Klubs müssen sich bis spätestens einen Monat nach der ersten Nationalratssitzung formieren. Pro wahlwerbender Partei darf nur mehr ein Klub gebildet werden, die Mindestzahl für einen Klub beträgt fünf Abgeordnete. An den Klubstatus sind zahlreiche parlamentarische Rechte sowie die Klubförderung gebunden.

Der Frauenanteil im Nationalrat steigt weiter

Von den 183 Abgeordneten des Nationalrates sind derzeit 64 Frauen, das entspricht einem Anteil von etwas über einem Drittel (34,97 Prozent). Blickt man zurück in die Geschichte, so ist dies der bisher höchste Frauenanteil, ähnlich viele Frauen gab es in der XXII. Gesetzgebungsperiode (2002-2006) mit 33,88 Prozent sowie in der vorangegangenen XXV. Gesetzgebungsperiode (2013-2017) mit 33,33 Prozent.

Bemerkenswert ist, dass alle Parteien mehr Frauen als bisher ins Parlament schicken. Die ÖVP erhöhte ihren Frauenanteil auf nunmehr rund 32 Prozent, in

der SPÖ sind über 45 Prozent der Abgeordneten zum Nationalrat weiblich. Der Freiheitliche Parlamentsklub hat einen Frauenanteil von knapp 24 Prozent, die NEOS von 40 Prozent die neu im Parlament vertretene

64 Frauen

sind derzeit im Nationalrat

Liste Pilz hat jeweils vier weibliche und vier männliche Abgeordnete und damit einen Frauenanteil von 50 Prozent.

Viele erstmals im Parlament vertretene Abgeordnete

Viele Abgeordnete zum Nationalrat sind das erste Mal in diesem Gremium vertreten. Auch vielen jungen Kandidatinnen und Kandidaten gelang dieses Mal der Einzug ins Parlament. Waren bislang Jakob Auer (69) und Josef Cap (65) die Alterspräsidenten (siehe Kasten), so ist nunmehr Karlheinz Kopf der dienstälteste Abgeordnete, er gehört seit 1994 und damit seit 23 Jahren dem Nationalrat an.

Altgedient sind freilich auch einige weitere Mandatarinnen und Mandatare. So ist bei der SPÖ nach dem Ausscheiden von Josef Cap die bisherige Nationalratspräsidentin Doris Bures diejenige, die rein chronologisch auf die längste Zeit im Parlament zurückblicken kann, wurde sie doch schon 1990 erst-

23 Jahre

*ist die jüngste Abgeordnete
Claudia Plakolm*

mals ins Hohe Haus entsandt. Da sie allerdings zwischen 2007 und 2014 der Bundesregierung angehörte, ist formal Johannes Jarolim, der seit 1997 durchgehend im Nationalrat sitzt, der dienstälteste Mandatar der SozialdemokratInnen.

Obwohl die Liste Pilz nach der Nationalratswahl 2017 erstmals in den Nationalrat einzieht, weist sie dennoch zwei altgediente Mandatare auf, können doch die Abgeordneten Wolfgang Zingg (13 Jahre) und Bruno Rossmann (7 Jahre) auf langjährige Erfahrungen



im Hohen Haus zurückblicken. Auf die längste Erfahrung im Nationalrat kann bei der FPÖ Reinhard Eugen Bösch zurückblicken, der 1999 erstmals als Abgeordneter angelobt wurde. Davor war er schon zwischen 1994 und 1999 Mitglied des Bundesrates. Die neue jüngste Mandatarin der FPÖ ist die 25-jährige Marlene Svazek, die ungeachtet ihrer Jugend bereits Landesparteivorsitzende der FPÖ in Salzburg ist.

Jüngste Abgeordnete kommt aus Oberösterreich

Noch zwei Jahre jünger ist die ÖVP-Abgeordnete Claudia Plakolm, die 23-jährige studiert derzeit noch Wirtschaftspädagogik in Linz. Auch das an Jahren älteste Mitglied des neuen Nationalrates ist übrigens weiblich,

es handelt sich um die ehemalige Oberste Richterin Irmgard Griss, die 71 Jahre alt ist. Am anderen Ende der Alterspyramide findet sich bei den NEOS Claudia Gamon mit 29 Jahren, während die jüngste Mandatarin der Liste Pilz Stephanie Cox mit 28 Jahren ist. Insgesamt ist der Nationalrat damit auch jünger geworden und bildet so mehr denn je die österreichische Gesellschaft ab.

71 Jahre

*ist die älteste Abgeordnete
Irmgard Griss*

Jakob Auer und **Josef Cap** gehörten dem Nationalrat seit 1983 an und wurden am selben Tag angelobt. „Alterspräsident“ des Nationalrates als längstdienender Abgeordneter war in der vergangenen Gesetzgebungsperiode allerdings Jakob Auer. Da die Angelobung der Abgeordneten



Jakob Auer © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Martin Steiger

alphabetisch erfolgt, wurde sein Nachname vor jenem des Abgeordneten Cap aufgerufen – damit war er wenige Minuten länger im Amt als sein Kollege.

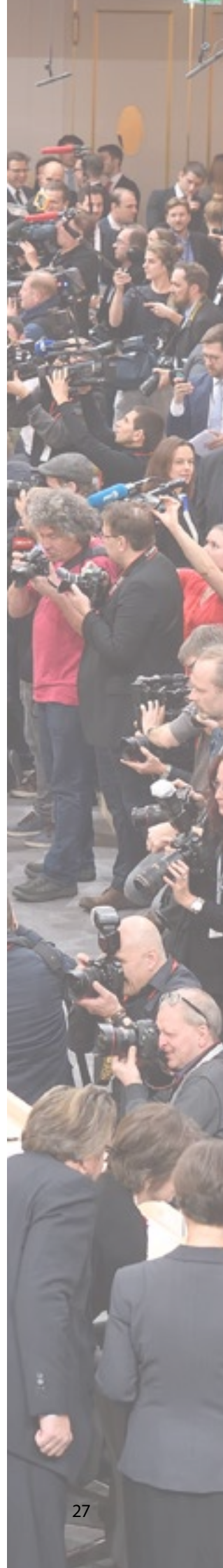
Abgeordneter **Jakob Auer** war bereits 1977 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde geworden, in der er auch als Ortsparteiobmann und später als Bezirksobmann des Bauernbundes wirkte. Lange Jahre gehörte er der Bezirksbauernkammer an und fungierte zudem als Obmann der Oberösterreichischen Raika. Im Nationalrat wurde er Obmann des Budgetausschusses,

wobei er seine Erfahrung auch im Finanz- und im Landwirtschaftsausschuss entsprechend einfließen ließ. 2011 wurde er Präsident des ÖVP-Bauernbundes, ein Amt, welches er bis zum Sommer 2017 ausübte.

Abgeordneter **Josef Cap** war Obmann der Sozialistischen Jugend und entschloss sich 1983, einen Vorzugsstimmenwahlkampf zu führen – damals noch ein Novum. Er erhielt nach einem erfolgreich geführten Wahlkampf 62.457 Stimmen und war damit direkt in den Nationalrat gewählt. Fünf Jahre später wurde Josef Cap zum Zentralsekretär der SPÖ, ein Amt, das er bis 1995 behielt. 2001 avancierte er zum geschäftsführenden und 2007 zum Klubobmann der SPÖ. Bis 2013 übte er diese Funktion aus. 2017 führte er abermals einen Vorzugsstimmenwahlkampf, erreichte aber die notwendigen Stimmen für einen Wiedereinzug in den Nationalrat nicht.



Josef Cap © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Christian Hofer



Bundesregierung verspricht neuen Stil und Veränderung

Am 20. Dezember, zwei Tage nach der Angelobung durch den Bundespräsidenten, stellten Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Strache ihr Regierungsprogramm dem Nationalrat vor. Beide appellierten an einen respektvollen Umgang miteinander und versprachen einen neuen Stil. Kritik an den Inhalten kam von der Opposition.

Bundeskanzler Sebastian Kurz betonte gleich am Beginn seiner Regierungserklärung: "Veränderung ist etwas, über das man unterschiedlicher Meinung sein kann, aber sie ist nichts, was sich aufhalten lässt." Veränderung schaffe Hoffnung und Chancen, sie bringe manchmal aber auch Reibung und Unsicherheit, räumte er ein. In diesem Zusammenhang bat er um das Vertrauen der Bevölkerung für den neuen Weg. Die Regierung verfolge das Ziel, Österreich wieder an die Spitze zu führen. Daher seien Richtungsentscheidungen zu treffen. All diese Ideen seien in dem 180 Seiten starken Koalitionsprogramm zusammengefasst.

Der Bundeskanzler erklärte: "Ich verspreche Ihnen, unseren Weg werden wir als Bundesregierung nicht beendet haben, bevor Österreich nicht noch besser dasteht als heute." So wolle man die Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent senken und mit der

Verringerung der Steuerlast gleich bei den niedrigeren Einkommen anfangen. Man werde zudem dafür Sorge tragen, dass die Sozialsysteme wirklich treffsicher sind. Weitere zentrale Vorhaben betreffen mehr Ordnung und Sicherheit und die Kontrolle der Zuwanderung. Auf europäischer Ebene werde man daher weiter für einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen eintreten und gegen die illegale Migration ankämpfen. Auch im Bildungsbereich versprach der Bundeskanzler Verbesserungen: Kein Kind dürfe die Schule verlassen, ohne ordentlich rechnen, schreiben und lesen zu können.

Bekenntnis zur Vergangenheit, zur EU und zu einem neuen Stil

In seiner Regierungserklärung gab der Bundeskanzler drei zentrale Bekenntnisse ab: zu unserer Vergangenheit, zur Europäischen Union und zu einem neuen Stil. Im Hinblick auf die Feiern zum 100-jährigen Bestehen der Republik im kommenden Jahr, aber auch auf die "beschämenden und traurigen Ereignisse rund um den März 1938", unterstrich Kurz dezidiert, dass Antisemitismus in Österreich keinen Platz habe. Er habe auch immer klar gesagt, dass diese Regierung eine proeuropäische sein werde und das Programm unterstreiche dies, betonte der Bundeskanzler. Den Ratsvorsitz in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 bezeichnete er als Chance, aktiv mitzugestalten und einen positiven Beitrag zur Zukunft der EU zu leisten. Mehrmals betonte er, einen neuen Stil pflegen zu wollen, der auf Werten wie Respekt, Anstand und Hausverstand gründet. Die Bundesregierung stehe im Dienst der Menschen und unter Anstand verstehe er auch, mit der von den Bürgerinnen und Bürgern geliehenen Macht sorgsam umzugehen. Er wolle keine Politik



Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der Regierungserklärung
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf



von oben herab betreiben, keine Politik der Bevormundung, sondern den gesunden Hausverstand stets als Kompass für die Politik nehmen.

Wichtig für die Zukunft sind entscheidende Richtungsänderungen

Die Wahl habe den nachhaltigen Wunsch nach Veränderung sichtbar gemacht, sagte Vizekanzler Heinz-Christian Strache. Es gehe darum, die Interessen, Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler dürfe nicht enttäuscht werden: "Wir können und wollen garnicht alles anders machen, aber wir wollen vieles besser machen. [...] Das wird da oder dort auch bedeuten, dass man an den richtigen Schrauben dreht, um mit kleinen Entscheidungen dieses große Schiff Österreich auf Dauer wieder richtig auf Kurs zu bringen." Der neue Vizekanzler räumte ein, dass seine Partei nicht mit allen Vorhaben, die man im Wahlkampf angekündigt habe, in den Koalitionsverhandlungen durchgekommen

*"Unser Weg wird
nicht beendet sein,
bevor Österreich
nicht besser dasteht
als heute."*

Bundestkanzler Sebastian Kurz

*"Wir wollen nicht alles
anders, aber vieles besser
machen, um das Schiff
Österreich wieder auf
Kurs zu bringen."*

Vizekanzler Heinz-Christian Strache

sei. Es sei aber gelungen, dass jede Partei ihre Wahlversprechen zu 75 Prozent umsetzen könne. Den Freiheitlichen sei es wichtig gewesen, dass die zukünftige Politik entscheidende Richtungsänderungen vornimmt. Dabei komme den Themen Ordnung und Sicherheit eine wesentliche Rolle zu. Man werde klar zwischen Zuwanderung und Asyl trennen, Schutz auf Zeit werde jenen Menschen geboten,

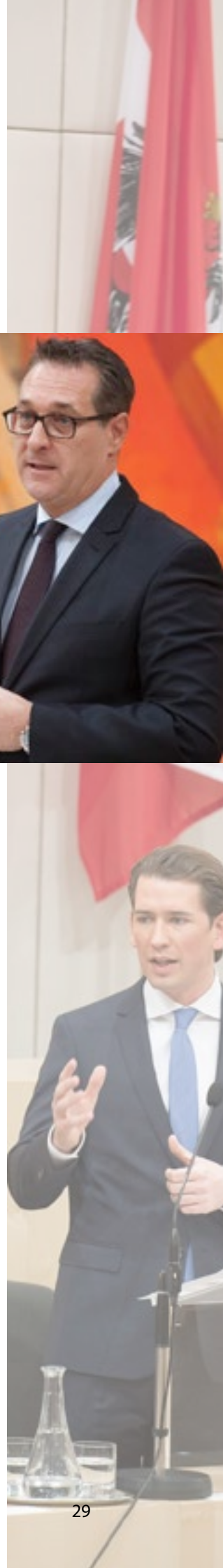
die wirklich vor Verfolgung flüchten müssen. Der Vizekanzler machte klar, dass die illegale Zuwanderung gestoppt werden müsse und sprach von einem Versagen bei der Sicherung der Außengrenzen. Was die Verwaltungsreform betrifft, so sei es wichtig, die vielen Ineffizienzen



**Vizekanzler Heinz-Christian Strache bei der Regierungs-
erklärung** © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

und Doppelgleisigkeiten abzustellen und eine Transparenzdatenbank einzuführen. Strache bekräftigte zudem das Vorhaben, die Anzahl der Sozialversicherungsträger auf fünf zu reduzieren, die Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent zu senken und das Steuersystem zu vereinfachen. In diesem Zusammenhang kündigte er eine umfassende Reform des Einkommensteuergesetzes an. Bei der Steuersenkung fange man gleich bei den kleinen Einkommen an, indem ein Familienbonus Plus in Form eines Abzugsbetrags von 1.500 Euro pro Kind und Jahr den Familien zugutekommen soll. Der Vizekanzler ging auch auf den Nichtraucherschutz ein, der ihm wichtig sei, wobei es aber ihm zufolge auch um die Selbstbestimmung des Einzelnen gehe.

Strache bekannte sich in seiner Rede auch zu Europa als einem Projekt, das wesentlich dazu beigetragen habe, den Frieden zu erhalten. Er wolle jedoch keinen zentralistischen Superstaat, stellte er klar, weshalb das Subsidiaritätsprinzip vorangetrieben werden müsse. Ziel sei "weniger, aber effizienter". Strache verteidigte weiters das Ziel einer doppelten Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen und erklärte, dass dieser Wunsch von vielen Seiten an die Regierung herangetragen worden sei.



Viele verpasste Chancen und Rückschritte

Die Ausgangsvoraussetzungen für die neue Regierung seien selten so gut gewesen, so SPÖ-Chef Kern. Er hoffte, dass dieser Vorsprung von der neuen Regierung nicht verspielt werde. Angesichts des vorgelegten Programms zeigte sich Kern aber skeptisch und sprach von vielen verpassten Chancen.

Kern warf der FPÖ vor, sich zum Steigbügelhalter einer Politik machen zu lassen, die vor allem den großen Wahlkampfspendern der ÖVP helfe. Was die Kürzung von Sozialleistungen betrifft, äußerte Kern die Befürchtung, dass die "ganze Wahrheit" noch nicht am Tisch liege. Einen Vorgeschmack auf das, was die Bevölkerung erwartet, sieht er in der massiven Zusammenstreichung der Beschäftigungsprogramme für über 50-jährige Arbeitslose, der geplanten Streichung der Notstandshilfe bei längerer

Arbeitslosigkeit und im 12-Stunden-Tag. Auch an den geplanten Änderungen im Mietrecht und an den Studiengebühren ließ Kern kein gutes Haar. Mit dem Steuerbonus von 1.500 Euro pro Kind werde mit dem Prinzip Schluss gemacht, dass jedes Kind gleich viel wert ist. Als erfreulich wertete Kern das Bekenntnis der Regierung zur EU. Er fürchtet aber, dass die österreichische Europapolitik nicht ernst genommen wird, solange die FPÖ mit rechten Parteien in Europa gemeinsame Sache mache.

ÖVP und FPÖ leben einen neuen Stil des Miteinander

Zufrieden mit dem Regierungsprogramm zeigte sich hingegen ÖVP-Klubobmann August Wöginger. Man sei anders miteinander umgegangen, habe einander zugehört und nicht um jeden Halbsatz wochenlang gestritten. "Wir richten uns nichts gegenseitig aus",





vielmehr werde gemeinsam zum Wohle der Menschen gehandelt. Wöginger ist überzeugt, dass die rasche Einigung zwischen ÖVP und FPÖ auf eine Koalition von der Bevölkerung goutiert werde. Inhaltlich stehen für Wöginger drei Punkte des Regierungsprogramms im Zentrum: Das vereinbarte große Entlastungs- und Entbürokratisierungspaket, die "neue soziale Gerechtigkeit" und der noch größere Stellenwert des Bereichs Sicherheit.

Programm ist unverbindlich und nicht ambitioniert

Einige positive Punkte im Programm erkannte auch NEOS-Chef Matthias Strolz. So lobte er etwa die Verschiebung der Kompetenzen für Elementarpädagogik in das Bildungsministerium und das Vorhaben, dass die

Transparenzdatenbank "scharfgeschaltet wird". Auch der Schwerpunkt Digitalisierung ist für ihn erfreulich. All diese Punkte könnten aber nicht wettmachen, dass das Regierungsprogramm insgesamt eine Enttäuschung sei, sagte er. Strolz vermisst die versprochenen Leuchttürme und wertete das Programm als "nicht ambitioniert und zutiefst unverbindlich". Es fehlten auch Zeitleisten, wann welches Vorhaben umgesetzt wird. Die NEOS werden als Reformturbo viel zu tun haben, glaubt er. Was die EU betrifft, warf Strolz der FPÖ Doppelzüngigkeit vor, er hegte den Verdacht, dass die FPÖ an dem Tag, an dem der Wind wieder günstig stehe, den "Öxit" betreiben werde.

Österreich wird in fünf Jahren sicherer und gerechter sein

Wie sein Amtskollege Wöginger lobte auch FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz die professionellen und ernsthaften Regierungsverhandlungen. Dass nicht in allen Fragen eine Einigung erzielt wurde, führt er darauf zurück, dass es sich bei ÖVP und FPÖ trotz der vereinbarten Zusammenarbeit nach wie vor um zwei unterschiedliche Parteien handelt. Aufgrund einiger weniger Punkte das Gesamtprojekt scheitern zu lassen, hätten die ÖsterreicherInnen aber nicht gewollt, ist er überzeugt. Die Regierung sei angetreten, um Fragen, die den Menschen unter den Nägeln brennen, wieder ins Lot zu bringen, sagte Rosenkranz und nannte in diesem Zusammenhang das Thema Sicherheit und die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Insgesamt zeigte er sich überzeugt, dass Österreich nach der fünfjährigen Regierungsperiode gerechter und sicherer sein werde.

Viele "Giftzähne" werden sich noch zeigen

Peter Kolba, Klubchef der Liste Pilz, verglich das Regierungsprogramm mit einem Gabentisch und meinte, wenn man die einzelnen Packerl öffne, sehe man, für wen es Geschenke gibt. Sicher freuen können sich seiner Ansicht nach die SpenderInnen der Liste Kurz, Superreiche, Immobilienhaie und große Konzerne. Für die Ärmsten gebe es hingegen kein Paket. So werde etwa das unterste Drittel der EinkommensbezieherInnen nicht vom Steuerbonus für Familien profitieren. Kolba glaubt, dass die FPÖ "die Klientelpolitik der ÖVP" mitträgt, weil sie im Gegenzug mit dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium belohnt worden ist. Diese Machtfülle der FPÖ, was die Geheimdienste betrifft, erfülle ihn mit großer Sorge, sagte er. Allgemein meinte er, die wahren "Giftzähne" im Programm würden sich noch zeigen.



© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen







Angelobung des neu gewählten Staatsoberhauptes im historischen Sitzungssaal
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Der Bundespräsident | Impulsgeber und Vermittler

Am 26. Jänner 2017 trat die Bundesversammlung im historischen Sitzungssaal aus Anlass der Angelobung des neu gewählten Bundespräsidenten Dr. Alexander Van der Bellen zusammen. Er ist damit der neunte Bundespräsident Österreichs in der Zweiten Republik und wird in den nächsten sechs Jahren das Oberhaupt der Republik sein.

Unter dem Vorsitz der Präsidentin des Bundesrates Sonja Ledl-Rossmann traten die Spitzen der Republik sowie zahlreiche Festgäste zur 18. Bundesversammlung zusammen. Alexander Van der Bellen leistete das Gelöbnis mit den Worten: "Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde." Am Festakt nahm auch Altbundespräsident Heinz Fischer teil.

Aufruf zur Kraft des Gemeinsamen

Nach der Angelobung wandte sich Sonja Ledl-Rossmann an den neu gewählten Bundespräsidenten und die Bundesversammlung. Vorab dankte sie den Mitgliedern des Nationalratspräsidiums, die in einer Ausnahmesituation durch Professionalität und gemeinsame Verantwortung für Stabilität gesorgt hatten: "Für die verlässliche und auch unaufgeregte Ausübung der Geschäfte in den vergangenen Monaten gilt Ihnen mein besonderer Dank!"

Die vergangene Wahlauseinandersetzung habe die Herausforderungen unserer Zeit widerspiegelt: "Gerade jetzt braucht es Orientierung, Sicherheit und die verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit jenen Bedürfnissen der Menschen, die wesentlich für ein erfülltes Leben und damit auch für die Zukunft unseres Landes sind. Und umso vielfältiger unser Leben wird, umso komplexer werden auch die Fragen: Arbeit und Beschäftigung, Familie, Pflege, Zuwanderung, Sicherheit und Digitalisierung. Die Einwirkungen auf unser tägliches Leben nehmen zu, die für alle Menschen gültigen Antworten nehmen ab." Genau da müsse die Politik eine verlässliche Begleiterin sein. Sie sollte nicht in die Vielfalt des Lebens eingreifen, sondern sie fördern. Sie solle die Spielregeln definieren, müsse dafür aber nicht selbst am Platz stehen. Sie solle Chancen eröffnen, Perspektiven aufzeigen und Lebensmodelle lebbar machen. Vor allem aber müsse sie die Grundpfeiler unserer Demokratie und damit die Basis unseres

Zusammenlebens schützen. Die Präsidentin weiter: "Angst kann nicht der Antrieb für die Gestaltung Österreichs sein. Schon immer waren es Wagemut, Erfindergeist, Exzellenz und Leistungsbereitschaft, die in Österreich Großes entstehen ließen. Das soll auch in Zukunft so sein: in einer Zukunft, die wir nicht alleine schreiben, sondern als Teil der Region Europa, als Teil eines größeren Ganzen. Gerade daher

*"Angst kann nicht der
Antrieb für die Gestaltung
Österreichs sein. Schon
immer waren es Wagemut,
Erfindergeist, Exzellenz und
Leistungsbereitschaft, die
in Österreich Großes
entstehen ließen. Das soll
auch in Zukunft so sein."*

Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

müssen wir uns auf jene Stärken verlassen, die unser Land stets ausgezeichnet haben: ein Land, das die Kraft aus seiner Vielfalt schöpft und dabei dennoch immer eins geblieben ist; ein Land, das imstande ist, aus dem Herzen Europas heraus vieles zu bewegen und Brücken zu schlagen; ein Land, das gelernt hat, das Gute zu bewahren und dabei auch Neues zu wagen; ein Land, das lebenswert ist, weil Solidarität und Verantwortung gelebte Werte sind." Auf dieser Energie gelte es aufzubauen. Man müsse den Menschen Sicherheit geben, denn nur wer auf sicheren Füßen stehe, könne sich auch



Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Nationalratspräsidentin Doris Bures
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

entfalten: "Ich bin davon überzeugt, dass aus dem individuellen Gefühl der Sicherheit auch in Zukunft ein gemeinsamer Ort der Zuversicht, der Gestaltungsfreude und des gelingenden Zusammenlebens wird – ein Ort namens Österreich." Österreich habe es immer geschafft, durch Zusammenhalt und Konsens auch durch schwierige Zeiten zu steuern. In diesem Sinne sei es auch nichts Neues, sich immer dann auf das Gemeinsame zu besinnen, wenn es die Zeiten erforderten: "Dieses kollektive Bewusstsein, sich selbst zum Wohle aller zurückzunehmen, ist eine Eigenschaft, die heute mehr denn je an Bedeutung gewinnt. Mögen wir uns diese österreichische Tradition erhalten und damit auch bestens für die Aufgaben der Zukunft vorbereitet sein!" In diesem Sinne wünschte die Vorsitzende der Bundesversammlung dem Bundespräsidenten und dem Land für die Zukunft alles erdenklich Gute.

Denkanstöße und Orientierung in einer komplexen Welt

Das Amt des Bundespräsidenten habe großes Gewicht, betonte Nationalratspräsidentin Doris Bures in ihrer Ansprache. Es resultiere zum einen aus den vielfältigen Aufgaben und Kompetenzen, die die Verfassung vorgibt. Alle Bundespräsidenten der Zweiten Republik – und im besonderen Ausmaß Dr. Heinz Fischer – hätten bewusst die gute Tradition geprägt, mit diesen weitreichenden Kompetenzen sorgsam und besonnen umzugehen. Zum anderen verliehen die Hoffnungen und Erwartungen der Bevölkerung diesem Amt auch eine hohe Bedeutung: Der Bundespräsident solle Denkanstöße und Orientierung in einer

"Der Bundespräsident soll vermitteln, er soll neue Wege aufzeigen und in verfahrenen Situationen nach Lösungen suchen. Wenn er Grundsätze der Humanität und unserer solidarischen Gesellschaft gefährdet sieht, soll er ein Mahner sein!"

Nationalratspräsidentin Doris Bures

immer komplexer werdenden Welt geben: "Er soll vermitteln, er soll neue Wege aufzeigen und in verfahrenen Situationen nach Lösungen suchen. Wenn er Grundsätze der Humanität und unserer solidarischen Gesellschaft gefährdet sieht, soll er ein Mahner sein. Der Bundespräsident soll eine moralische Instanz sein! All das sind hohe Ansprüche an das Amt und an den, der es ausübt." Wenn die gesamte Welt in Bewegung ist, wachse die Sehnsucht der Menschen nach Sicherheit und Stabilität. Sie sei zutiefst davon überzeugt, die richtige Antwort auf diese Sehnsucht finde sich nicht in der Rückkehr zu Nationalismen, sondern in einer engen und solidarischen Zusammenarbeit



in Europa und in weltweiten Allianzen für den Frieden. Der Wunsch und das Recht der Menschen, in Sicherheit zu leben, verpflichteten die Politik, für ein sozial gerechtes Europa einzutreten: "Wir müssen die rasanten Entwicklungen unserer Zeit – vorangetrieben durch Globalisierung, Automatisierung und Digitalisierung – zum größtmöglichen Wohl aller in unserer Gesellschaft nutzen. Niemand soll ausgeschlossen oder zurückgelassen werden!" Die Vielfalt Österreichs wertzuschätzen und gleichzeitig seine Einheit zu stärken gehöre zu den ganz großen Herausforderungen, die vor dem Bundespräsidenten lägen.

Im Namen des österreichischen Nationalrates wünschte Bures dem Präsidenten viel Kraft, viel Energie und Leidenschaft für seine verantwortungsvolle Tätigkeit im Dienste für die Menschen des Landes.

Eine Zeit zwischen den Zeiten, in der wir uns befinden

Der frisch angelobte Bundespräsident ortete in einer hohen Wahlbeteiligung ein Indiz dafür, dass die Menschen in diesem Land an Politik Interesse hätten oder zumindest, dass man ihr Interesse daran wecken könne. Nachdem er dem unterlegenen Kandidaten seine Reverenz erwiesen hatte, dankte Van der Bellen seinem Amtsvorgänger. Sodann betonte auch Van der Bellen, dass man in einer Zeit der Veränderung lebe, in der die bewährten Gewissheiten, die bewährten Rezepte nicht mehr wie in der Vergangenheit zu greifen scheinen und sich etwas Neues finden und bilden müsse, wobei aber nicht klar sei, was: "Es ist gewissermaßen eine Zeit zwischen den Zeiten, in der wir uns befinden: die Automatisierung, die Vernetzung, Flucht und Migration, auch der wissenschaftliche Fortschritt, der uns teilweise vor ganz neue Fragen in ethischer und moralischer Hinsicht stellt. Und das alles in einem Europa, das angesichts von Nationalismen und kurzsichtiger Eigenbrötelei um seine Akzeptanz, ja vielleicht sogar um seine Existenz ringt, erschüttert auch von verachtenswerten Aktionen des internationalen Terrors, die unseren Zusammenhalt gefährden. Last but not least: der Klimawandel, die Veränderung des Klimas, des Wetters mit den entsprechenden Folgen auf der ganzen Welt – auch bei uns in den Alpen." Diese Veränderungen machten vielen Angst. Der Zweifel habe seine Berechtigung, doch gerade darum brauche es Zuversicht, damit man daran glauben könne,



Bundespräsident Alexander Van der Bellen © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

dass eine Verbesserung möglich ist: "Diese Zuversicht ermöglicht es uns, den nächsten Schritt nach vorne zu machen." Dieses Österreich sei ein großartiges Land. Die Österreicherinnen und Österreicher hätten

"Dass der Privilegierte die Weisheit haben möge, dem Schwächeren zu helfen und seine Position der Stärke nicht zu missbrauchen, dass wir für unsere Mitmenschen auch mitverantwortlich sind, dass zu einem gesunden Menschenverstand auch ein mitfühlendes Herz gehört, dass es unsere Menschenpflicht ist, Menschen in Not zu helfen, unabhängig davon, ob es In- oder Ausländer sind."

Bundespräsident Alexander Van der Bellen



Der Bundespräsident mit den Präsidentinnen von Nationalrat und Bundesrat © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

ten in der Vergangenheit oft genug bewiesen, welche Herausforderungen sie meistern können. Sogar in der Bundeshymne heiße es in der dritten Strophe "arbeitsfroh und hoffnungsreich". Das seien keine leeren Worte. Er selbst sei alt genug und habe gesehen, wie nach dem Krieg Österreich wiederaufgebaut, wie der Staatsvertrag erreicht wurde, das Wirtschaftswunder, der Beitritt zur Europäischen Union und viele andere wichtige Schritte erfolgt seien – immer getragen von der Zuversicht, dass es besser werden könne und werde.

In diesem Zusammenhang sei es aber wichtig, den Blick auch auf das zu richten, was sich nicht verändert, hoffentlich nicht verändert, nämlich die Grundprinzipien. Sie bildeten das Fundament und die zentralen Glaubenssätze dieser Republik, eine Art Credo, wenn man so wolle, "nämlich, dass Freiheit und Würde des Menschen universell und unteilbar sind, dass alle Menschen frei und gleich an Rechten geboren sind, dass diese Menschenrechte uneingeschränkt gelten, dass der Privilegierte die Weisheit haben möge, dem Schwächeren zu helfen und seine Position der Stärke nicht zu missbrauchen, dass wir für unsere Mitmenschen auch mitverantwortlich sind, dass zu einem gesunden Menschenverstand auch ein mitfühlendes Herz gehört, dass es unsere Menschenpflicht ist, Menschen in Not zu helfen, unabhängig davon, ob es In- oder Ausländer sind."

Es gelte also, an die Freiheit, die Gleichheit, die Solidarität und vor allem an Österreichs Fähigkeiten und an das, was dieses Österreich in Europa in der Vergangenheit stark gemacht habe, zu glauben.

Sinn, Zweck und Aufgabe echter Politik

Bildung, Wissenschaft und Forschung seien die Schlüssel für die zukünftige Entwicklung. Wesentlich erscheine ihm, dass die Politik es schafft, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass möglichst viele, eigentlich alle Menschen die Möglichkeit haben, ein glückliches Leben zu führen. Das sei die Aufgabe von echter Politik, ihr Sinn, ihr Zweck.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entschlossen sich Europas Politiker und Politikerinnen zur Versöhnung und zur Gemeinsamkeit. Daraus erwuchs das Projekt der Europäischen Union. Dieses sei nicht abgeschlossen: "Ich bin davon überzeugt, dass die Europäische Union ein Raum des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes ist und weiterhin sein kann." Aber dieses Europa sei unvollständig und verletzlich. Und kompliziert: "Das ist auch kein Wunder. Wenn sich 28 hoch entwickelte Demokratien zusammentun und ein Drehbuch für ihr Zusammenleben schreiben, dann kann das weder einfach noch im Einzelnen unumstritten sein."

Es bestehe die Gefahr, sich von einfachen Antworten verführen zu lassen und dabei in Richtung Nationalismus und Kleinstaaterei zu kippen. Das kann nicht im österreichischen Interesse sein: "Lassen wir uns also von der Arbeit an diesem gemeinsamen Europa, dieser Union nicht abbringen! Die Erhaltung dieses Friedensprojekts ist aller Mühen wert", meinte der Bundespräsident, der mit einigen Gedanken zu seinem Amtsverständnis schloss, ehe die Bundesversammlung mit der Bundeshymne beendet wurde.





Blick in den Budgetsaal, kurz vor Beginn einer Untersuchungsausschusssitzung
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



Untersuchungsausschuss prüfte erneut Causa Eurofighter

Die Vorgänge rund um die Beschaffung der Flugzeuge für die heimische Luftraumüberwachung waren bereits zum zweiten Mal Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung. Der erste Ausschuss tagte von Oktober 2006 bis Juli 2007, der zweite konstituierte sich am 29. März 2017 und tagte bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode.

Der Neuauflage des Untersuchungsausschusses lag ein im Vergleich zum ersten Ausschuss erweiterter Untersuchungsgegenstand zugrunde. Konkret hatten sich die 18 Abgeordneten – SPÖ und ÖVP stellten je fünf, die FPÖ vier, die Grünen zwei und NEOS sowie Team Stronach je ein Ausschussmitglied – dabei mit der Vollziehung des Bundes betreffend das Kampfflugzeug "Eurofighter Typhoon" von Anfang 2000 bis Ende 2016 auseinanderzusetzen. Den Vorsitz führte Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf, der dabei vom Verfahrensrichter, dem ehemaligen Vizepräsidenten des Obersten Gerichtshofs Ronald Rohrer und dessen Stellvertreter, dem früheren Vizepräsidenten des Landesgerichts Salzburg Philipp Bauer unterstützt wurde. Als Verfahrensanwalt wiederum wachte der Rechtsanwalt Andreas Joklik über die Einhaltung der Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftspersonen. Seine Vertretung übernahm im Bedarfsfall sein Berufskollege Michael Kasper.

1,5 Millionen Seiten an Akten und Unterlagen

Nachdem sich alle Fraktionen bereits in der Nationalratsdebatte am 29. März mit Nachdruck zu einer lückenlosen Aufklärung bekannt hatten, nahm der Untersuchungsausschuss umgehend nach seiner Konstituierung die Arbeit auf. Bis zum 12. Juli 2017 wurden in insgesamt 17 Ausschusssitzungen 25 Auskunftspersonen befragt. Die Befragungen behandelten die ersten zwei von insgesamt vier geplanten Untersuchungsabschnitten – den im Jahr 2007 vom damaligen Verteidigungsminister Norbert Darabos abgeschlossenen Vergleich mit der Eurofighter GmbH sowie mögliche unzulässige Zahlungsflüsse im Zusammenhang mit der Beschaffung der Kampfflugzeuge. Die beiden anderen Themen – "Informationslage bei Vertragsabschluss" und die Frage, ob dem ersten Eurofighter-Untersuchungsausschuss von der Bundesregierung Informationen beziehungsweise Akten vorenthalten wurden konnten aufgrund der vorzeitigen Beendigung der Legislaturperiode nicht mehr abgehandelt werden. Von insgesamt 21 Stellen

wurden den Abgeordneten 1,5 Millionen Seiten an Akten und Unterlagen zur Verfügung gestellt, davon waren 44.500 Seiten als vertraulich und 2.500 als geheim eingestuft.

"Die Zeitknappheit hat eine erstaunliche Effizienz und eine Konzentration auf das Wesentliche zutage gebracht", stellte Karlheinz Kopf als Vorsitzender in seinem Resümee vor der Presse fest und dankte dabei vor allem den Fraktionen für ihre Zusammenarbeit "im Sinne der Aufklärung ohne parteipolitische Diskrepanzen". Mit Nachdruck unterstrich der Zweite Nationalratspräsident überdies, dass es sich bei einem Untersuchungsausschuss um keine Ersatzstaatsanwaltschaft und kein Strafgericht handelt: "Was wir hier suchen, ist die politische Verantwortlichkeit."

Abschlussbericht empfiehlt Kontrolle bei Gegengeschäften

In seiner Sitzung vom 20. September 2017 zog der Nationalrat eine – vorläufige – Bilanz aus dem Eurofighter-Untersuchungsausschuss. Den Abgeordneten lag dabei ein umfangreiches Kompendium von über 500 Seiten, bestehend aus dem Abschlussbericht sowie den Berichten der Fraktionen, vor. Der Abschlussbericht enthält vor allem die Empfehlung, bei Gegengeschäften in Zukunft vonseiten der Vertragsparteien eine Kontrolleinrichtung zu installieren, der Auskunft über sämtliche Vorgänge im Zusammenhang mit der Abwicklung der Gegengeschäfte und Einsicht in alle erforderlichen Unterlagen ungeachtet allfälliger Geheimhaltungspflichten gewährt werden sollte. Zudem sei die Möglichkeit, eigene Pflichten aus dem Gegengeschäftsvertrag zu übertragen, zu begrenzen. Der Bericht rät außerdem, dass bei Festlegung des



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf



Gegengeschäftsvolumens auf die Marktlage in Österreich und das international übliche Maß von 100 Prozent des Wertes der dem Kaufvertrag zugrunde liegenden Geschäfte Bedacht genommen wird. Bei großvolumigen Kaufverträgen sollte die Regierung zudem Zuständigkeiten im Vorfeld klar definieren, so etwa, wenn es um Verhandlungen und den Abschluss geht.

Debatte über Abschlussbericht im Zeichen gegenseitiger Schuldzuweisungen

Der Abschlussbericht wurde vom Plenum mehrheitlich ohne die Stimmen der Grünen zur Kenntnis genommen, wobei die lebhafteste Debatte bereits vom Wahlkampf geprägt war. Für die SPÖ lag das Grundübel im ursprünglichen Kaufvertrag. Man habe sich für das teuerste Gerät, das zu dieser Zeit auf dem Markt war, entschieden, kritisierten Otto Pendl und Hannes Weninger, die überdies im Zusammenhang mit den Gegengeschäften von "Korruption in unterschiedlichsten Varianten" sprachen. Die ÖVP hingegen stellte den Eurofighter-Vergleich ins Zentrum ihrer Kritik. Norbert Darabos habe sich Eurofighter gebeugt, konstatierte Gabriele Tamandl, während Michaela Steinacker den

damaligen Verteidigungsminister der "wirtschaftlichen Naivität" bezichtigte. In diese Kerbe schlug auch FPÖ-Mandatar Walter Rosenkranz mit den Worten, der Ex-Minister habe sich "über den Tisch" ziehen lassen. Der Darabos-Vergleich sei ein volles Versagen auf der politischen Ebene gewesen, pflichtete ihm Michael Bernhard seitens der NEOS bei. Für Grün-Abgeordneten Werner Kogler wiederum war die Eurofighter-Beschaffung "die größte Schiebung in der Geschichte der Republik".

Wiedereinsetzung des U-Ausschusses in der neuen Legislaturperiode wäre möglich

Damit war klar, dass die politische Verantwortung für das Parlament noch nicht eindeutig geklärt werden konnte. Offen blieb auch die Frage, ob es in der neuen Legislaturperiode zu einer Neuauflage des Untersuchungsausschusses kommen wird. Möglich ist dies, zumal der neu gewählte Nationalrat auf Verlangen eines Viertels der Abgeordneten oder auf Antrag von fünf Abgeordneten mit Mehrheitsbeschluss erneut einen Untersuchungsausschuss – und zwar auch über denselben Untersuchungsgegenstand – einsetzen kann.



*"Was wir hier suchen,
ist die politische
Verantwortlichkeit."*

Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf



Die Klubobmänner im Nationalrat ziehen Bilanz

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS



August Wöginger (ÖVP)

Das Vertrauen der Menschen in die Demokratie stärken

Die neue Legislaturperiode bringt für den ÖVP-Parlamentsklub einen kräftigen Zuwachs an Mandataren. Die Wählerinnen und Wähler haben uns mit Sebastian Kurz an der Spitze mit großem Vertrauen ausgestattet, mit dem wir umsichtig und mit großer Demut umgehen wollen und werden.

Insgesamt 34 unserer nunmehr 62 Abgeordneten zum Nationalrat sind zum ersten Mal im Parlament vertreten und werden ihre Expertise aus allen Teilen der Gesellschaft mit vollem Einsatz einbringen. Der Frauenanteil in unserem Parlamentsklub ist von 14 auf 20 gestiegen und mit Claudia Plakolm, die 23 Jahre jung ist, haben wir die jüngste aller Abgeordneten im Parlament. Mit unseren 22 Bundesräten und fünf

EU-Parlamentariern arbeitet der ÖVP-Parlamentsklub, um unser Land nach vorne zu bringen.

Unser gemeinsames Ziel ist es, einen neuen Stil im Parlament einkehren zu lassen. Die Bevölkerung will keine Streitereien mehr. Das Miteinander und nicht das Gegeneinander muss im Vordergrund stehen. Dafür setzen wir uns ein, denn wir müssen das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die Demokratie wieder stärken und festigen. Eine kritische Auseinandersetzung ist hier natürlich Teil der Arbeit, doch eine angemessene

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS



Andreas Schieder (SPÖ)

2017: Politisch bewegt, wirtschaftlich erfolgreich

2017 war ein bewegtes politisches Jahr. Im Frühsommer trat Vizekanzler Mitterlehner zurück und sein Nachfolger als ÖVP-Obmann, Sebastian Kurz, führte Neuwahlen herbei. Nach einem Wahlkampf mit vielen negativen Begleitumständen führte der Wahltag zu einem neuen, stark geänderten Nationalrat. Die SPÖ legte zwar leicht zu und verteidigte ihre 52 Mandate, wurde aber von der ÖVP überholt. Das Team Stronach trat bei dieser Wahl nicht mehr an, die Grünen blieben überraschend unter der 4-Prozent-Hürde, dafür schaffte die Liste Pilz den Einzug ins Hohe Haus – in ein Parlament, das inzwischen in seinem Ausweichquartier am Heldenplatz und in der Hofburg tagt und arbeitet.

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS



Heinz-Christian Strache (FPÖ)

An oberster Stelle: das Wohl Österreichs und seiner Menschen

2017 war zweifellos ein turbulentes, von vielen Umbrüchen begleitetes Jahr. Vor allem die erste Jahreshälfte war allerdings geprägt von großkoalitionärer Stillstandspolitik. Die schwelenden und sich immer weiter zuspitzenden Konflikte innerhalb der rot-schwarzen Bundesregierung führten zu einer Pattsituation: Brennende Probleme des Landes, allen voran die durch ungebremsste Migration bewirkten kriminellen Entwicklungen und die Gefährdungen unseres einst vorbildlichen Sozialsystems, wurden weder beim Namen genannt noch bekämpft. Rot-Schwarz erwies sich nicht als Reformpartnerschaft, sondern glich eher einer zerrütteten Ehe, in der die Partner ausschließlich mit sich selbst

beschäftigt sind. Die Lösungskompetenz der Regierenden erschöpfte sich in wohlklingenden Worthülsen und Ankündigungen – man erinnere sich nur an den "Plan A" des SPÖ-Vorsitzenden. Im Mai wurden dann Neuwahlen beschlossen. Bei der Nationalratswahl vom 15. Oktober stimmten die Österreicherinnen und



Wortwahl ist oberstes Gebot. Wir wollen einen ordentlichen Umgang miteinander pflegen. Für diese Legislaturperiode haben wir uns zudem als Ziel gesetzt, die Menschen im Land zu entlasten. Wir wollen uns um Entbürokratisierung, eine neue soziale Gerechtigkeit und ein Ende der illegalen Zuwanderung bemühen. Dafür tritt der neue ÖVP-Parlamentsklub an und ein.

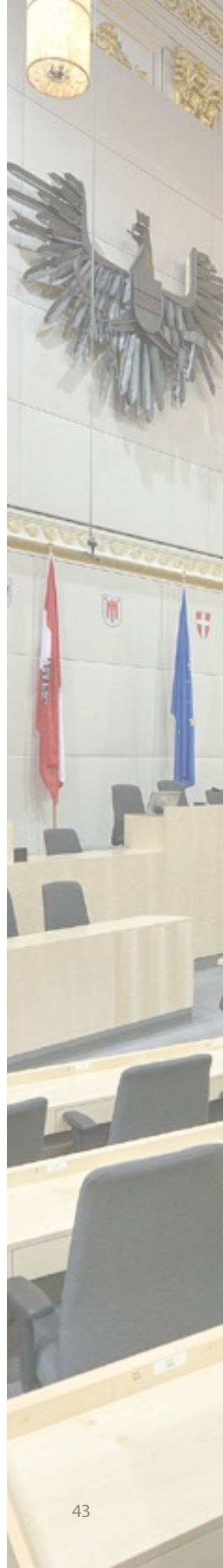
Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir mit unseren vormals 50 Abgeordneten zum Nationalrat gezeigt, dass wir die stabile Komponente im Hohen Haus sind. Wir haben maßgeblich dazu beigetragen, dass notwendige Reformen im Parlament durch- und bedeutende Vorhaben umgesetzt wurden.

Der Untersuchungsausschuss wurde mit neuen Verfahrensregeln ausgestattet. Mit der Einführung eines Verfahrensrichters konnte die Befragungsführung effizient gestaltet und parteipolitisches Hickhack hintangestellt werden. Zudem hat der ÖVP-Parlamentsklub das Rederecht für EU-Parlamentarier durchgesetzt. In zahlreichen Enqueten zum Thema Soziales, Wirtschaft oder Werte haben wir beispielsweise wichtige Impulse für eine Reform der Mindestsicherung gesetzt und uns mit Fragen von Verwaltung, Standort und Arbeit ebenso auseinandergesetzt wie mit Zukunftsperspektiven für unsere Landwirtschaft. Wir arbeiten mit ganzer Kraft für die Menschen in unserem Land, dafür steht der ÖVP-Parlamentsklub auch in dieser Legislaturperiode.

Das Jahr 2017 war aber nicht nur von heftigen politischen Auseinandersetzungen geprägt sondern auch vom erfreulichen Umstand, dass Österreich wieder auf der wirtschaftlichen Überholspur in Europa unterwegs ist. Das Wirtschaftswachstum unseres Landes gehört zu den höchsten der EU, die Arbeitslosigkeit sinkt.

Dafür sind zum einen die international wieder anspringende Konjunktur und die Leistungsfähigkeit von Österreichs Wirtschaft und seiner Beschäftigten verantwortlich, aber auch eine ganze Reihe von im Nationalrat beschlossenen Gesetzen, die dazu beitragen, dass Österreich ganz vorne dabei ist. Die letzte Steuerreform kurbelte den Inlandskonsum an, mit der Aktion 20.000 wurden älteren Langzeitarbeitslosen neue Chancen eröffnet und mit dem Beschäftigungsbonus sollen 150.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch diese Gesetze wurde der wirtschaftliche Aufschwung unterstützt – bleibt zu hoffen, dass dieser Weg nicht verlassen wird.

Österreicher für eine große politische Erneuerung, indem sie die Freiheitlichen deutlich stärkten und so neue Mehrheiten ermöglichten. Innerhalb der neuen schwarz-blauen Regierung wird nun die FPÖ als patriotische, soziale und in erster Linie an den Interessen der eigenen Bevölkerung orientierte Kraft die Zukunft unserer österreichischen Heimat konstruktiv mitgestalten. Wir Freiheitliche werden damit den Vorwurf unserer politischen Gegner, wir seien gefährliche Populisten ohne Lösungskompetenz, als böswillige Unterstellung entlarven. Mit dem Vertrauen einer breiten Bevölkerungsmehrheit ausgestattet, werden wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die notwendigen Reformen zum Wohle unseres Landes vorantreiben. Dazu zählen ein strengeres Asylrecht und vor allem dessen konsequenter Vollzug, was sozialen Missbrauch eindämmen soll. Von der geplanten Steuerentlastung werden Wirtschaft und Konsumenten gleichermaßen profitieren. Durch Entbürokratisierung soll die Verwaltung verschlankt, durch Digitalisierung und zukunftsweisende Technologien der Standort gesichert werden. Ein Mehr an direkter Demokratie soll eine stärkere Einbindung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse ermöglichen. Es ist anzunehmen, dass die Umsetzung dieser ambitionierten Vorhaben von unseren parlamentarischen Mitbewerbern nicht gerade erleichtert wird. Die Erneuerung wird also kein Spaziergang, aber wir sind gut vorbereitet. An oberster Stelle steht das Wohl Österreichs und seiner Menschen.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS



Matthias Strolz (NEOS)

Perspektivenwechsel im Parlament

2017 stand die parlamentarische Arbeit ganz im Zeichen der heran-nahenden Nationalratswahlen. Bereits ab Jahresbeginn war spürbar, dass die beiden Regierungsparteien nicht mehr miteinander können und einen für sie möglichst günstigen Absprung aus der Regierung suchen wollen. Dieses Taktieren, Blockieren und Verhindern, um selbst möglichst gut dazustehen und gleichzeitig den sogenannten Partner in ein möglichst schlechtes Licht zu rücken, kennzeichnete einen Großteil des Jahres.

Wir NEOS ließen trotzdem nicht locker und brachten uns mit einer Vielzahl an inhaltlichen Reformvorschlägen in Form von Reden, Anträgen und Anfragen ein. Ein Schwerpunkt lag auf der Bildungspolitik

– wir treten schon von Beginn an für eine umfassende Bildungsreform ein, die den Schulen pädagogische, finanzielle und personelle Autonomie ermöglicht und dafür sorgt, dass es durch einen Chancenbonus finanzielle Anreize für soziale Durchmischung gibt. Bildung ist der Schlüssel zur Selbstermächtigung des Menschen und für viele Zukunftsfragen: Wenn das Thema nicht sauber angepackt wird, werden wir morgen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Integration und bei der Wettbewerbsfähigkeit die Rechnung bezahlen.

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

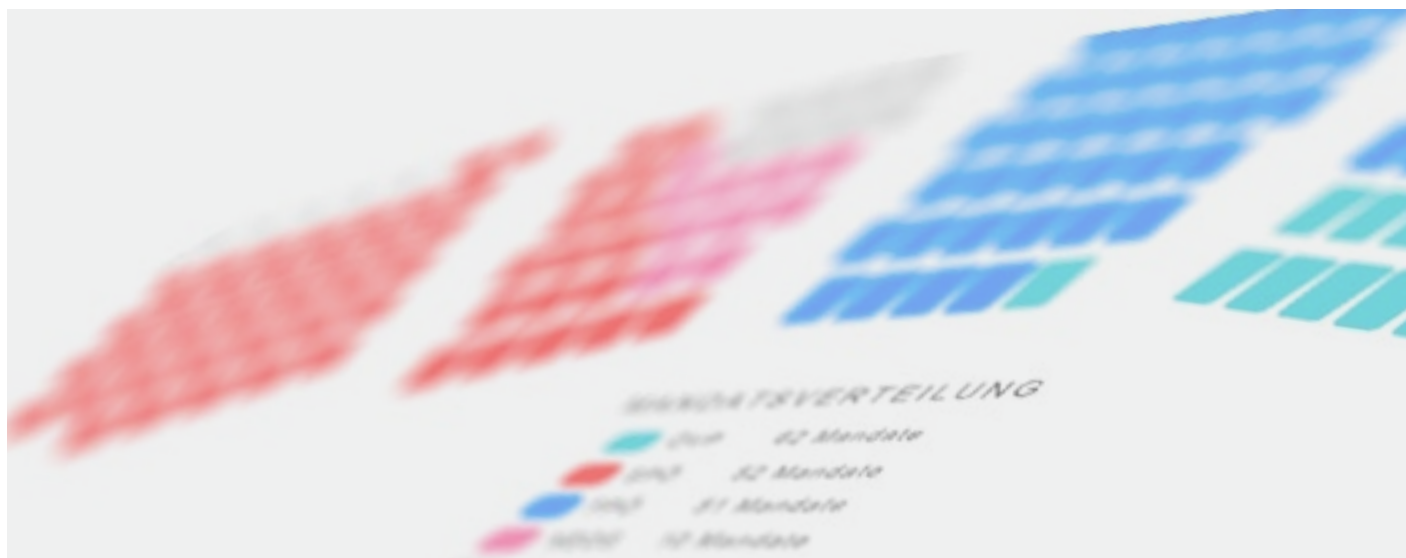


Peter Kolba (Liste PILZ)

Liste für Kontrolle, Transparenz und soziale Gerechtigkeit

Im Juni 2017 hielt Peter Pilz am grünen Bundeskongress eine denkwürdige Rede. Er bat die Delegierten, ihn – als Ausdruck der Unterstützung gegen EADS – auf den vierten Platz zu wählen. Diese Wahl gewann jedoch Julian Schmid. Peter Pilz verließ nach etwa 30 Jahren jene Partei, die er mitgegründet hatte. Bereits im Juli 2017 begannen die Planungen für eine Liste Peter Pilz als Wahlpartei bei den kommenden Nationalratswahlen. Die neue Liste wurde de facto von einigen wenigen Personen aus dem Boden gestampft. Die österreichweit rund 150 KandidatInnen wollten eine andere Art von Politik: Eine Bürgerbewegung mit freien Mandataren und Mandatarinnen, Experten und Expertinnen mit bewähr-

ten Parlamentariern und Parlamentarierinnen an der Seite sollten Schwung ins Parlament bringen. Am 15. Oktober 2017 das Wahlergebnis: Die Liste Pilz hat es knapp mit 4,4 Prozent geschafft, die Grünen hatten rund 10.000 Stimmen zu wenig, um wieder in den Nationalrat einzuziehen.





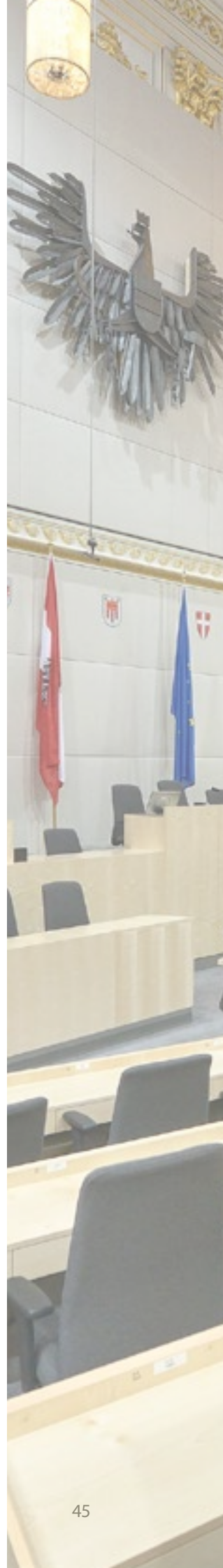
Apropos Arbeit: Die Entlastung der Arbeitnehmer_innen und Unternehmer_innen war NEOS auch im vergangenen Jahr ein großes Anliegen. Die Abschaffung der kalten Progression, also der heimlichen Steuererhöhung, zählte und zählt zu den wichtigsten Forderungen von NEOS. Bis zu 800 Millionen Euro fließen bis 2019 als „Bonus“ in die Taschen des Finanzministers, und das ganz automatisch – Geld, das jeder Steuerzahler, jede Steuerzahlerin besser investieren kann, in die Ausbildung, in ein Eigenheim oder für den wohlverdienten Urlaub. Die Unternehmen wollen wir nachhaltig durch eine echte Senkung der Lohnnebenkosten entlasten, damit diese neue Jobs schaffen können.

Mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode werden wir NEOS als gestärkte Kraft als DIE Oppositionspartei der neuen Regierung gegenüberstehen. Wir werden unsere Energie in den nächsten fünf Jahren als Kontrollpartei, Hüterin der Verfassung und Reformturbo einbringen. Die Freiheit des Einzelnen in Verbundenheit mit der Verantwortung füreinander, die nicht zuletzt auch die kommenden Generationen mitbedenkt, sind unsere Kernwerte, die uns in den kommenden Jahren in unserer Arbeit antreiben werden. Wir freuen uns auf diese neue Herausforderung und werden einmal mehr mit mutigen und konstruktiven Vorschlägen die Politik im Parlament kraftvoll mitgestalten und Politik aus der Perspektive der Menschen machen.

Doch nicht nur vor, sondern auch nach der Wahl gab es Dirty Campagning. Jahrealte Vorwürfe der sexuellen Belästigung gegen Peter Pilz führten dazu, dass dieser sein Mandat nicht annahm. Daher zogen wir ohne den Listengründer in den Nationalrat ein.

Am Programm hat sich durch diese Wirren nichts geändert. Die Liste Pilz steht mit ihren acht Abgeordneten für Kontrolle, Transparenz und soziale Gerechtigkeit. Wir werden ein Modell der Bürgerbeteiligung aufbauen, das Bürgern und Bürgerinnen Teilhabe an den parlamentarischen Prozessen anbietet und so eine Mittelstellung zwischen repräsentativer Demokratie und direkter Demokratie (über Volksbegehren und -abstimmungen) darstellt. Bürgerparlamente diskutieren Sachfragen, die Mandatäre der Liste Pilz bringen die Ergebnisse dieser Prozesse ins Parlament ein. So wollen wir bei Nicht- und Protestwählern wieder die Begeisterung für Politik wecken. Zur Teilhabe gehört die Kenntnis darüber, welche Themen jeweils im Parlament gerade behandelt werden. Im Sinne der Transparenz wird die Liste Pilz versuchen die Bevölkerung in leichter Sprache und übersichtlich über diese Themen zu informieren.

Schließlich steht die Liste Pilz auch für soziale Gerechtigkeit. Wir werden uns gegen Regierungsprogramme stellen, die Arme ärmer und Reiche reicher machen. Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle. Nur so können Sicherheit und Frieden für unser Land erhalten werden.



Abgeordnete ohne Klub im österreichischen Nationalrat

In der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode gab es so viele "wilde" Abgeordnete wie noch nie zuvor in der österreichischen Parlamentsgeschichte. Klubwechsel sind mittlerweile keine Seltenheit mehr. Ein kurzer Blick zurück in die Geschichte des österreichischen Parlamentarismus.

Streng genommen begann der republikanische Parlamentarismus im Februar 1919 mit drei fraktionslosen Abgeordneten. Ein demokratisches Wahlrecht ohne Prozenzhürden und ähnlichen Einschränkungen sorgte dafür, dass neben den drei großen politischen Lagern auch Minderheiten eine parlamentarische Vertretung erlangten.

So zog **František Dvořák** für die Vereinigte Liste der Tschechoslowaken, einer damals bedeutenden Volksgruppe, in die neue Nationalversammlung ein. Die Liste erzielte mehr als 67.000 Stimmen (2,27 Prozent), was für ein Grundmandat in Wien reichte.



Erste "wilde" Abgeordnete in der Zweiten Republik ab 1950

In der Zweiten Republik waren zunächst drei, ab 1949 vier Parteien im Nationalrat vertreten. 1950 kam es zur Premiere. Erstmals in der Geschichte des republikanischen Parlamentarismus schied ein Mandatar,



(v.li.) František Dvořák, Robert Stricker und Ottokar Czernin © ÖNB

Für **Robert Stricker** von der Israelitischen Kultusgemeinde – er trat für die Jüdischnationale Partei an – reichten 7.770 Stimmen in seinem Wiener Wahlkreis für ein Direktmandat.

Das mit der Schaffung des Nationalrates 1920 geänderte Wahlrecht sorgte jedoch dafür, dass – mit einer Ausnahme 1920, als der ehemalige kaiserliche Außenminister **Ottokar Czernin** in Wien ein Direktmandat errang – bis zum Ende der Ersten Republik nur noch Abgeordnete des christlich-sozialen, deutschnationalen und sozialdemokratischen Lagers ins Hohe Haus gewählt wurden. Das Phänomen des "wilden" Mandatars war in dieser Zeit nicht bekannt.

Oskar Huemer vom Verband der Unabhängigen, aus dem sich später die FPÖ herausbilden sollte, aus seiner Partei aus, behielt aber sein Mandat. Diesem Beispiel folgte wenig später Karl Aichhorn von der ÖVP, während sein ehemaliger Klubkollege Ernst Strachwitz 1951 aus der ÖVP ausgeschlossen wurde, weil er den freiheitlichen Präsidentschaftskandidaten unterstützt hatte, sodass drei Abgeordnete bis 1953 ohne Klubzugehörigkeit im Nationalrat saßen. In jenem Jahr wurde Fritz Stüber aus dem Klub der Freiheitlichen ausgeschlossen. Da er sein Mandat jedoch nicht zurücklegte, gehörte er bis 1956 weiterhin dem Nationalrat als Mitglied an.

Bei der SPÖ gerieten Erwin Scharf und Paul Truppe 1948 beziehungsweise 1958 in unüberbrückbaren Gegensatz zu ihrer Partei, legten aber ihr Mandat zurück, sodass es auf sozialdemokratischer Seite erst 1964 einen "wilden" Abgeordneten gab, als sich



Franz Olah weigerte, nach seinem Parteiausschluss aus dem Nationalrat auszuscheiden. Olah blieb bis 1966 Abgeordneter und gründete – wie zuvor Paul Truppe – eine eigene Partei, scheiterte aber wie dieser am Einzug ins Parlament.

16 Jahre nach Olah kam es in der SPÖ Oberösterreich zu Richtungsstreitigkeiten, in deren Zuge der Abgeordnete Stephan Tull mit einem Funktionsverbot belegt wurde. Tull trat daraufhin aus der SPÖ aus und verblieb bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode der sechste "wilde" Abgeordnete in der Geschichte der Zweiten Republik.

Parteiinterne Differenzen und mediale Skandale

1986 zog erstmals seit 1949 wieder eine neue Partei in den Nationalrat ein: die Grünen. Für die Wahl 1986 einigte man sich auf ein Bündnis, das jedoch kaum ein Jahr hielt. Der Obmann der Vereinten Grünen, Josef Buchner, schied 1987 aus dem Grünen Klub aus und vertrat seine Ansichten in der Folge als Ein-Mann-Fraktion. Versuche der VGÖ, auch allein ins Parlament gewählt zu werden, scheiterten in der Folge. Buchner schied 1990 ebenso aus dem Hohen Haus aus wie der Abgeordnete der Freiheitlichen Hermann Eigruber, der aus seinem Klub ausgeschlossen worden war, da er sich geweigert hatte, freiwillig auf seine Altpolitiker-Pension zu verzichten.

1992 trat die SPÖ-Abgeordnete Gabrielle Traxler aus ihrer Partei aus, mit der sie in einen Konflikt geraten war. Sie geriet daraufhin in negative Schlagzeilen, als ruchbar wurde, dass sie neben ihrem Gehalt als – nunmehr – "wilde" Abgeordnete auch Arbeitslosengeld bezogen hatte, was zu einer entsprechenden Gesetzesänderung führte. Ein Jahr später verließ der ÖVP-Abgeordnete Paul Burgstaller seine Fraktion. Ihm wurden sexistische Äußerungen in einer Ausschusssitzung vorgeworfen. Da er sich von seiner Partei nicht ausreichend gegen diese Behauptungen verteidigt sah, trat er aus der ÖVP aus und blieb wie Traxler bis zum Ende der Legislaturperiode weiter Abgeordneter.

Wenige Jahre später, 1998, erschütterte die Affäre Rosenstingl die heimische Politik. Der Finanzreferent der niederösterreichischen FPÖ hatte mehrere Millionen Schilling veruntreut und war damit nach Brasilien geflohen. Er wurde sofort aus seiner Partei ausgeschlossen, legte aber sein Mandat ebenso wenig zurück wie Hermann Mentil, dem von seiner Partei mangelnde Aufsicht über Peter Rosenstingl vorgeworfen worden war. Mentil blieb bis 1999 "wilder" Abgeordneter,

während sich hinter Rosenstingl in jenem Jahr die Gefängnistore schlossen. Rosenstingl war wegen schweren gewerbsmäßigen Betrugs zu sieben Jahren Haft verurteilt worden, nachdem ihm, dies ein Novum in der Parlamentsgeschichte, zuvor das Mandat aberkannt worden war.

1999 schloss die FPÖ zwei weitere Mandatare aus. Elfriede Madl und Anton Blünegger hatten die Kandidatur der neu gegründeten Partei Richard Lugners unterstützt. 2008 schließlich schloss die FPÖ ihren Mandatar Karlheinz Klement aus, der zuvor öffentlich Kritik an seinem Listenplatz für die Nationalratswahl geübt hatte. Er blieb "wilder" Abgeordneter und trat mit einer eigenen Liste an, die aber ohne Erfolg blieb.

Vermehrte Klubwechsel in den vergangenen zehn Jahren

In den letzten zehn Jahren häuften sich fehlende Klubzugehörigkeiten, die jedoch meist daran lagen, dass einzelne Abgeordnete ihre alten Parteien verließen, um sich neuen Parteien anzuschließen. Das traf zum einen auf die aus dem freiheitlichen Lager entstehenden Listen wie BZÖ und FPK zu, andererseits aber auch auf einige MandatarInnen, die ihre alten Klubs verließen, um bei der Gründung des Team Stronach mitzuwirken, dessen Klub sie schließlich 2012 formell bilden konnten. Im Zuge der Nationalratswahl 2013 kam es schließlich zu einem weiteren Novum in der Parlamentsgeschichte. Monika Lindner war für das Team Stronach ins Hohe Haus gewählt worden, schloss sich aber diesem Klub nach ihrer Wahl nicht an. Sie war damit die erste Abgeordnete, die von Anfang an fraktionslos war.

Bis zum Ende des Jahres 2016 wuchs die Zahl der "wilden" Abgeordneten auf fünf an, da die FPÖ drei MandatarInnen verloren hatte – zwei Salzburger Abgeordnete traten aus der FPÖ aus, nachdem diese den ehemaligen Salzburger Landesobmann Karl Schnell ausgeschlossen hatte. Von der FPÖ war zudem auch Susanne Winter ausgeschlossen worden, die ebenso "wilde" Abgeordnete blieb wie Jessi Lintl, die aus dem Team Stronach, und Marcus Franz, der aus der ÖVP ausgetreten war. Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2017 stieg die Zahl jener Abgeordneten, die keinem Klub angehören, sogar auf 14 an, da sich einerseits der Klub des Team Stronach aufgelöst hatte, sich andererseits drei Grün-Mandatare und eine SPÖ-Abgeordnete von ihren alten Parteien getrennt hatten, um gemeinsam die Liste Peter Pilz zu formieren.



31 Jahre im Hohen Haus | die Grünen im Parlament

Über drei Jahrzehnte waren die Grünen im Nationalrat vertreten. Aufgrund des Wahlergebnisses bei der Wahl im Oktober 2017 wird die Partei in der kommenden Gesetzgebungsperiode dem Nationalrat nicht mehr angehören. Weiterhin entsenden die Grünen aber Vertreterinnen und Vertreter in den Bundesrat.

Die Geschichtswissenschaft geht davon aus, dass der Streit um die Errichtung des Kernkraftwerks Zwentendorf 1978 die Geburtsstunde der Grünen markiert. Tatsächlich hatten damals unzählige GegnerInnen der Atomkraft protestiert, um diese Form der Energiegewinnung in Österreich dauerhaft zu verhindern. Schon im Vorfeld der nächsten Nationalratswahlen im Jahr 1979 gab es daher Versuche, bundesweit eine grüne Liste antreten zu lassen, was jedoch scheiterte. Im Dezember 1984 wurde der geplante Bau eines Wasserkraftwerks bei Hainburg in der Öffentlichkeit debattiert und sorgte so für eine weitere Sensibilisierung für Umweltthemen und damit einen Aufschwung der Grün-Bewegung.

Die ehemalige Journalistin Freda Meissner-Blau kandidierte in Folge bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1986 für die Grünen. Unter dem Listennamen "Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau" erhielt die Partei bei der Nationalratswahl 1986 4,8 Prozent der Stimmen und war damit mit acht Mandaten im Nationalrat vertreten. Erstmals seit 1949 war damit eine neue Fraktion im Nationalrat vertreten. 1990 gelang der Partei mit beinahe exakt gleichem Stimmenanteil der Wiedereinzug in den Nationalrat. Berühmt geworden ist ein Bild, das die damals neue Abgeordnete Christine Heindl zeigt, als sie während der konstituierenden Sitzung ihr wenige Monate altes Baby stillte.

Etablierung im Nationalrat und weitere Wahlerfolge

Vier Jahre später hatte sich die Partei weitgehend etabliert. Sie saß in mehreren Landtagen und wies bereits eine Reihe prominenter PolitikerInnen auf. Dementsprechend erzielte die Partei mit 7,3 Prozent im Jahr 1994 ihr bis dahin bestes Ergebnis und stellte 13 MandatarInnen. Die Zuspitzung des politischen Gegensatzes zwischen den Regierungsparteien führte jedoch schon ein Jahr später zu vorzeitigen Neuwahlen, bei denen die Grünen wieder auf ihren Ausgangswert von

4,8 Prozent zurückfielen, um bei der folgenden Wahl 1999 wieder auf 7,4 Prozent (und nunmehr 14 Mandate) zu steigen.



Konstituierende Sitzung des Nationalrates 1986: Erstmals sind die Grünen im Parlament vertreten. © Parlamentsdirektion/Willibald Haslinger



Nach den vorzeitigen Neuwahlen 2002 führten die Grünen Gespräche mit der ÖVP über eine mögliche schwarz-grüne Koalition, nachdem sie mit 9,5 Prozent ein neues Rekordergebnis erzielt hatten. Schlussendlich kam es aber zu einer Fortsetzung der schwarz-blauen Koalition. 2006 steigerten sich die Grünen noch einmal auf nunmehr 11 Prozent, wobei es ihnen gelang, um 532 Stimmen vor der FPÖ zu bleiben, wodurch sie erstmals Anspruch auf einen Sitz im Nationalratspräsidium hatten und ein Jahr darauf erstmals ein Mitglied der Volksanwaltschaft benennen durften. Mit nur geringen Verlusten (auf 10,4 Prozent) fielen sie 2008 jedoch auf Platz 5 zurück, da sie sowohl von der FPÖ als auch von deren Abspaltung BZÖ überholt wurden.

Bestes Wahlergebnis: NR-Wahl 2013 mit 24 Mandaten

2013 erzielten die Grünen schließlich unter ihrer Vorsitzenden Eva Glawischnig-Piesczek mit 12,4 Prozent (und 24 Mandaten) ihren bislang größten Wahlerfolg bei einer Nationalratswahl. Ende 2016 wurde der frühere grüne Parteichef Alexander Van der Bellen zum Bundespräsidenten der Republik Österreich gewählt. Im Zuge der Nationalratswahl 2017 verloren die Grünen allerdings fast 9 Prozent ihres Stimmenanteils von 2013 und sind daher nicht mehr im Nationalrat vertreten. Im Bundesrat, der infolge von Landtagswahlen beschickt wird, gibt es nach wie vor VertreterInnen der Grünen.

Weitere im Parlament nicht mehr vertretene Parteien

Die Grünen sind damit in der Zweiten Republik die vierte Partei, die sich aus dem Nationalrat verabschieden muss. Bereits 1959 ereilte dieses Schicksal die Kommunisten, die damals kein Grundmandat mehr schafften und damit auch beim zweiten Ermittlungsverfahren nicht mehr zum Zug kamen. 1999 verpassten die Liberalen ähnlich knapp wie diesmal die Grünen die 4-Prozent-Hürde (sie erhielten 3,7 Prozent), weshalb der Klub des Liberalen Forums nach sechs Jahren Präsenz im Hohen Haus aufgelöst wurde. 2013 schließlich verfehlte das 2005 vom ehemaligen FPÖ-Chef Jörg Haider gegründete Bündnis Zukunft Österreich mit 3,5 Prozent die entscheidende



Im Rahmen der Konstituierenden Sitzung 1990 stillte die Abgeordnete Christine Heindl ihr wenige Monate altes Baby. © Parlamentsdirektion/Willibald Haslinger

Marke um rund 20.000 Stimmen, während das Team Stronach, dem 2013 erstmals der Einzug ins Parlament gelungen war, bei der Nationalratswahl 2017 auf einen Wiederantritt verzichtete.

Der Wiedereinzug nach einer Abwahl ist bislang keiner Partei gelungen. Die KPÖ tritt nach wie vor bei Nationalratswahlen an, hat bislang aber den Wiedereinzug nicht geschafft. Das LiF versuchte 2002 und 2008 erfolglos eine



Ehemalige Parteiführerin und Dritte Nationalratspräsidentin Eva Glawischnig-Piesczek © Parlamentsdirektion/Mike Ranz

Rückkehr ins Parlament und löste sich nach Fusionierung mit den NEOS als eigenständige Partei auf. Das BZÖ wiederum verlor im Sommer 2017 durch Austritt seine letzten beiden Landtagsabgeordneten und trat zu weiteren Wahlen (bisher) nicht mehr an.



Neue Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger

Im Rahmen einer Enquete-Kommission gaben die Abgeordneten Empfehlungen zur Stärkung der Demokratie in Österreich. Eines der Ergebnisse ist das erweiterte Begutachtungsverfahren, das Bürgerinnen und Bürger seit September 2017 auf der Website des Parlaments eine weitere Möglichkeit der Teilnahme bietet.

Die Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich tagte in der XXV. Gesetzgebungsperiode rund ein Jahr. Der Bericht der Enquete-Kommission beinhaltete mehrheitlich beschlossene Empfehlungen, die unter anderem die Einbindung der BürgerInnen im Begutachtungsverfahren umfasste (siehe Bericht der parlamentarischen Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich 791 d.B. der XXV. GP, S. 9ff). Der Nationalrat nahm den Bericht, der auch einen Minderheitenbericht von Abgeordneten der Opposition enthielt, am 23. September 2015 im Nationalrat mehrheitlich zur Kenntnis.

Neue Tools auf der Website des Parlaments

Die Umsetzung der geforderten Empfehlungen wurde in Folge im Hintergrund länger diskutiert, bis es zur Einbringung des von Abgeordneten aller sechs Klubs unterstützten Entschließungsantrags 2042A/(E) am 2. März 2017 kam. In diesem wurde unter anderem die Bedeutung der Einbindung der BürgerInnen in das Gesetzgebungsverfahren als wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Akzeptanz der Rechtsnormen angeführt. Als ein Umsetzungsschritt der Ergebnisse der Enquete-Kommission sah der Entschließungsantrag zwei Themenbereiche vor: Crowdsourcingprojekte und erweitertes Begutachtungsverfahren. Während im Rahmen des Ausschussberichts 1622 d.B der XXV. GP der Beginn für das Pilotprojekt Crowdsourcing erst mit 1. Jänner 2018 vorgegeben wurde, startete das erweiterte Begutachtungsverfahren im Sinne der einstimmig angenommenen Entschließung des Nationalrates vom 16. Mai 2017 (200/E) bereits mit 13. September 2017 (Tagungsbeginn).

Die Entschließung 200/E brachte einige Neuerungen im Begutachtungsverfahren, das vor Einbringung eines Gesetzentwurfes als Regierungsvorlage im Nationalrat stattfindet. Erstmals wird ausdrücklich festgehalten, dass auch jene Stellungnahmen zu Ministerialentwürfen berücksichtigt werden, die von

Stellen oder Personen eingebracht wurden, die nicht direkter Adressat des Begutachtungsverfahrens sind. Damit sich die BürgerInnen über den Inhalt eines Vorhabens noch einfacher informieren können, werden auf der Website des Parlaments kurze Zusammenfassungen in verständlicher Sprache auf der Übersichtsseite des jeweiligen Ministerialentwurfs platziert.

Schon bisher haben BürgerInnen hauptsächlich per E-Mail Stellungnahmen im Begutachtungsverfahren eingebracht. Um eine stärkere Beteiligung zu erzielen, gibt es seit Herbst 2017 die zusätzliche Möglichkeit, direkt auf der Website in einem Textfeld seine Meinung zu einem Vorhaben kundzutun. Dafür wurden auch die Filtermöglichkeiten auf der Website ausgebaut, sodass gezielt nach Ministerialentwürfen mit laufender Begutachtungsfrist und daher noch aktiver Beteiligungsmöglichkeit gefiltert werden kann.

Zu beachten ist, dass alle Stellungnahmen der Würde des Nationalrates entsprechen müssen und nicht gegen das geltende Recht, insbesondere das Strafbuch, das Urheberrechtsgesetz und das Datenschutzgesetz, verstoßen dürfen. Dies wird nach Einlangen der Stellungnahmen von der Parlamentsdirektion geprüft. Die freigegebenen Stellungnahmen werden den parlamentarischen Klubs im Wege des Intranets und dem zuständigen Ressort für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt. Liegt eine Zustimmung zur Veröffentlichung vor, wird die Stellungnahme unter namentlicher Nennung des Verfassers/der Verfasserin auch auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

Erfolgsmodell der elektronischen Zustimmungserklärung wurde ausgebaut

Da die elektronische Zustimmungsmöglichkeit bei Bürgerinitiativen und Petitionen (dem Anliegen einer im Nationalrat rechtsgültig eingebrachten Bürgerinitiative und Petition kann elektronisch zugestimmt werden) sehr gut angenommen wurde und sich großer Beliebtheit erfreut, wurde



dieses Erfolgsmodell auch für das erweiterte Begutachtungsverfahren übernommen. Es ist daher möglich, zu bereits veröffentlichten Stellungnahmen zu einem Gesetzentwurf auf der Website des Parlaments eine elektronische Zustimmungserklärung abzugeben. Die unter Umständen große zahlenmäßige Unterstützung einer Stellungnahme kann für das zuständige Bundesministerium, aber auch für die parlamentarischen Klubs ein wertvoller Stimmungsbarometer sein.

Der Start des erweiterten Begutachtungsverfahrens fiel gerade an das Ende der XXV. Gesetzgebungsperiode, weshalb dieses erst bei einigen wenigen Ministerialentwürfen zum Einsatz kam. Nach Angelobung der neuen

Bundesregierung werden wohl bald zahlreiche Ministerialentwürfe einlangen und die neuen Möglichkeiten von den BürgerInnen in Anspruch genommen werden können.

Interessanter Ausblick für die kommenden Monate

Interessant wird dann auch sein, wie ein weiterer Punkt der Entschließung, nämlich eine kurze Begründung und Darstellung in der Regierungsvorlage, welche Anregungen aus dem Begutachtungsverfahren bei der Formulierung der Regierungsvorlage berücksichtigt wurden, von der Bundesregierung umgesetzt werden wird.

REPUBLIC ÖSTERREICH
Parlament

PARLAMENT NOTIZ PARLAMENT ERKLÄRT WER TIT WER GEBÄUDE UND FÜRBEREICHEN SERVICE

Aktuell im Parlament
Parlamentarische Korrespondenz
Regierungsvorschläge und Gesetzesentwürfe
Anträge und Entschließungen
Begutachtungsverfahren und Stellungnahmen
EU-Dokumente
Beteiligung der BürgerInnen
Alle Verhandlungsgegenstände
Planentwürfe
Ausschüsse
Untersuchungsausschüsse
Parlamentarische Enqueteen und Enquete-Kommissionen
Demographische Prognosen
Budget-Analysen
Tabelle

Beteiligung der BürgerInnen

Online zustimmen können BürgerInnen parlamentarischen Bürgerinitiativen im Nationalrat sowie Gesetzen im Nationalrat und im Bundesrat.

Elektronische Beteiligung ist auch im öffentlichen Regelungsverfahren möglich. Hier können BürgerInnen Stellungnahmen zu Ministerialentwürfen einbringen oder bereits eingetragene Stellungnahmen zustimmen.

Allgemeine Informationen zu den Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen
Detaillierte Erklärungen zur elektronischen Zustimmungserklärung

Nationalrat Bundesrat

Zeitraum
seit 01.11.2017 XXV. Gesetzgebungsperiode

Nur anzeigen von
Bürgerinitiativen

Alle Zustimmung möglich

Suchbegriff für Betroffenheit

Zurücksetzen Anmelden

41 Ergebnisse

Aktualisierung	Art	Betreff mit Icon	Stimmen	Status
23.11.2017	GR	Erweiterung des Postamtsnetzes (EÖB) 1. Nr. 1/2017	40/51	
23.11.2017	GR	Anhang 1 zum Umweltschadenshaftungsgesetz (UVP-G 2000-EÖB) Nr. 6/2017	41/51	
21.11.2017	GR	Verbesserung der rechtlichen Stellung des Weidewerks, Aufrechterhaltung und der persönlichen Sicherheit der Justizschaffenden im Dienst sowie eine zugehörige Anpassung des Strafrechtsgesetzes	38/51	
16.11.2017	GR	Erweiterung in der Straßenverkehrsordnung von 1960 - Aufnahme der mobilen aufstehenden Fahnenmasten im Auftrag von Behörden	38/51	
09.11.2017	GR	Informationspflicht bei Unterbrechungen und Verlängerung der Verhandlungen - Verhandlungsgegenstand gem. § 21 Abs. 1a GO	1/51	
09.11.2017	GR	Hardy- und Internetschulung von Kindern und Jugendlichen - Verhandlungsgegenstand gem. § 21 Abs. 1a GO	2/51	
09.11.2017	GR	Erhaltung der Hauspostboxen in der Wohnzone - Verhandlungsgegenstand gem. § 21 Abs. 1a GO	3/51	
09.11.2017	GR	Verbesserung der Lebensunterstützung - Verhandlungsgegenstand gem. § 21 Abs. 1a GO	4/51	
09.11.2017	GR	Errichtung eines Elternkinderkammermasse am BORD-Parlament ab dem Schuljahr 2018/2019	5/51	

Der Rechnungshof | Impulsgeber für Reformen

Der Rechnungshof hat eine zentrale Kontrollfunktion im Staat. Er ist für die Rechnungs- und Gebarungskontrolle des gesamten öffentlichen Sektors zuständig. Mit seinen Prüfungen trägt er zu einem effizienten öffentlichen Mitteleinsatz und damit zum Vertrauen in die Demokratie bei.

Die Verfassung hat den Rechnungshof als oberstes Organ der externen Finanzkontrolle eingerichtet. Das bedeutet, er kontrolliert, ob Bund, Länder und Gemeinden sowie öffentliche Unternehmen ihre finanziellen Mittel sorgsam verwenden. Für die Wahrnehmung seiner Kontrollfunktion garantiert die Verfassung dem Rechnungshof volle Unabhängigkeit. Kernaufgabe des Rechnungshofes, den es in Österreich seit über 250 Jahren gibt, ist das Prüfen und Beraten. Dabei zeigt er Schwachstellen auf und leistet mit seinen Prüfungsfeststellungen und

Empfehlungen einen wichtigen Beitrag zur Steigerung von Effizienz und Effektivität im öffentlichen Bereich. Damit schafft der Rechnungshof die Grundlagen für die Kontrolltätigkeit des Nationalrates. Eine zeitnahe Behandlung seiner Berichte im Parlament ist daher von großer Bedeutung.

Der Präsident/die Präsidentin haben das Recht, an den Verhandlungen über die Berichte des Rechnungshofes und die Bundesrechnungsabschlüsse im Nationalrat und seinen Aus- beziehungsweise





Unterausschüssen teilzunehmen. Die Vorberatung der Rechnungshofberichte obliegt dem Rechnungshofausschuss, danach werden diese im Plenum behandelt. Präsidentin Margit Kraker nahm 2017 an sechs Sitzungen des Rechnungshofausschusses, an einer Sitzung des Budgetausschusses zum Bundesrechnungsabschluss 2016 sowie an

Bundesrechnungsabschluss 2016 inklusive die Ergebnisse dreier Funktionsprüfungen, den Einkommensbericht sowie den Tätigkeitsbericht vor. Der Rechnungshof erstellt sein Prüfungsprogramm eigenverantwortlich. Daneben kann er auf Beschluss des Nationalrates mit einer Sonderprüfung beauftragt werden; dieses Recht steht auch einer qualifizierten Minderheit von 20 Abgeordneten zu. Beispiele dafür sind die von den Abgeordneten im Mai und Juni 2017 behandelten Berichte "Agrarmarkt Austria Marketing GesmbH" und "Compliance im Vergabe- und Personalbereich in der Sozialversicherung". Im Mai stand auch der Bericht zur Parlamentssanierung,

65 Berichte

wurden 2017 vom Rechnungshof an den Nationalrat gelegt

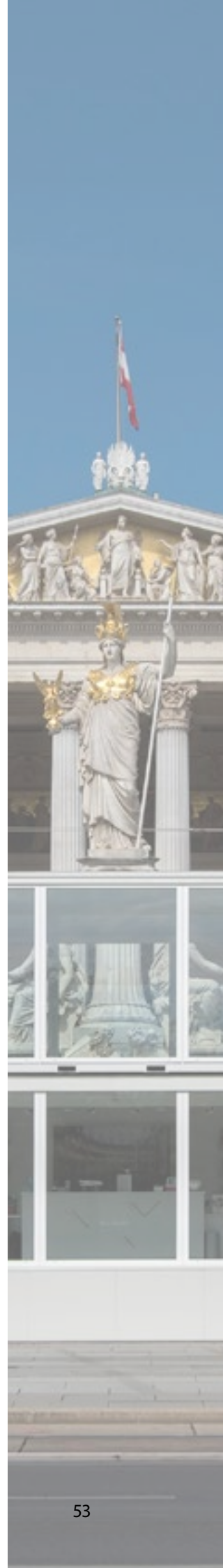
sieben Plenarsitzungen des Nationalrates teil. Im Rechnungshofausschuss wurden 21 Berichtsbeiträge, der Einkommensbericht 2016 und der Tätigkeitsbericht 2016 debattiert. Mit Ende der XXV. Legislaturperiode am 8. November 2017 waren noch 49 Berichte mit 69 Berichtsbeiträgen offen, das heißt, sie waren noch nicht vom Ausschuss behandelt beziehungsweise an das Plenum des Nationalrates weitergeleitet worden. 2017 legte der Rechnungshof dem Nationalrat insgesamt 65 Berichte, den

die der Rechnungshof auf ausdrücklichen Wunsch des Nationalrates prüft, zur Debatte. Mit der Sanierung des Parlamentsgebäudes werde politische Weitsicht für die nächsten 150 Jahre bewiesen, wie Rechnungshofpräsidentin Kraker in ihrer Rede vor dem Plenum des Nationalrates betonte. Mit einer weiteren Sonderprüfung wurde der Rechnungshof 2017 zum Thema "Finanzbehörden hinsichtlich Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten" beauftragt.

Verstärkte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger

Seit Februar 2017 ist der Rechnungshof auch auf Facebook zu finden. Dies geht Hand in Hand mit dem neuen, auf drei Jahre angelegten Prüfungsschwerpunkt des Rechnungshofes: "Qualität der Leistungserbringung des öffentlichen Sektors; insbesondere in Bezug auf Bürgernutzen, Kostenoptimierung und zeitgemäße Aufgabenerfüllung". Erstmals wurden im Vorfeld der Prüfungsplanung die Bürgerinnen und Bürger dazu eingeladen, Prüfungsideen an den Rechnungshof heranzutragen. Über 100 interessante Vorschläge langten beim Rechnungshof ein. Sie werden teilweise direkt zu Prüfungen führen, andere Vorschläge werden in ohnedies geplanten Prüfungen berücksichtigt.

Der Rechnungshof versteht sich auch als Impulsgeber für die Umsetzung von Reformen in Österreich. In einem sachlichen und überparteilichen Beitrag will er ein Bewusstsein dafür schaffen, in welchen Bereichen dringender Reformbedarf besteht. Am 26. Oktober 2017 legte die Präsidentin zehn Themen nach dem Motto "Was jetzt getan werden muss", vor bei denen dringender Handlungsbedarf besteht: eine Reformstrategie für Österreich und Reformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Pensionen, Förderungen, Digitalisierung, Schuldenabbau, Verwaltung und Demokratie.



Der Anwalt der Soldatinnen und Soldaten

Die Parlamentarische Bundesheerkommission wurde 1955 mit der Gründung des Bundesheeres als demokratisch legitimates Kontrollorgan eingerichtet. Der Nationalrat war der Ansicht, dass eine zahlenmäßig starke, umfassende Organisation wie das Bundesheer das Instrument der Beschwerde benötigt.

Eine Beschwerde an die Parlamentarische Bundesheerkommission ist völlig unabhängig vom Dienstweg. Die Parlamentarische Bundesheerkommission ist in ihren Entscheidungen frei. Jederzeit, unverzüglich, unmittelbar und unangekündigt kann sie alle Truppenteile, Stäbe, Dienststellen und Behörden des Bundesheeres im In- und Ausland überprüfen.

Funktionen werden jeweils für sechs Jahre besetzt

Eine Funktionsperiode der Parlamentarischen Bundesheerkommission beträgt gemäß § 4 Wehrgesetz 2001 sechs Jahre. Der Parlamentarischen Bundesheerkommission gehören drei einander in der Amtsführung abwechselnde Vorsitzende sowie acht weitere Mitglieder an. Die Vorsitzenden werden vom Nationalrat gewählt, die übrigen Mitglieder werden von den politischen Parteien im Verhältnis ihrer Mandatsstärke im Hauptausschuss des Nationalrates entsendet. Jede zum Zeitpunkt der Konstituierung der Parlamentarischen Bundesheerkommission im Hauptausschuss vertretene politische Partei hat Anspruch, in der Kommission repräsentiert zu sein. Seit 1. Jänner 2017 hat Abg. z. NR Michael Hammer (ÖVP) turnusgemäß die Funktion des amtsführenden Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission inne. Abg. z. NR Reinhard Bösch (FPÖ) und Abg. z. NR a.D. Otto Pendl (SPÖ) üben die Funktion eines Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission aus.

Die Vorsitzenden werden vom Nationalrat gewählt, die übrigen Mitglieder werden von den politischen Parteien im Verhältnis ihrer Mandatsstärke im Hauptausschuss des Nationalrates entsendet. Jede zum Zeitpunkt der Konstituierung der Parlamentarischen Bundesheerkommission im Hauptausschuss vertretene politische Partei hat Anspruch, in der Kommission repräsentiert zu sein. Seit 1. Jänner 2017 hat Abg. z. NR Michael Hammer (ÖVP) turnusgemäß die Funktion des amtsführenden Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission inne. Abg. z. NR Reinhard Bösch (FPÖ) und Abg. z. NR a.D. Otto Pendl (SPÖ) üben die Funktion eines Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission aus.

Wer kann sich beschweren?

Die Parlamentarische Bundesheerkommission hat mittelbar oder unmittelbar eingebrachte Beschwerden



Das Präsidium der Parlamentarischen Bundesheerkommission und der Leiter des Büros der PBHK bei der Übergabe des Jahresberichts 2016 an die damalige Präsidentin des Nationalrates Doris Bures © Gunter Pusch/HBF/BMLV

- von Personen, die sich freiwillig einer Stellung unterziehen oder sich freiwillig zum Ausbildungsdienst gemeldet haben,
 - von Stellungspflichtigen,
 - von Soldatinnen und Soldaten,
 - von Soldatenvertreterinnen und Soldatenvertreter
 - von Wehrpflichtigen des Miliz- und Reservestandes sowie
 - von Personen, die Ausbildungsdienst geleistet haben
- entgegenzunehmen und – es sei denn, die Kommission erkennt eine Geringfügigkeit des behaupteten Beschwerdegrundes – zu prüfen und über ihre Erledigung Empfehlungen zu beschließen.

Der angeführte Personenkreis kann sich über Mängel oder Übelstände im militärischen Dienstbereich, insbesondere über persönlich erlittenes Unrecht oder Eingriffe in dienstliche Befugnisse, beschweren.



Darüber hinaus ist die Parlamentarische Bundesheerkommission berechtigt, von ihr vermutete Mängel oder Missstände im militärischen Dienstbereich von Amts wegen zu prüfen.

Der Jahresbericht: Messlatte für das Bundesheer

Der Jahresbericht liefert ein ganzheitliches Bild der umfassenden Arbeit der Kommission. In ihm sind Beschwerden, Personen, Liegenschaften und Standorte anonymisiert aufgeführt, was dem Schutz aller Beteiligten dienen soll. Der Jahresbericht ist inzwischen zu einer Messlatte des Bundesheers, aber auch der Ressortverantwortlichen in der öffentlichen Wahrnehmung geworden. Sein eigentlicher Zweck jedoch ist es, Jahr für Jahr die Ausbildungsverantwortlichen zu erreichen, die dadurch ein Bild erhalten sollen, welches Verhalten die Republik Österreich von ihren Soldatinnen und Soldaten verlangt.

Der amtsführende Vorsitzende der Parlamentarischen Bundesheerkommission, Abg. z. NR Michael Hammer und die beiden Vorsitzenden der Kommission, Abg. z. NR Reinhard Bösch und Abg. z. NR a.D. Otto Pendl, stellten im Zuge eines Pressegespräches fest, dass die Motivation im Heer steigt. Vor allem der Schwerpunkt der Attraktivierung des Grundwehrdienstes zeigt eine spürbare Verbesserung. Die eingeleitete Strukturverbesserung muss zügig vorangetrieben werden, damit das Bundesheer seiner Rolle als strategische Reserve der Republik gerecht werden kann. Die gestartete Beschaffungsoffensive soll das Alleinstellungsmerkmal des Bundesheeres erhalten und auch das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in ihr Heer stärken. Bei Prüfbesuchen konnte die Parlamentarische



Oberstes Gremium der PBHK präsentiert den Jahresbericht 2016 im Parlament: Vorsitzender Abg. z. NR a.D. Otto Pendl, amtsführender Vorsitzender Abg. z. NR Michael Hammer und Vorsitzender Abg. z. NR Reinhard Bösch (v.li.)
© Franz Hartl/HBF/BMLV



Jahresempfang 2017: Die Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission (v.li.) Abg. z. NR Reinhard Bösch, Abg. z. NR Michael Hammer und Abg. z. NR a.D. Otto Pendl gemeinsam mit der damaligen Präsidentin des Nationalrates Elisabeth Köstinger und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Bundesheerkommission eine positive Stimmung bei der Truppe wahrnehmen. Den Soldatinnen und Soldaten wird für ihren Einsatz gedankt.



Auf Initiative der Parlamentarischen Bundesheerkommission veranstaltete das Kommando Landstreitkräfte einen Soldatenvertreter-Workshop in Graz. 48 Soldatenvertreter aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten gemeinsam über Abläufe im Grundwehrdienst und erarbeiteten Verbesserungsvorschläge für Problemsituationen in der Ausbildung. Die Parlamentarische Bundesheerkommission informierte sich in Gesprächen und Diskussionen mit den Soldatenvertretern über ihre Erfahrungen im militärischen Alltag.
© Herbert Pendl

Die Volksanwaltschaft feiert ihr 40-jähriges Bestehen

Am 1. Juli 1977 vor 40 Jahren nahm die Volksanwaltschaft ihre Arbeit auf. Man wollte eine leicht zugängliche Anlaufstelle für BürgerInnen nach schwedischem Vorbild schaffen und ging anfangs davon aus, dass die Volksanwaltschaft jährlich etwa 1.500 Beschwerden bearbeiten werde – mittlerweile sind es fast 20.000 pro Jahr.

Die Intention, die der Gründung der Volksanwaltschaft zugrunde lag, war es, eine Institution zu schaffen, die Bürgerinnen und Bürgern zur Seite steht, wenn sie sich von einer österreichischen Behörde ungerecht behandelt fühlen. Zunächst wurde sie befristet auf sechs Jahre eingeführt, doch schon vier Jahre nach ihrer Gründung hatte die Volksanwaltschaft ihre Bewährungsprobe bestanden. Der Nationalrat beschloss einstimmig, die Institution als bleibenden Bestandteil in die Bundesverfassung zu übernehmen. Seither gingen bei der Volksanwaltschaft über 500.000 Beschwerden ein, die Volksanwältinnen und Volksanwälte hielten rund 9.000 Sprechtag ab und trafen dabei mehr als 71.000 Menschen zu persönlichen Gesprächen. Zur Feier ihres 40. Jubiläums luden Volksanwältin Gertrude Brinek und Volksanwälte Günther Kräuter und Peter Fichtenbauer gemeinsam mit Nationalratspräsidentin Doris Bures am 30. Jänner 2017 zu einer Festveranstaltung in den Sitzungssaal des Nationalrates im Parlament.

Fünf Jahre Nationaler Präventionsmechanismus zur Förderung der Menschenrechte

Neben ihrem 40-jährigen Bestehen feierte die Volksanwaltschaft 2017 noch ein weiteres Jubiläum. Vor fünf Jahren am 1. Juli 2012 erhielt die Volksanwaltschaft das verfassungsgesetzliche Mandat zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte in Österreich. Auf Basis von UN-Rechtsakten kontrolliert sie gemeinsam mit sechs regionalen Kommissionen als Nationaler Präventionsmechanismus (NPM) Einrichtungen, in denen es zum Entzug oder zur Einschränkung der persönlichen Freiheit kommt oder



Zahlreiche Festgäste, darunter Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundespräsident Alexander Van der Bellen, konnten die drei VolksanwältInnen (v.li.) Günther Kräuter, Gertrude Brinek und Peter Fichtenbauer anlässlich der Festveranstaltung zum 40-jährigen Bestehen begrüßen. © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

kommen kann. Hierzu zählen etwa Justizanstalten, Polizeiinspektionen, Kasernen, Alten- und Pflegeheime sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen. Einrichtungen für Menschen mit Behinderung werden aufgrund eines Mandats in der UN-Behindertenrechtskonvention besucht. Die Kommissionen beobachten im Rahmen des Menschenrechtsschutzes auch größere Polizeieinsätze und Abschiebungen.

Im Zuge der fünfjährigen Tätigkeit wurden bereits mehr als 2.000 Kontrollen durchgeführt. Nach wie vor müssen immer wieder strukturelle Defizite festgestellt werden, die menschenrechtlich relevant sind. Allein im Jahr 2016 wurden 522 Kommissionsbesuche durchgeführt. Dabei brachten rund 83 Prozent der – meist unangekündigten – Kontrollen ein Defizit zutage.

Neue Aufgabe: Kommission für Entschädigung von Heimopfern

Am 1. Juli 2017 nahm die Rentenkommission der Volksanwaltschaft zur Entschädigung von Heimopfern ihre Arbeit auf. Der Nationalrat beschloss einstimmig



mig, die Volksanwaltschaft mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe als Dachorganisation nach dem Heimopferrentengesetz (HOG) zu betrauen. Pensionsversicherungsträger oder Sozialministeriumsservice entscheiden über die Zuerkennung von zusätzlichen Renten in der Höhe von 300 Euro für Personen, die als Kinder und Jugendliche in Heimen, Internaten oder bei Pflegefamilien misshandelt wurden. Grundlage für diese Entscheidungen sind Belege über Entschädigungen durch Opferschutzstellen oder eine begründete Empfehlung des Kollegiums der Volksanwaltschaft. Das Kollegium entscheidet auf Vorschlag der Rentenkommission. Die Leitung der Rentenkommission übernahm Volksanwalt Günther Kräuter.

Empfehlungen an Bund, Länder und Gemeinden

In Berichten an den Nationalrat, den Bundesrat und die Landtage wies die Volksanwaltschaft auch 2017 auf eklatante Missstände und Fehlentwicklungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und auf Verletzungen der Menschenrechte hin. In einigen Bundesländern (Wien, Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Tirol) hat sie die Möglichkeit, den Landtagsabgeordneten in den zuständigen Ausschüssen über ihre Erkenntnisse und Empfehlungen zu berichten. 2017 standen dabei insbesondere Pflegeeinrichtungen, Justizanstalten und chronisch kranke Kinder im Fokus der Öffentlichkeit.

Durch regelmäßige Gesprächsrunden, Arbeitskreise und Diskussionsgruppen war die Volksanwaltschaft intensiv in die Neugestaltung des Erwachsenenschutzes eingebunden. Das neue Gesetz schafft eine moderne rechtliche Grundlage, die jedem internationalen Vergleich standhält und die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention erfüllt. Mit ihm wurden langjährige, zentrale Forderungen der Volksanwaltschaft berücksichtigt, die in einer Publikation der Volksanwaltschaft im Juni 2017 der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

Das Generalsekretariat des International Ombudsman Institute (IOI), das bei der Volksanwaltschaft angesiedelt ist, veranstaltete im September 2017 einen international viel beachteten Trainingslehrgang in der Volksanwaltschaft. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ombudseinrichtungen aus 21 Ländern aus Europa, Afrika und dem Pazifikraum erlernten auf innovative Weise Kommunikationstechniken, die für ihre tägliche Arbeit der Beschwerdebehandlung sowie in der Menschenrechtsprävention essenziell sind. Das IOI konnte dadurch

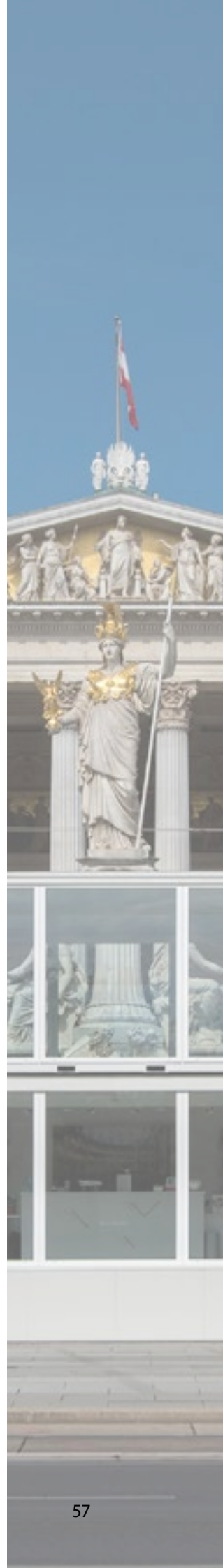
erneut wichtige Unterstützung für seine Mitgliedorganisationen anbieten. Darüber hinaus arbeitet die Volksanwaltschaft intensiv mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und Bildungseinrichtungen zusammen, beispielsweise im Rahmen ihres NGO-Forums oder der Ringvorlesung gegen Gewalt an Frauen und Mädchen.

NGO-Forum und Sonderbericht zum Thema "Kinderarmut"

Einmal jährlich lädt die Volksanwaltschaft Vertreterinnen und Vertreter menschenrechtlicher NGO sowie der Bundesministerien und Länder zum NGO-Forum. Ziel des Forums ist ein vertiefter Dialog mit der Zivilgesellschaft. Das diesjährige NGO-Forum stand unter dem Motto "Kinder und Jugendliche schützen – Gewalt verhindern". Im Rahmen von Workshops und Vorträgen wurde das Thema aus verschiedenen Perspektiven von Expertinnen und Experten beleuchtet. Zum Auftakt des diesjährigen NGO-Forums wurde eine von der Volksanwaltschaft in Auftrag gegebene Studie über die mediale Darstellung und Inszenierung von sozio-ökonomisch benachteiligten Kindern und Jugendlichen präsentiert. Die Ergebnisse des NGO-Forums sowie der Studie sind in den Sonderbericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat zum Thema "Kinder und ihre Rechte in öffentlichen Einrichtungen" eingeflossen.

Eine von fünf – Gewalt gegen Frauen ist (k)ein Tabuthema

Jede fünfte in Österreich lebende Frau ist körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Anlässlich der internationalen Kampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen" organisierte die Volksanwaltschaft in Kooperation mit dem Department für Gerichtsmedizin der Medizinischen Universität Wien und dem Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) bereits zum zweiten Mal die interdisziplinäre Ringvorlesung "eine von fünf". Im Rahmen der Vorlesungsreihe soll auf das erschreckende Ausmaß von Gewalt an Frauen hingewiesen sowie der Tabuisierung und Verharmlosung dieses Themas entgegengewirkt werden. Im Zuge der Ringvorlesung wurde auch die Publikation "Eine von fünf. Gewaltschutz für Frauen in allen Lebenslagen" vorgestellt, ein thematisch strukturierter Band, der allen Interessierten, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Vortragsreihe, institutionell Befassten sowie der engagierten Öffentlichkeit eine nützliche Informationsbasis, Sensibilisierung und Hilfe sein will.







Bundesratspräsident Edgar Mayer mit interessierten jungen Gästen am Tag der offenen Tür
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Nationalfeiertag – Tag der offenen Tür im Parlament

Bereits zum zwölften Mal öffnete das Parlament am Nationalfeiertag seine Türen. Mehr als 10.000 Besucherinnen und Besucher informierten sich dieses Jahr, bedingt durch die Sanierung des historischen Parlamentsgebäudes, zum ersten Mal die fünf Standorte des Parlaments im neuen DemokratieQuartier rund um den Heldenplatz.

Das Angebot, welches unter dem Motto "Ein Parlament. Fünf Orte" stand, wurde dieses Jahr von mehr als 10.000 interessierten BesucherInnen wahrgenommen. Nationalratspräsidentin Doris Bures und ihre Kollegen im Präsidium Karlheinz Kopf und Norbert Hofer begrüßten früh gekommene TeilnehmerInnen persönlich.

Nur wenige Wochen nach der erfolgreichen Übersiedelung des Parlamentsbetriebs wurden den zahlreich erschienenen BürgerInnen und TouristInnen die Besonderheiten und spezifischen Aufgaben der neuen Standorte vorgestellt. Besichtigt werden konnten der interimistische Sitzungssaal des National- und des Bundesrates im Großen Redoutensaal der Hofburg, der Infopoint "Platz.Mit.Bestimmung" im Pavillon Burg und die Demokratiewerkstatt im Pavillon Ring am Heldenplatz, der Infopoint "Bau.Stelle" vor dem Hohen Haus an der Ringstraße sowie die Parlamentsbibliothek im Palais Epstein.

Facettenreiche Angebote, über 10.000 Besucherinnen und Besucher

Verschiedene Highlights boten sich an allen fünf Standorten. In der Hofburg konnten sich die BesucherInnen als Erinnerung am RednerInnenpult fotografieren lassen oder sich mit MandatarInnen vor Ort unterhalten, im Pavillon Burg informierte eine interaktive Wand über Parlamentarismus und die Geschichte des Heldenplatzes. Kinder und Jugendliche konnten in der Demokratiewerkstatt ihrer kreativen Ader und ihren Ideen zur Demokratie freien Lauf lassen. Informationen zur Sanierung und zu den laufenden Baumaßnahmen gab es im Infopoint "Bau.Stelle". Das Palais Epstein widmete sich



Das damalige Präsidium des Nationalrates, Nationalratspräsidentin Doris Bures, Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf und Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer, gemeinsam mit Bundesratspräsident Edgar Mayer am Tag der offenen Tür 2017
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen, Thomas Topf, Johannes Zinner

der Geschichte des Palais und der Familie Epstein und ermöglichte Einblicke in die Bibliothek des Parlaments sowie in die Prunkräume der Bel-Etage.





Das neue DemokratieQuartier – fünf Standorte mitten in Wien

Das Jahr 2017 markiert den Beginn des Großprojekts Sanierung des historischen Parlamentsgebäudes: Der über 130 Jahre alte Prachtbau von Theophil Hansen wird einer grundlegenden Erneuerung und Modernisierung unterzogen. Das Parlament ist während dieser Zeit in das neue DemokratieQuartier zwischen Hofburg und Ring umgezogen.

Nicht nur der parlamentarische Betrieb, auch das Informationsangebot für BesucherInnen ist während der Sanierung des historischen Parlamentsgebäudes auf mehrere Standorte verteilt – zusammen ergeben sie das **DemokratieQuartier**. Zwischen dem Haupteingang Josefsplatz und dem Infopoint Bau.Stelle am Ring liegt nun das Herz der österreichischen Demokratie.

Die fünf Standorte sind: der Haupteingang zur Hofburg am Josefsplatz, die am Heldenplatz temporär in ökologischer Fertigbauweise errichteten Pavillons Hof und Burg, das Palais Epstein sowie der Infopoint Bau.Stelle direkt vor dem historischen Parlamentsgebäude. Durch diese besondere Lage in der Stadtmitte und die Aufteilung wird der österreichische Parlamentarismus öffentlich sichtbar und informiert ebenso umfassend wie bisher über Demokratie und das Geschehen im Hohen Haus. Selbstverständlich ist der Besuch von Sitzungen des Nationalrates und des Bundesrates weiterhin

möglich. Diese können über den Haupteingang Josefsplatz besucht werden. Als besonderes Service sind alle Führungen, die das Parlament anbietet, mittlerweile kostenlos. Tickets sind aber nach wie vor notwendig, diese erhalten BesucherInnen an den Infopoints Bau.Stelle und Platz.Mit.Bestimmung sowie am Haupteingang Josefsplatz.

Informationen zu den Standorten des DemokratieQuartiers

Seit 12. September können der neu gestaltete **Plenarsitzungsraum des National- und des Bundesrates** im Großen Redoutensaal der Hofburg sowie daran anschließende Räumlichkeiten kostenlos besichtigt werden. Öffentliche Führungen werden sowohl auf Deutsch als auch in englischer Sprache angeboten. Zentraler Startpunkt ist der **Haupteingang Josefsplatz**. Hier findet sich auch ein Parlamentsshop mit vielen Souvenirs und Publikationen zum Thema Demokratie und Parlamentarismus.



Pavillon Ring und Pavillon Burg am Heldenplatz



Neuer Standort der Parlamentsbibliothek: Palais Epstein am Ring



Infopoint Bau.Stelle vor dem historischen Parlamentsgebäude am Ring Fotos © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

Direkt am Heldenplatz informiert der **Infopoint Platz.Mit.Bestimmung** im Pavillon Burg über die Geschichte der Demokratie und des Parlamentarismus in

Österreich sowie über den historischen Platz und seine archäologischen Besonderheiten. Hier beginnt auch das neu angebotene Führungsmodul **Demokratie.Macht.Orte** (Montag bis Samstag, 10:30 Uhr und 13:30 Uhr): anhand eines Rundgangs vom Ballhausplatz über den Heldenplatz mit seinen berühmten Reiterstatuen und durch das Äußere Burgtor bis hin zum Justizpalast werden zentrale Orte und die Geschichte der österreichischen Demokratie erläutert.



Haupteingang am Josefplatz

Die **Demokratiewerkstatt** des Parlaments **im Pavillon Ring** (siehe Seite 98) öffnete am 18. September ihre Pforten am Heldenplatz. Kindern und Jugendlichen wird ein abwechslungsreiches Workshopprogramm zu den Themen Demokratie, Parlamentarismus, Partizipation, Europa und Medien geboten. Für den Besuch der Demokratiewerkstatt ist eine Anmeldung erforderlich.

Im **Palais Epstein** ist für die Dauer der Parlamentssanierung die Parlamentsbibliothek untergebracht. Diese kann von Montag bis Freitag zwischen 8:00 Uhr und 16:00 Uhr besucht werden. Zudem bietet das





Parlament Führungen durch das geschichtsträchtige Palais und seine Beletage an (jeweils Samstag um 10:30 Uhr und 13:30 Uhr, Startpunkt ist der Infopoint Bau.Stelle). Im Rahmen der Führung können auch die Portraitgalerie der Präsidentinnen und Präsidenten des Nationalrates der Zweiten Republik besichtigt werden. Diese Werke zieren traditionell den Empfangssalon im historischen Parlamentsgebäude und haben vorübergehend Platz im historischen Palais Epstein gefunden.

Der **Infopoint Bau.Stelle** vor dem historischen Parlamentsgebäude an der Ringstraße informiert im Detail über die Hintergründe der nachhaltigen Sanierung des Parlamentsgebäudes. Wer eine Vorstellung des zukünftigen Plenarsaals im sanierten Parlamentsgebäude bekommen möchte, kann das Angebot einer interaktiven Tour nützen. Selbstverständlich sind im Infopoint auch Tickets für Führungen sowie Souvenirs und Publikationen zu Demokratie und Parlamentarismus erhältlich.



@OeParl



ParlamentWien
Demokratiewebstatt



#OeParl



www.parlament.gv.at

Jedes Jahr zielt der Red Ribbon das Parlamentsgebäude als Zeichen der Solidarität. Aufgrund der Sanierung wurde der Ribbon 2017 am Haupteingang Josefsplatz angebracht.
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



Blick von der Neuen Burg auf den Heldenplatz mit den beiden temporären Büropavillons
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



Jetzt geht es zur Sache |

Beginn der Bauarbeiten 2018

Die Planungen und Vorbereitungen zur Generalsanierung des altherwürdigen Hauses an der Ringstraße sind im vergangenen Jahr ein beträchtliches Stück vorangekommen. Dennoch musste der Zeitplan adaptiert werden, weil bei den Vergaben unvorhergesehene Umwege zu gehen waren.

Die Vorgaben sind klar und unverändert: Das Parlamentsgebäude wird in den nächsten Jahren vom Keller bis zum Dachgeschoß saniert und zukunftsfit gemacht. Ziel ist, das Haus so zu erneuern, dass es auf lange Sicht allen Anforderungen eines modernen Arbeitsparlaments genügt.

Neben der nachhaltigen Sanierung ist eine weitere Öffnung des Hauses zentrales Projektziel. So wird unter der Säulenhalle ein großes, leistungsfähiges BesucherInnenzentrum entstehen. Dem Dachgeschoß kommt dabei ebenfalls besondere Bedeutung zu. Hier wird neben Konferenz- und Veranstaltungsräumen der gastronomische Bereich angesiedelt, der auch für BesucherInnen zugänglich sein wird. Es entstehen auch vier Terrassen, von denen sich neue Ausblicke auf die Stadt eröffnen werden.

Den Ordnungsrahmen für das ehrgeizige Projekt liefert das im Juli 2014 vom Nationalrat einstimmig beschlossene Gesetz, das klare Kostenobergrenzen vorgibt: 352,2 Millionen Euro für die Sanierung und 51,4 Millionen Euro für Interimslokation und Übersiedelung.

Ein Jahrhundertprojekt in doppelter Hinsicht

"Wir können zu Recht von einem Jahrhundertprojekt sprechen", erklärt Parlamentsvizepräsident und Generalbevollmächtigter Alexis Wintoniak. Er meint das in gleich doppelter Hinsicht: Zum ersten Mal seit seiner Errichtung vor gut 130 Jahren wird das Parlamentsgebäude einer Generalsanierung unterzogen; und zum ersten Mal tagen Nationalrat und Bundesrat für die Dauer der Arbeiten außer Haus. Im Sommer 2017 wurde der komplette parlamentarische Betrieb in die verschiedenen Ausweichquartiere in der und rund um die Hofburg abgesiedelt – ein Mammutvorhaben für sich.

Bezüglich der Sanierung selbst war 2017 kein spektakuläres Jahr, sondern eine Etappe der kontinuierlichen Fortsetzung der Planungen, der Einreichungen, der Behördengenehmigungen sowie der Ausschreibungen. Dahinter steckt viel Detailarbeit. Am 28. August wurde das Haus an die

Parlamentsgebäudesanierungsgesellschaft m.b.H. übergeben. Seither laufen die Vorbereitungsarbeiten auf Hochtouren. Nach dem Abbau und der Versteigerung beziehungsweise Einlagerung des Mobiliars sowie der vollständigen Räumung des Hauses begannen umfangreiche Sicherungs- und Schutzmaßnahmen von historischem Interieur.

Neuer Terminplan: Projektende im Frühjahr 2021

Verzögerungen gab es bei den Ausschreibungen, die nach dem Bundesvergabegesetz durchgeführt wurden, vorerst jedoch zu keinen Zuschlägen führten. Grund: Eine Reihe von Angeboten war überhöht, lag zum Teil deutlich über den vorgegebenen Kostenobergrenzen. Deshalb mussten Ausschreibungen aufgehoben und in Verhandlungsverfahren übergeführt beziehungsweise neu aufgesetzt und durchgeführt werden. Bei einigen Verfahren wiederum kam es zu Einsprüchen potentieller Bieter vor dem Bundesverwaltungsgericht.

In Summe ergab sich daraus die Notwendigkeit, die Terminpläne zu verschieben und das Projektende um acht Monate, von Juli 2020 auf März 2021, zu erstrecken. Dies wurde im Dezember vom Aufsichtsrat der Projektgesellschaft beschlossen und von allen Fraktionen zur Kenntnis genommen.

Priorität für sorgsamen Umgang mit Steuergeld

„Für uns haben die Einhaltung des gesetzlich vorgegebenen Kostenrahmens und der sorgsame Umgang mit Steuergeld absolute Priorität“, begründet Projektleiter Wintoniak dieses aufwändige und zeitraubende Vorgehen. Der zwangsläufig eingeschlagene Umweg hat sich allerdings bezahlt gemacht. Im Dezember konnten die Baumeisterarbeiten innerhalb des ursprünglichen Kostenrahmens an die Bietergemeinschaft Porr/Pittel+Brausewetter vergeben werden.

Somit steht dem Beginn der großen Bauarbeiten nichts mehr im Weg. Im ersten Quartal 2018 kann die Baustelle eingerichtet sowie mit den Abbruch- und Bauarbeiten begonnen werden.



Die Bautafel vor dem Parlamentsgebäude markiert den Sanierungsbeginn. © Parlamentsdirektion/BKA/Christopher Dunker

Projektleiter Wintoniak: Geist des Zusammenhalts

Wie fällt Ihre Bilanz 2017 aus?

Eindeutig positiv. Wir hatten zwei Großprojekte zu managen: Zum einen wurden die Planungen zur Generalsanierung des Parlamentsgebäudes zielstrebig vorangetrieben, sodass 2018 mit den großen Abbruch- und Bauarbeiten begonnen werden kann. Zum anderen wurde die Interimslokation zeitgerecht fertiggestellt und die Übersiedelung dorthin plangemäß abgewickelt.



© Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Was war das Highlight im vergangenen Jahr?

Ganz klar, weil einmalig in der Geschichte des Parlaments: Der gesamte Betrieb wurde in die Hofburg und in die Pavillons übersiedelt und die parlamentarische Arbeit im neuen Umfeld friktionsfrei aufgenommen; die gesamte Operation fand aufgrund des Auflösungsbeschlusses des Nationalrates und der Neuwahl unter volatilen politischen Rahmenbedingungen statt. Daher konnte die Interimslokation nicht schrittweise in Betrieb genommen werden. Mit der letzten Sitzung vor der Wahl und der Konstituierung des neuen Nationalrates mussten wir sofort – ohne Probe – in den Vollbetrieb gehen. Organisation und Technik haben sich jedoch auf Anhieb vollauf bewährt.

Wie haben Sie den Abschied der MandatarInnen und MitarbeiterInnen aus dem vertrauten Haus erlebt?

Mit großem Respekt vor der bevorstehenden Aufgabe. Es ist ja wirklich nicht alltäglich, dass der komplette parlamentarische Betrieb abgesiedelt wird, um ein neues, funktionstüchtiges, modernes Gebäude für einen zeitgemäßen

Parlamentarismus zu schaffen. Allen Beteiligten gebührt hohe Anerkennung, weil sie mit Professionalität, Disziplin, Kooperationsbereitschaft und ohne Wehleidigkeit dieses gewaltige Übersiedelungsprojekt gemeinschaftlich perfekt über die Bühne gebracht haben. Es war ein Zusammenhalt festzustellen, wie er im Tagesgeschäft nicht immer gegeben ist.

Wie sieht der Ausblick auf 2018 aus?

Kurzum: Baugeschehen auf Hochtouren mit einer sehr großen Zahl an Beteiligten und hohem Koordinierungsaufwand. Diesen Geist der Gemeinsamkeit, der innerhalb des Parlaments bei der Übersiedelung spürbar wurde, erwarte ich auch von allen, die ab jetzt – abseits des parlamentarischen Betriebs – auf der Baustelle am Werk sein werden.

... und nicht ein Stück ging verloren

Für die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes musste der gesamte Betrieb aus dem Haus abgesiedelt werden – ein organisatorisches und logistisches Großprojekt. Alle Kartons, Möbelstücke, EDV-Geräte und sonstiges Inventar aneinandergereiht hätten eine Strecke von 23 Kilometern ergeben.

Als letztes Stück ging die Glocke auf die Reise. Mit ihr werden in den nächsten Jahren auch im Ausweichquartier in der Hofburg die Plenarsitzungen eingeläutet. Damit war die Übersiedelung des parlamentarischen Betriebs wie geplant Mitte August abgeschlossen.

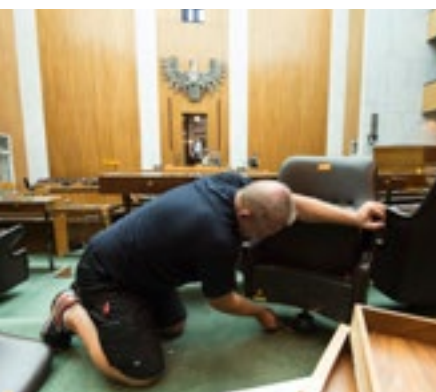
Das Großprojekt war eine gewaltige Herausforderung für die beteiligten Teams der Parlamentsdirektion und den Umzugslogistiker, die Wiener Firma Spedition Lang GmbH. Lange Vorbereitung und detaillierte Planung waren die Basis für einen erfolgreichen Abschluss.

Insgesamt wurden 719 Arbeitsplätze, 5.800 Umzugskartons, 7.000 Inventarstücke wie Schreibtische, Schränke, Stühle, Lampen, Tresore, technische Anlagen und vieles mehr übersiedelt. Dazu kamen rund 2.400 Stück Kleininventar und 1.500 EDV-Geräte. Neben mehreren Archiven und Lagern wurden auch insgesamt 4.100 Laufmeter Bibliotheksbestand übersiedelt.

Die Bilanz von Dietmar Nestlang, Projektleiter der Übersiedelung, fällt eindrucksvoll aus: "Würde man alle übersiedelten Kartons und Gegenstände aneinanderreihen, käme man auf eine Strecke von 23 Kilometern." Umso erfreulicher sei, so Nestlang, dass bei diesem hohen Volumen kein einziges Möbelstück, kein EDV-Gerät und nicht ein Karton verloren gegangen seien.

Damit allerdings nicht genug: Damit die Übersiedelung reibungslos ablaufen konnte, waren umfangreiche Vorarbeiten erforderlich. So wurde der gesamte Möbelbestand – rund 8.000 Stück – als Basis zur Belegungs- und Möblierungsplanung für rund 25.000 Quadratmeter in den verschiedenen Ausweichquartieren erhoben. Dabei wurden die Wünsche der NutzerInnen weitestgehend berücksichtigt, kurzfristige Umplanungen inklusive.

Während Abteilung für Abteilung übersiedelte, stand der Betrieb nicht still. Schließlich musste gewährleistet sein, dass das Parlament stets seinen verfassungsmä-



Von der Demontage der Abgeordnetenstühle bis zum leeren Nationalratssitzungssaal waren viele Handgriffe erforderlich. Die Absiedelung des kompletten parlamentarischen Betriebs stellte eine große logistische Herausforderung dar, die bravours gemeistert wurde.

Fotos © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen, Thomas Topf, Bernhard Zofall



ßigen Aufgaben nachkommen kann. So hätte jederzeit eine Sondersitzung des Nationalrates – zuerst im alten, dann im neuen Saal – stattfinden können.

Onlineauktion von Mobiliar spielte 208.160 Euro ein

Ein Teil des historisch wertvollen Mobiliars wird in den verschiedenen Ausweichquartieren verwendet, der Großteil wird restauriert und im sanierten Haus wieder eingesetzt. Einzelne Stücke mit besonderem zeithistorischen Bezug sind für Ausstellungszwecke im neuen Parlamentsgebäude vorgesehen oder werden als Leihgaben an Museen oder andere Einrichtungen weitergegeben.

Ausgewählte Stücke, die keine weitere Verwendung finden, wurden im Rahmen einer Onlineauktion des Dorotheums versteigert.

Das Ergebnis dieser Premiere war überaus erfreulich, alles in allem wurden 4.500 Gebote abgegeben. Den höchsten Preis erzielte mit 22.000 Euro die Regierungsbank. Insgesamt 180 Abgeordnetenstühle gingen allesamt zu unterschiedlichen Preisen, um bis zu 1.500 Euro, weg. Auch die Möbel aus dem Bundesratssitzungssaal fanden reißenden Absatz. Die Auktion spielte 208.160 Euro ein, der Reinerlös floss in das Bundesbudget.

Nach der kompletten Räumung des Hauses wurde mit den Sicherungsmaßnahmen begonnen. Dabei wurden etwa die Hauptgänge, die während der Sanierungsarbeiten als Transportwege verwendet werden, mit Holzplatten ausgekleidet. Auf diese Weise sollen historische wertvolle Oberflächen – Stucco-lustro-Malerei, Steinsockel, Türrahmen – vor Beschädigungen geschützt werden.

Ein Buch zum Abschied

Auf Wiedersehen sagten MandatarInnen und MitarbeiterInnen Ende Juni anlässlich des bevorstehenden Auszugs aus dem Parlamentsgebäude. Trotz aller Neugier auf das kommende neue Arbeitsumfeld machte sich bei den meisten doch ein wenig Wehmut breit. Das vertraute Ringstraßenambiente werden viele vermissen.

Im Rahmen der Abschiedsfeier wurde das Buch "Mein Parlament" präsentiert. JournalistInnen und FotografInnen, die in ihrer Arbeit mit dem Haus wie mit der Institution über viele Jahre hinweg verbunden sind, breiten darin ihre Erinnerungen aus, holen Fotoschätze aus der Tiefe der Archive, machen sich Gedanken über den Parlamentarismus.

Die Beiträge in dem bibliophil ausgestalteten Band sind gelegentlich kritisch-ironische, aber immer liebevolle Annäherungen an das Treiben im Brennpunkt der parlamentarischen Demokratie der Zweiten Republik. Das Anekdotische und die menschliche Seite des politischen Geschehens kommen bei diesem Blick hinter die Kulissen des Parlamentarismus nicht zu kurz.



Nationalratspräsidentin Doris Bures mit Verleger Reinhard Deutsch © Parlamentsdirektion/Zinner

MEIN PARLAMENT. JournalistInnen und FotografInnen schildern ihre Erinnerungen an die Arbeit im Hohen Haus. 208 Seiten, zahlreiche Fotos. Wien – Saarbrücken: Edition Ausblick 2017. 24 Euro. ISBN 978-3-903798-60-1



Vom Ballsaal zur Herzkammer der Demokratie

Zum ersten Mal in seiner Geschichte tagt das Parlament außer Haus. Die Adaptierung eines Teils der Hofburg war eine enorme Herausforderung. Die Einbauten mussten auf historisches, denkmalgeschütztes Ambiente Rücksicht nehmen und standen zugleich unter enormem Zeitdruck.

Bis Ende Februar wurde in der Hofburg getanzt, ein halbes Jahr später fand hier die erste Sitzung des Nationalrates statt. Dazwischen lag ein wahrer Kraftakt. Großer und Kleiner Redoutensaal samt umliegender Räumlichkeiten wurden in der kurzen Zeit für den Parlamentsbetrieb adaptiert. Damit das gelingen konnte, musste alles nach einem exakt durchkomponierten Regieplan ablaufen.

Alles in allem waren 23 Unternehmen an den Einbauten beteiligt. Sie perfekt aufeinander abzustimmen war laut Architektin Bettina Bauer-Hammerschmidt Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf der Arbeiten und deren termingerechte Fertigstellung. Sie war in der Projektgesellschaft hauptverantwortlich für die Planung des Projekts. Zentrale Vorgabe sei gewesen, die Balance zwischen vertretbaren Kosten und einem leistungsfähigen, auch optisch ansprechenden Plenarsaal zu finden, erklärt Bauer-Hammerschmidt. Dies sei gelungen, etwa auch dank

der Doppelnutzung des Saals durch Nationalrat und Bundesrat.

Für den Umbau des Großen Redoutensaals zum Plenarsitzungssaal wurde eine schlank dimensionierte Stahl-Holz-Konstruktion auf die historischen Gewölbe aufgesetzt. Diese bildet die Galerie für BesucherInnen und Medien. Zuvor musste der Parkettboden ausgelöst werden. Er wurde eingelagert und wird nach Auszug des Parlaments wieder verlegt. Auf den gut 660 Quadratmetern Saalfläche wurde ein Podest mit sechs ansteigenden Sitzreihen eingebaut. An der gegenüberliegenden Längsseite wurden das Präsidium und die nunmehr zweigeteilte Regierungsbank platziert. Das RednerInnenpult steht im Zentrum und bildet somit den Mittelpunkt.

In den Kleinen Redoutensaal wurden Arbeits- und Besprechungsköjen eingebaut, damit den Fraktionen in Nähe des Sitzungssaals Infrastruktur zur Verfügung steht.

Das Parlament auf Zeitreise in die eigene Geschichte

Die Übersiedelung des Parlaments in die Hofburg ist auch ein Ausflug in die eigene Geschichte. Hier trat der erste frei gewählte Reichstag zusammen.

Während der Generalsanierung des Parlamentsgebäudes tagen Nationalrat und Bundesrat im Redoutensaal der Hofburg. Gleich nebenan, ein paar Treppen, Gänge und Türen weiter, befindet sich die Winterreitschule, wo heute Training und Vorführungen der Lipizzanerhengste der Spanischen Hofreitschule stattfinden.

Seinerzeit diente der zwischen 1729 und 1735 nach Plänen von Emanuel Fischer von Erlach errichtete Saal mit seiner von 46 Säulen getragenen Galerie auch großen Hoffesten, Banketten, Bällen und allerlei sonstigen Festivitäten. Auch fanden hier die damals berühmten „Karussells“ statt, etwa 1743 das Damenkarussell unter Mitwirkung Maria Theresias

anlässlich der Wiedereroberung Prags während des Erbfolgekriegs. Während des Wiener Kongresses dirigierte Ludwig van Beethoven hier ein Konzert.

Und an diesem Ort wurde auch Politik gemacht. Erzherzog Johann eröffnete am 22. Juli 1848 in der Winterreitschule den ersten frei gewählten Reichstag. In der Folge kam es hier zu einer der ersten großen Parlamentsdebatten im Habsburgerreich.

Zuvor war die Winterreitschule vom k. k. Hofbaurat Paul Sprenger zum Plenarsaal umgebaut worden. Den Auftrag dazu hatte er nach der Märzrevolution im April 1848 erhalten. Sprenger baute einen Sitzungssaal für die 383 Abgeordneten aus allen Teilen der Monarchie (außer Ungarn und Lombardo-Venetien) ein. Mittels einer Holzkonstruktion ließ er die im Halbkreis angeordneten Sitzbänke treppenartig nach oben ansteigen. Das erhöhte Podest für den Parlamentspräsidenten befand sich gegenüber und wurde von den Bänken



20. September 2017: Erste Sitzung des Nationalrates im umgebauten Redoutensaal © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Tonnen an Material händisch in die Hofburg eingebracht

Vergabe und gesamte Abwicklung der Arbeiten lag bei der Burghauptmannschaft (BHÖ). Laut Projektleiter Robert Neunteufel galt es gleich zwei große Herausforderungen zu meistern: Erstens war der Zeitrahmen sehr knapp bemessen. Die Einbauarbeiten mussten in rund vier-einhalb Monaten abgeschlossen sein, Mitte Juli wurden die Räume an das Parlament übergeben. Damit das möglich war, wurde das Plenum in einer Halle in Schwechat eins zu eins vorgefertigt, in der Folge in Einzelteile zerlegt und in der Hofburg wieder zusammengebaut.

Zweitens: Die historische Bausubstanz ließ nur minimale Eingriffe zur Montage der Galerie zu. In Summe wurden rund 4.300 Quadratmeter

Brandschutzplatten, mehr als 50 Kubikmeter Holz, 30 Tonnen Stahl sowie jede Menge sonstiges Material eingebracht.

"Es ist einer enormen Kraftanstrengung aller am Projekt beteiligten Firmen und Personen zu verdanken, dass wir den Saal termingerecht an das Parlament übergeben konnten", zieht Neunteufel zufrieden Bilanz.

Am 20. September fand die erste Sitzung des Nationalrates statt und das Urteil fiel durchwegs positiv aus: funktionell, freundlich, mehr als nur ein Provisorium. Einen besonderen Akzent setzen die farbenprächtigen abstrakten Wand- und Deckengemälde, die der Maler Josef Mikl nach dem Hofburgbrand 1992 angefertigt hat. Alleine das Deckengemälde ist rund 400 Quadratmeter groß.

der Regierungsmitglieder flankiert. Um genügend Platz für die zahlreichen Zuschauer zu schaffen – man konnte sich eine Eintrittskarte für die Sitzungen kaufen – wurde eine zusätzliche Balkonreihe eingezogen.

Während die baulichen Maßnahmen zügig abgeschlossen worden waren, liefen die parlamentarischen Beschlüsse mühsam an. Hans Kudlich, Sohn eines Bauern und jüngster Abgeordneter, stellte in der Sitzung am 26. Juli 1848 den Antrag zur Aufhebung der bäuerlichen Untertänigkeit. Darüber wurde in der Folge ebenso langwierig wie hitzig debattiert, sodass erst in der 36. Sitzung des Reichstages am 7. September 1848 der Beschluss zur Aufhebung gefällt wurde. Kudlich ging damit als österreichischer Bauernbefreier in die Geschichte ein und machte die Winterreitschule zum historisch bedeutsamen Schauplatz. Kurz darauf, bereits

drei Monate nach der Eröffnung, wurde der konstituierende Reichstag allerdings ins mährische Kroměříž (Kremsier) verlegt, wo er am 7. März 1849 aufgelöst wurde.



Eröffnung des Reichstages durch Erzherzog Johann
© Carl Lanzedell/Wien Museum

Mehr als ein Provisorium

In Rekordzeit hat sich der Große Redoutensaal in der Hofburg in einen Plenarsaal für das Parlament verwandelt. Weitsichtige Planung, perfekt abgestimmte Arbeitsabläufe, höchste Professionalität der beteiligten Firmen und ungezählte Handgriffe ließen das ehrgeizige Vorhaben gelingen.



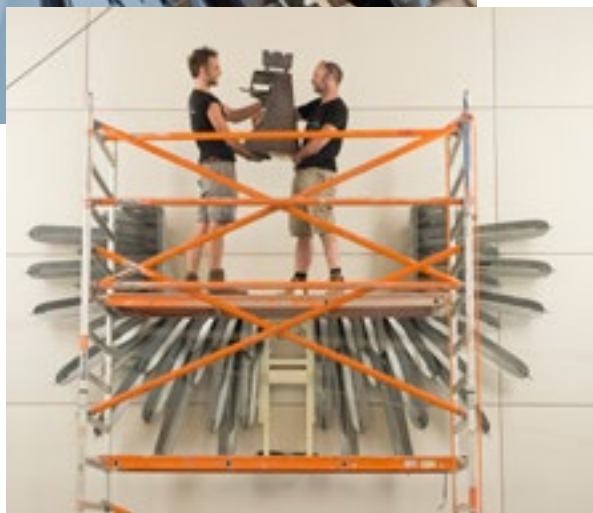
Wo bisher Bälle, Konferenzen und allerlei Veranstaltungen stattfanden, zog vorübergehend das Parlament ein. Der prächtige Redoutensaal fungiert in den nächsten Jahren als Tagungsort für Nationalrat und Bundesrat.
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



Wegen des knapp bemessenen Zeitrahmens wurde das gesamte Podest samt Tischreihen in einer Halle in Schwechat eins zu eins vorgefertigt, sodann zerlegt und in der Hofburg wieder zusammengebaut.
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Auch im Ausweichquartier wacht der Wappenadler über die Debatten. Weil zu groß und zu schwer, konnte allerdings das vertraute Wahrzeichen des Parlaments nicht mit übersiedelt werden. Deshalb wurde eine leichtere Kopie angefertigt und im Ausweichquartier über dem Präsidium montiert.
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Zusätzliche Erschwernis: Aus Rücksicht auf die historische Bausubstanz musste das gesamte Baumaterial über zwei kleine Fenster eingebracht und in der Folge händisch über Rampen weitertransportiert werden.
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



Die Galerie für BesucherInnen und Medien trägt eine schlank dimensionierte Stahl-Holz-Konstruktion, die auf das historische Gewölbe aufgesetzt wurde – eine spezielle statische Herausforderung.

© Parlamentsdirektion/
Michael Buchner



Rund 4.300 Quadratmeter Brandschutzplatten, mehr als 50 Kubikmeter Holz, 30 Tonnen Stahl und jede Menge sonstiges Material wurden verarbeitet.

© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



In den gut 660 Quadratmeter großen Saal wurde ein Podest mit sechs ansteigenden Sitzreihen eingebaut.

© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



In den Kleinen Redoutensaal wurden Arbeits- und Besprechungskoien eingebaut, um den Fraktionen in unmittelbarer Nähe zum Sitzungssaal Infrastruktur zu bieten.

© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



Das allgemeine Urteil nach Vollendung des Werks fiel durchwegs positiv aus: funktionell, freundlich, mehr als nur ein Provisorium. Die Wand- und Deckengemälde von Josef Mikl verleihen dem Saal eine besondere Note.

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Starkes Statement für Demokratie und Rechtsstaat

Die Büropavillons auf dem Heldenplatz sind Zweckbauten auf Zeit. Ihre Fassaden werden genutzt, um an diesem viel frequentierten Ort auf die Prinzipien einer demokratisch organisierten Gesellschaft aufmerksam zu machen. Zudem wird in allen EU-Amtssprachen ein Bekenntnis zu Europa abgelegt.

Pünktlich zum Start der Übersiedelung des parlamentarischen Betriebs wurden die temporären Pavillons auf dem Heldenplatz und im Bibliothekshof der Hofburg fertiggestellt. Die drei Bürogebäude überzeugen nicht nur durch Funktionalität, Kosteneffizienz und Nachhaltigkeit, sondern auch durch ihr Äußeres. Sie sind mit Netzfolien eingehüllt, die vorrangig als Sonnen- und Sichtschutz dienen. Zugleich werden die insgesamt rund 3.000 Quadratmeter als Informationsfläche genutzt. Das Designbüro Sägenvier in Dornbirn hatte sich in einem Auswahlverfahren mit seinem

Gestaltungskonzept durchgesetzt. Dieses überzeugt durch schlichte Eleganz und setzt stark auf das Wort als zentrales Element der Gesetzgebung. Der zurückhaltende Entwurf betont zudem den zeitlich befristeten Charakter der Bürohäuser, die sich in das Gesamtensemble Heldenplatz einfügen.

Sensibilisierung für Grund- und Freiheitsrechte

Als grafische Gestaltungsmittel werden auf den beiden Heldenplatzpavillons ausgewählte Verfassungs- und Gesetzestexte eingesetzt, die sich wie Perlenschnüre



Bürohäuser auf Zeit – die beiden Pavillons auf dem Heldenplatz Fotos © Parlamentsdirektion/Michael Buchner, Sägenvier/Marlene König, Barbara Raich

Demokratie Δημοκρατία Daonlathas Démocratie Democratie Democracy
Vrijheid **Gleichheit** Egyenlőség Égalité Vördsus Rovnosť Jednakost
Fíréantacht Ġustizzja Spravodlivosť **Humanität** Mänsklichkeit Lidskost
Neutralität Semlegesség Neutralumas Neutralnost **Offenheit**
Otevřenost Avatus **Recht** Ōigus Law Právo Jog Ligi Rätt Diritto Drept
Ασφάλεια Varnost Solidarität Dlúthpháirtíocht Солидарност
Tolerancia Pacietība Толерантност **Vielfalt** Mangfoldighed



rund um die Gebäude legen und inhaltliche wie ornamentale Elemente darstellen. Die Texte sollen auf die Prinzipien einer demokratisch organisierten Gesellschaft aufmerksam machen sowie Bürgerinnen und Bürger für Grund- und Freiheitsrechte sensibilisieren. Sie stammen aus folgenden Quellen:

- UN-Menschenrechtscharta,
- UN-Konvention über die Rechte des Kindes,
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
- Bundes-Verfassungsgesetz und diverse Verfassungsgesetze,
- Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger.

Klar, präzise, unaufdringlich

"Unser Anspruch war, dank schlichter typografischer Gestaltung die Gebäude als ruhige und souveräne Baukörper wirken zu lassen", erklärt Sägenvier-Geschäftsführer Sigi Ramoser. Die beiden Pavillons seien als klares Statement der Eigenständigkeit an dem geschichtsträchtigen Platz gedacht, weshalb bewusst auf jeden gestalterischen Bezug zu Materialien und Farben im Umfeld verzichtet worden sei. Inhaltlich geht es laut Ramoser darum, den prominenten und viel frequentierten Platz zu nutzen, um klar und präzise, jedoch unauf-

dringlich für parlamentarische Demokratie und Partizipation zu werben und sie somit als gewichtig zu kommunizieren.

Demokratische Prinzipien sind grenzenlos

Zwischen den Zitaten sind als grafische Gestaltungselemente markante Begriffe aus den Gesetzestexten in den EU-Amtssprachen eingestreut. Das will als Bekenntnis zu Europa wie als Symbol für die Internationalität demokratischer Prinzipien gleichermaßen verstanden werden.

Infopoint und Demokratiewerkstatt – Einladung zur Partizipation

Die beiden Gebäude auf dem Heldenplatz beherbergen auch zwei Informations-einrichtungen des Parlaments. Im Pavillon Burg befindet sich der Infopoint Platz.Mit. Bestimmung. Im benachbarten Pavillon Ring ist die Demokratiewerkstatt des Parlaments beheimatet.

Baugeschichte im Zeitraffer

Ein Zeitraffervideo zeigt eindrucksvoll die Entstehungsgeschichte der beiden Pavillons auf dem Heldenplatz.
www.sanierung.parlament.at



Freiheit *Helsien Vapaus Ελευθερία Laisvė Frihet Liberdade Igualdade* **Gerechtigkeit** *Retfærdighed Justice Echitate Pravda Cilvēcīgums Umanità Humanizmas Inhimillisyys Humanitaryzm Ombyrenost Ouverture Abertura Openheid Apertura Ret* **Sicherheit** *Bezpečnost Drošība Veiligheid Bezpieczeństwo Αλληλεγγύη Solidaridad* **Toleranz** *Strpnost Suvaitsevaisuus Różnorodność Diversità Raznolikost Verscheidenheid*





Außerordentliche Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen
anlässlich 60 Jahre Römer Verträge im März 2017 in Rom
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

60 Jahre EU – und wie geht's jetzt weiter?

Im Jubiläumsjahr der 60-jährigen Wiederkehr der Unterzeichnung der Römischen Verträge sah sich die EU mit einer tiefgreifenden Diskussion über ihre Zukunft konfrontiert. Von Szenarien, Visionen, gar von einer Neugründung war zu hören. Die EU befindet sich in einer grundlegenden Reflexions- und Orientierungsphase.

Im "festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen" und im "Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern" fassten die sechs Gründungsmitglieder 1957 im EWG-Vertrag den Entschluss, "durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sie zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen." 60 Jahre später und um 22 Mitglieder erweitert ist diese Union in den letzten Jahren bisweilen auch an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit gestoßen. Der Brexit, die Migrationskrise, der Kampf gegen den Terrorismus, der

Umgang mit der Türkei, innenpolitische Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten, soziale Spannungen und wirtschaftliche Instabilität aufgrund der Finanzkrise in manchen EU-Staaten und letztlich der Konflikt in Katalonien mit nicht zu unterschätzender Bedeutung für die EU stellen und stellen die EU und ihre Mitgliedsländer vor große Herausforderungen. Die einst von Robert Schuman, einem der Gründerväter der EU beschworene "Solidarität der Tat" scheint oftmals abhandengekommen zu sein.

Doch angesichts des bevorstehenden Brexit mit seinen derzeit unvorhersehbaren Konsequenzen rückten die EU27 trotz aller Differenzen zusammen. Der Weckruf für Europa führte gewissermaßen zu einer Rückbesinnung





"Wir haben eine einzigartige Union mit gemeinsamen Institutionen und starken Werten aufgebaut, eine Gemeinschaft des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, eine bedeutende Wirtschaftsmacht mit einem beispiellosen Niveau von Sozialschutz und Wohlfahrt."

Erklärung von Rom 2017

auf den Wert europäischen Zusammenhalts innerhalb der EU. "Wir haben eine einzigartige Union mit gemeinsamen Institutionen und starken Werten aufgebaut, eine Gemeinschaft des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, eine bedeutende Wirtschaftsmacht mit einem beispiellosen Niveau von Sozialschutz und Wohlfahrt", wie es in der gemeinsamen Erklärung von Rom der 27 EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission vom 25. März 2017 heißt. Durch "mehr Einheit und Solidarität" wolle man die EU "stärker und widerstandsfähiger" machen.

Der Weißbuchprozess als Grundlage der Diskussion

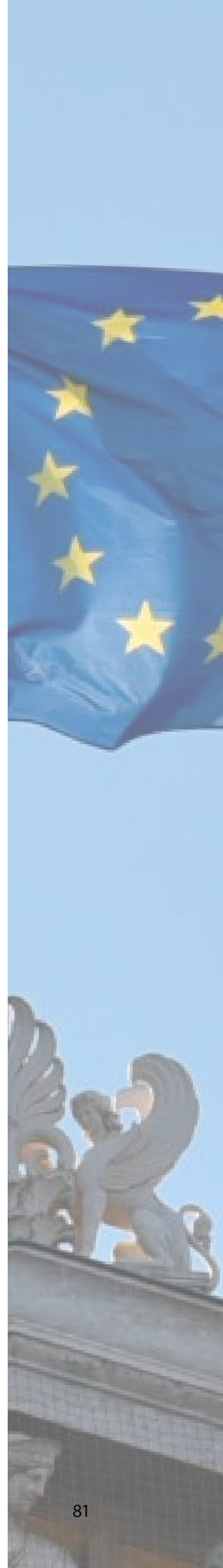
Die Bandbreite möglicher Modelle der Zusammenarbeit in der EU ist groß und auch kontroversiell. Die EU 27 verfolgen unterschiedliche Interessen und Formen der Kooperation. Wie kann und soll hier der Interessenausgleich stattfinden? Das Weißbuch der Kommission und der sogenannte Weißbuchprozess sollen für die EU-Mitgliedstaaten eine Grundlage und Begleitung zur Diskussion bilden. Soll die EU weitermachen wie bisher oder aber sich nur auf den Binnenmarkt konzentrieren? Soll jenen EU-Mitgliedstaaten, die das möchten, mehr Zusammenarbeit ermöglicht werden und damit etwa das Europa der zwei Geschwindigkeiten forciert werden? Oder soll sich die EU auf weniger Bereiche konzentrieren und dafür schneller und effizienter arbeiten? Oder soll die EU ihre Zusammenarbeit in allen Politikbereichen gemeinsam intensivieren? Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat mit seiner Rede zur Lage der Union 2017 das

"window of opportunity" skizziert und seine Vision eines zukünftig stärkeren und demokratischeren Europas der "Wertebundenheit" mit einem europäischen Wirtschafts- und Finanzminister, mit einem einzigen Kapitän am Steuer", der die Funktion des Präsidenten der Kommission und des europäischen Rates vereint, präsentiert. Auch Präsident Emmanuel Macron hat mit seiner viel beachteten Rede an der Pariser Universität Sorbonne mit sehr konkreten Reformschritten die Debatte weiter vorangetrieben und demokratische Konvente als "integrativen Bestandteil einer Neubegründung Europas" vorgeschlagen.

Frage der Subsidiarität spielt eine zentrale Rolle

Die Demokratisierung der EU ist in der Reformdiskussion ein großes Thema und spielt die Frage der Subsidiarität und die Rolle der nationalen Parlamente eine zentrale Rolle. Die Regionen "als Gestalter in Europa" zu verstehen" forderte der Präsident des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz und hat damit im Rahmen der auf Initiative von Bundesratspräsident Edgar Mayer organisierten Enquete zur Zukunft der EU die Debatte auch ins österreichische Parlament gebracht. Tatsächlich wurde ja bereits unter Leitung von Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans mit der Einrichtung einer Task force für "Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit" begonnen, an der auch VertreterInnen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente teilnehmen sollen.

Die Debatte über die Zukunft der EU steht für Österreich unter besonderen Vorzeichen.



Am 1. Juli 2018 wird Österreich den EU-Ratsvorsitz übernehmen und damit auch besonderen Gestaltungsspielraum bekommen und Verantwortung dafür übernehmen, die Reformagenda der EU voranzutreiben. Schließlich wird es darum gehen, bei den im Frühjahr 2019 stattfindenden Europawahlen rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger anzusprechen. Es wird nur dann Interesse und eine entsprechende Wahlbeteiligung geben, wenn diese den Eindruck haben, sie werden gehört. Optimistisch dabei stimmt, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU weiter wächst und sie der Meinung sind, dass ihr Land insgesamt von seiner EU-Mitgliedschaft profitiert hat, wie die Umfrage des EU-Parlaments im Oktober 2017 zeigt. Und so verspricht auch die Erklärung von Rom "unseren Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören, wenn sie ihre Anliegen zum Ausdruck bringen, und auf diese Anliegen einzugehen, und wir werden mit unseren nationalen Parlamenten zusammenarbeiten."

"Wir versprechen, unseren Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören, wenn sie ihre Anliegen zum Ausdruck bringen, und auf diese Anliegen einzugehen, und wir werden mit unseren nationalen Parlamenten zusammenarbeiten."

Erklärung von Rom 2017

Der österreichische EU-Ratsvorsitz 2018

Nach dem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften 1995 wird Österreich im nächsten Jahr den EU-Ratsvorsitz zum dritten Mal (nach 1998 und 2006) innehaben. Auch das österreichische Parlament wird sich wieder maßgeblich in diese große Aufgabe einbringen.

Mit der fortschreitenden europäischen Integration hat nicht nur das Europäische Parlament an Bedeutung gewonnen, sondern auch die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union tragen – siehe Art. 12 EUV – "aktiv zur guten Arbeitsweise der Union bei". Teil davon ist die sich konstant weiterentwickelnde Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten.

Die parlamentarische Dimension der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 stellt das Parlament vor große Herausforderungen; inhaltlich, weil die EU als solche vor einer Reihe von richtungsweisenden Aufgabenstellungen

steht, so etwa Brexit, Migrations- und Flüchtlingsströme, das geopolitische Umfeld sowie die Zukunft der EU; organisatorisch, weil mit der Interimslokation in der Hofburg nur bedingt ein Ersatz für die Ausrichtung der interparlamentarischen Konferenzen gefunden werden konnte. Dank der sehr guten Zusammenarbeit mit dem BKA/BMEIA können manche Konferenzformate des Parlaments in der permanenten Konferenzfazilität im Austria Center Vienna stattfinden.

Vom österreichischen Parlament sind folgende Konferenzen im 2. Halbjahr 2018 in Wien geplant:

Konferenzen im 2. Halbjahr 2018	
8./9. Juli	Sitzung der COSAC-Vorsitzenden (Europaausschüsse)
17./18. September	Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordination und Steuerung in der EU (Fiskalpakt-Konferenz)
11./12. Oktober	Interparlamentarische GASP/GSVP-Konferenz
18. – 20. November	LX COSAC



© Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall



Parlamentarische Versammlung der OSZE 2017

Christine Muttonen führte als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE 2017 die internationale Spitzenposition fort. Als Vertreterin von 323 ParlamentarierInnen aus 56 Staaten konnte sie auch mit dem diesjährigen österreichischen OSZE-Vorsitz auf Regierungsebene viele Synergieeffekte erreichen.



Im Rahmen der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Minsk im Juli 2017 wurde Christine Muttonen erneut zur Präsidentin des Gremiums mit 323 Mitgliedern aus 56 Parlamenten in Europa, Asien und Nordamerika gewählt. © OSZE-PV

Bei der OSZE-PV-Wintertagung im Februar 2017 in Wien präsentierte Nationalratsabgeordnete Muttonen ihre Prioritäten als Präsidentin. Als eines ihrer Hauptanliegen stellte sie die Rolle von Frauen im Rahmen von Vertrauensbildung, Dialog und Konfliktlösung in den Vordergrund. Im März 2017 war sie gemeinsam mit Nationalratspräsidentin Doris Bures Gastgeberin einer Konferenz im österreichischen Parlament zum Thema "Sicherheitspolitik der OSZE – die weibliche Sicht".

Das Thema der Konferenz umfasste die Rolle der Frauen bei der Entwicklung einer neuen, paneuropäischen Sicherheitsarchitektur sowie die Notwendigkeit einer vermehrten Einbeziehung von Frauen bei Sicherheitsfragen, in der Konfliktlösung und bei der Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus. Im November stattete Präsidentin Muttonen in Ottawa der OSZE-PV-Sonderbeauftragten für Genderfragen Hedy Fry einen Arbeitsbesuch ab.

Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft waren nationale Minderheiten im OSZE-Raum. Dazu fand im Mai in Villach ein Seminar statt, wo über 60 TeilnehmerInnen über die Förderung geeigneter Strukturen und eines unterstützenden Umfelds für nationale Minderheiten diskutierten. Im Oktober besuchte Muttonen auch den neubestellten Hochkommissar für nationale Minderheiten Lamberto Zannier in Den Haag.

Ein geographischer Fokus galt Zentralasien: Muttonen stattete Usbekistan zwei Arbeitsbesuche zur Erörterung des laufenden Reformprozesses und potenzieller Bereiche für eine Zusammenarbeit mit der OSZE und deren Parlamentarischer Versammlung ab. Es war dies der erste hochrangige Kontakt der OSZE-PV mit VertreterInnen des Landes seit mehr als einem Jahrzehnt. Muttonen besuchte des Weiteren zweimal Kasachstan anlässlich der Weltausstellung und der Eröffnungen des Österreich- und des OSZE-Pavillons sowie zur Eröffnung einer internationalen Anti-nuklearwaffenkonferenz.



Parlamentarischer NordSüdDialog

Mit 2017 startete das Projekt Parlamentarischer NordSüdDialog eine neue Phase der Zusammenarbeit: Als neuer Partner des österreichischen Parlaments wurde die National Assembly of Zambia identifiziert.

In gemeinsamen Workshops in Wien und Lusaka wurde bereits 2016 der Grundstein für die erste Projektphase gelegt und gemeinsam ein Dreijahresprogramm ausgearbeitet (2017 bis 2019). Im Vordergrund der Zusammenarbeit steht die Stärkung von Demokratie und der Institution Parlament sowie der Ausbau der Kommunikation zwischen Parlament und Bevölkerung durch die Überarbeitung des vom sambischen Parlament angebotenen Bildungsprogramms für Kinder und Jugendliche. Die Hälfte der Bevölkerung Sambias ist unter 15 Jahre alt. Das überarbeitete Bildungsprogramm soll daher Aktivitäten definieren, die nicht nur dazu beitragen, demokratische Grundlagen und parlamentarische Prozesse zu vermitteln, sondern vor allem auch das Interesse an politischer Partizipation wecken. Kinder und Jugendliche sollen sich als AkteurInnen im demokratischen System sehen.

Durch eine Revision der Informations- und Kommunikationsstrategie (ICT strategic plan) des sambischen Parlaments sollen Aktivitäten und Instrumente definiert werden, die einerseits eine verbesserte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern erlauben sowie

andererseits den Zugang zu Beteiligungsprozessen erleichtern. Einen weiteren Schwerpunkt wird die Steigerung der Effizienz der Abläufe im Parlament durch die Anwendung neuer IT-Tools darstellen.

Die Etablierung einer gemeinsamen parlamentarischen Peergruppe von Abgeordneten des sambischen und des österreichischen Parlaments ermöglicht die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle hinsichtlich der Umsetzung des SDG 4 "inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung" und "Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle". Der Peer-to-Peer Prozess auf bilateraler Ebene soll den Austausch von Ideen und Erfahrungen ermöglichen und dabei unterstützen, die nationalen Rahmenbedingungen zu fördern.

Die Stärkung des Bewusstseins und der Kompetenzen im österreichischen Parlament im Hinblick auf die weltweit gleichermaßen gültigen Sustainable Development Goals (SDGs) und Politikkohärenz im Sinne nachhaltiger Entwicklung sind Voraussetzung dafür, dass sich die Abgeordneten und MitarbeiterInnen mehr als bisher mit diesen Themenbereichen auseinandersetzen und sie in die Arbeit der Ausschüsse einfließen lassen. Das österreichische Parlament als Ort der öffentlichen Diskussion ist zudem bestens geeignet, diese Themenbereiche aus verschiedensten Perspektiven gemeinsam mit relevanten Stakeholdern der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zu beleuchten und zu bearbeiten.



Mitarbeiterinnen der National Assembly of Zambia besuchten den Tag der offenen Tür im Parlament. © Jutta Kepplinger



Besuch einer Delegation der außenpolitischen Kommission des Schweizer Nationalrates im Oktober 2017 im Parlament
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Nationalratspräsidentin Doris Bures mit UN Generalsekretär António Guterres in New York © UN Photo/Kim Haughton

Hochrangige Parlamentskontakte 2017

Folgende Präsidentinnen und Präsidenten parlamentarischer Kammern besuchten das österreichische Parlament: Parlamentspräsident **Ilir Meta** (Albanien, 15.2.2017), Präsidentin des Bundesrates **Malu Dreyer** (Deutschland, 24.-25.4.2017), Präsident des Reichstages **Urban Ahlin** (Schweden, 25.4.2017), Präsident des Bundeshauses **Ato Yalew Abate** (Äthiopien, 8.5.2017), Präsident des Ständerates **Ivo Bischofberger** (Schweiz, 19.7.2017), Zweiter Vizepräsident der Nationalen Legislativversammlung **Peerasak Porjit** (Thailand, 20.9.2017), Vizepräsidentin der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes **Lin Wenyi** (China 7.-8.11.2017), Präsident des Senats **Milan Štěch** (Tschechien, 29.11.2017).

Staatsoberhäupter und RegierungsvertreterInnen im Hohen Haus

Minister für europäische Angelegenheiten und Datenschutz **Dara Murphy** (Irland, 21.2.2017), Arbeits- und Sozialministerin **Alejandra Krauss** (Chile, 23.2.2017), Premierminister **Dr.**

Denis Zvizdić (Bosnien und Herzegowina, 20.3.2017), Außenminister **Linas Antanas Linkevičius** (Litauen, 4.4.2017), Außenminister **Prof. Srdjan Darmanović** (Montenegro, 20.4.2017), Außenminister **Khemaies Jhinaoui** (Tunesien, 17.5.2017), Außenminister **Bruno Eduardo Rodríguez Parrilla** (Kuba, 19.6.2017), Minister für auswärtige Angelegenheiten **Nikola Dimitrov** (Mazedonien, 10.7.2017), Minister für Information und Kultur **Dr. Awwad Bin Saleh Al-Awwad** (Saudi-Arabien, 10.7.2017).

Internationale Delegationen

Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates pflegten regelmäßig den Gedankenaustausch mit ParlamentarierInnen aus aller Welt. 2017 kamen Delegationen aus Deutschland (21.2.2017, 28.3.2017, 17.5.2017, 14.6.2017), Georgien (23.2.2017), Kasachstan (23.2.2017), Dänemark (29.3.2017), der Tschechischen Republik (19.4.2017, 10.5.2017),



Nationalratspräsidentin Elisabeth Köstinger mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE George Tsereteli (li.) und dem Generalsekretär der OSZE-PV Roberto Montella (re.) anlässlich des Präsidiumstreffens im Dezember in Wien © Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Konferenz zum Thema "OSCE Security Policy – Female Perspectives": Nationalratspräsidentin Doris Bures mit der damaligen Präsidentin der OSZE-PV Christine Muttonen und der Vorsitzenden des Föderationsrates der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation Walentina Iwanowna Matwienko © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf mit dem Bürgermeister von Ottawa Jim Watson bei seiner Kanadareise im April 2017 © Parlament/Gerda Zweng

Sambia (7.-13.5.2017), China (1.6.2017), Japan (12.7.2017), Republik Korea (30.8.2017), Schweden (5.9.2017) und der Schweiz (25.10.2017).

Internationale Organisationen

Folgende SpitzenrepräsentantInnen internationaler und supranationaler Organisationen besuchten im Jahr 2017 das Hohe Haus: stv. Generaldirektor der Europäischen Kommission **Raffaele Mauro Petriccione** (21.2.2017), Generaldirektor der Europäischen Kommission für Beschäftigung, Soziales und Integration **Michel Servoz** (25.4.2017), Referatsleiter der Generaldirektion Handelspolitik der Europäischen Kommission **Lutz Güllner** (8.5.2017), Vizepräsident der Weltbank **Axel van Trotsenburg** (15.5.2017), Vizepräsident der Europäischen Kommission für den digitalen Binnenmarkt **Andrus Ansip**

(1.6.2017), UNIDO-Generaldirektor **Li Yong** (18.8.2017), ER-PV-Berichterstatte(rin) **Doris Fiala** (23.10.2017).

Interparlamentarische Versammlungen

Österreichische ParlamentarierInnen nahmen auch heuer regelmäßig sowohl an den statutarischen Konferenzen als auch an ausgewählten Spezialkonferenzen der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Konferenz der Europaausschüsse (COSAC), der Konferenz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sowie der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) teil.



Aussprache der österreichischen Delegation mit Nationalratspräsidentin Doris Bures mit der albanischen Delegation mit Parlamentspräsident Ilir Meta im Februar 2017 im Empfangssalon des Parlaments © Parlamentsdirektion/Thomas Topf



Besuch der Botschafterin der USA Alexa Wesner bei Nationalratspräsidentin Doris Bures im Jänner 2017
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf mit dem Botschafter der Republik Malta in Österreich Keith Azzopardi aus Anlass der Präsentation des maltesischen EU-Vorsitzprogramms im Jänner 2017
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Der Präsident des schwedischen Reichstages Urban Ahlin beim Eintrag in das Gästebuch des österreichischen Parlaments im April 2017 mit Nationalratspräsidentin Doris Bures
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer bei einer Aussprache im Rahmen seines Zypernbesuches im April 2017 © Parlament



Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Staatsduma Wjatscheslaw Wiktorowitsch Wolodin bei seinem Arbeitsbesuch in Moskau im Juni 2017
© Parlament/Gerda Zweng



Besuch des irischen Staatsministers für europäische Angelegenheiten und Datenschutz Dara Murphy im österreichischen Parlament: Zusammentreffen mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf und Mitgliedern von National- und Bundesrat © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen



Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedstaaten in Bratislava, April 2017: (v.li.) österreichischer Botschafter in der Slowakei Helfried Carl, Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, Nationalratspräsidentin Doris Bures und Parlamentsdirektor Harald Dossi
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf





Holocaust-Überlebende, Historikerin, Professorin – die Wienerin Gertrude Schneider lässt die Festgäste am Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus an ihren Erinnerungen teilhaben.

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus

Der jährlich am 5. Mai begangene Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus stellte in diesem Jahr die Erinnerungen der Historikerin Gertrude Schneider und das Werk des Komponisten Walter Arlen in den Mittelpunkt.

Nach einem im Jahr 1997 gefassten Entschluss des Nationalrates und des Bundesrates wird der 5. Mai, der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen alljährlich als Gedenktag begangen.

"Niemand hat den Holocaust einfach so überlebt", hielt Nationalratspräsidentin Doris Bures in ihrer Ansprache an die Gäste im historischen Sitzungssaal des Parlaments fest. "Überlebt haben den Holocaust

"Überlebt haben den Holocaust nur jene, die viel, sehr viel Glück hatten. Und Menschen hatten, die auf sie aufgepasst haben. Wir müssen auch aufpassen."

Nationalratspräsidentin Doris Bures

"Gewalt und Rassismus begegnen uns gerade aktuell wieder in all ihrer schockierenden Brutalität."

Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

nur jene, die viel, sehr viel Glück hatten. Und Menschen hatten, die auf sie aufgepasst haben. Wir müssen auch aufpassen", mahnte die Präsidentin weiter und verwies auf eine steigende Anzahl antisemitischer Vorfälle in Österreich. Anklagen nach

dem Verbotsgesetz und wegen Verhetzung häufen sich. So wurden im Vorjahr etwa über 1.300 Delikte in Verbindung mit Rechtsextremismus verzeichnet, doppelt so viele wie im Jahr 2014. Unsere Gesellschaft sei zunehmend geprägt von Ängsten – Angst vor dem Fremden, Angst vor Terror, der Arbeitslosigkeit oder der Zukunft unserer Kinder, so Bures. Daher sei es umso wichtiger, Verantwortung zu übernehmen, soziale Sicherheit zu schaffen und für Stabilität zu sorgen, um den Optimismus und die Zuversicht der Menschen wieder aufblühen zu lassen.

Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann betonte in ihrer Eröffnungsrede: "Gewalt und Rassismus begegnen uns gerade aktuell wieder in all ihrer schockierenden Brutalität." Auch wenn sich die Gesichter dahinter geändert hätten, das Wesen sei stets das Gleiche geblieben – Intoleranz aus Unwissenheit, Feindseligkeit aus Ungewissheit und Aggression aus Unsicherheit, so die Bundesratspräsidentin.

Die Ehrengäste und ihre Geschichten

Unter den Gästen im Sitzungssaal befand sich neben Bundespräsident Alexander Van der Bellen auch Bundeskanzler Christian Kern. Ehrengäste waren an diesem Gedenktag 2017 die Zeitzeugin und Holocaust-Überlebende Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gertrude Schneider und der Musikkritiker, Komponist und aufgrund seiner Herkunft zur Emigration gezwungene Prof. Walter Arlen.

Die Historikerin Gertrude Schneider, 1928 in Wien geboren, musste als Tochter einer jüdischen Familie den Transport von Wien in das Rigaer Ghetto und später in verschiedene Konzentrationslager erleben. Ihre Erlebnisse – Angst und Leiden, aber auch Momente des Glücks und der Liebe – hielt sie präzise in einem Tagebuch fest. Während sie gemeinsam mit ihrer Mutter und ihre Schwester Rita die Gräueltaten der Lager Kaiserwald, Stutthof und des Außenlagers Sophienwalde überleben konnte, starb der Vater kurz vor dem Ende des NS-Terrors im KZ Buchenwald. Die Mutter und beide Töchter wurden schließlich am



10. März 1945 auf dem Todesmarsch befreit. Nach anfänglicher Rückkehr in die Heimat fand sich die Familie in Wien schlechter Behandlung ausgesetzt. Im Jänner 1947 veranlasste die Mutter schließlich die Ausreise in die USA, wo Schneider 1972 ein Mathematikstudium

liche Wohnung und inhaftierte seinen Vater, welcher später in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht wurde. Mithilfe von Verwandten gelang es Arlen, 1939 in die USA auszuwandern – seine Eltern und seine Schwester Edith konnten schließlich mit noch

von ihm besorgten Visa nach London flüchten. In Amerika angekommen, startete Arlen eine Karriere als Komponist, Musikkritiker und später als Universitätsprofessor. 1969 gründete er unter anderem die Musikabteilung an der Loyola Marymount University in Los Angeles. Selbst bezeichnet sich Arlen als typischen Exilkomponisten und seine Musik als "im Grunde traurig". In Wien wird Arlens Musik heute regelmäßig im Rahmen von Konzerten aufgeführt. Auch am diesjährigen Gedenktag dienten seine Werke als musikalische Untermalung.



Die Holocaust-Überlebenden Getrude Schneider und Walter Arlen mit Bundesratspräsidentin Ledl-Rossmann und Nationalratspräsidentin Bures beim Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Parlament © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

abschloss und ein Jahr darauf in Neuerer Geschichte promovierte. Anschließend betätigte sie sich unter anderem als Historikerin und Präsidentin der PhD-Alumni Association an der City University in New York und publizierte mehrere Bücher. So schrieb sie über das Ghetto in Riga sowie über die Geschichte der österreichischen Jüdinnen und Juden von 1938 bis 1945.

"Ich durfte nicht weinen."

"Es tat weh und es wird immer wehtun."

Holocaust-Überlebende Gertrude Schneider

Universitätsprofessor und Komponist Walter Arlen, 1920 als Walter Aptowitz in Wien geboren, wurde schon in jungen Jahren als Musikgenie mit absolutem Gehör erkannt und gefördert. Als Zehnjähriger komponierte er bereits seine ersten Stücke. Unmittelbar nach dem „Anschluß“ 1938 überfiel die SA die elter-

liche Wohnung und inhaftierte seinen Vater, welcher später in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht wurde. Mithilfe von Verwandten gelang es Arlen, 1939 in die USA auszuwandern – seine Eltern und seine Schwester Edith konnten schließlich mit noch von ihm besorgten Visa nach London flüchten. In Amerika angekommen, startete Arlen eine Karriere als Komponist, Musikkritiker und später als Universitätsprofessor. 1969 gründete er unter anderem die Musikabteilung an der Loyola Marymount University in Los Angeles. Selbst bezeichnet sich Arlen als typischen Exilkomponisten und seine Musik als "im Grunde traurig". In Wien wird Arlens Musik heute regelmäßig im Rahmen von Konzerten aufgeführt. Auch am diesjährigen Gedenktag dienten seine Werke als musikalische Untermalung.

Arbeit gegen das Vergessen

Professorin Schneider, Rednerin des Gedenktags, schilderte auf berührende Weise nicht nur ihre Erlebnisse, sondern auch die ihres Mannes. Wie sie überlebte auch Eric Schneider die Shoah, das Paar ist seit 65 Jahren verheiratet. In ihrer Rede erzählte die Professorin vom Schmerz der Novemberpogrome, ihrem Schulverweis 1938, der Delogierung ihrer Familie, den Drohungen und der Verarmung: "Ich durfte nicht weinen", aber "es tat weh und es wird immer wehtun". Der Einmarsch der Nationalsozialisten sei eine Katastrophe gewesen, die man weder erwartet hätte, noch vergessen könne, so Schneider. Ihre Kraft und Beständigkeit schöpfte die gläubige Jüdin einst aus dem Wiener Turnertempel und dem dortigen "wundervollen" Religionsunterricht. Für ihre makellose Wiedergabe der damals gelernten Tempel-"Hymne" erhielt die heute 89-Jährige minutenlange Standing Ovation des Auditoriums.

Wichtigkeit des Erinnerns und Verantwortung aus der Geschichte

Je mehr Zeit vergehe, umso wichtiger werde das Erinnern, bekräftigte die Präsidentin der Länderkammer Ledl-Rossmann und unterstrich: "Was sich im Wesen unseres gemein-







samen Europa bereits gefestigt hat, darf nicht brüchig werden." Walter Arlen und Gertrude Schneider vererbten ihre Bücher und ihr Lebenswerk der Stadt Wien und einer Stiftung, ihre Geschichten sollen nicht in Vergessenheit geraten. Die beiden verbindet nicht nur die gemeinsame alte Heimat Wien, sondern auch ihre neu gefundene Heimat, die USA. Walter Arlen ließ sich in Kalifornien nieder, Gertrude Schneider lebt heute in New Jersey und Miami Beach.

*"Begonnen hat der
Holocaust hier, da draußen.
Bei uns, auch in Wien."*

Nationalratspräsidentin Doris Bures

Der Holocaust habe nicht in den Konzentrationslagern begonnen, dort habe er geendet, so Nationalratspräsidentin Bures. Sie erinnerte: "Begonnen hat er hier, da draußen. Bei uns, auch in Wien." Wir müssten aufpassen, dass so etwas nie wieder passiert – aus Verantwortung aus unserer Geschichte und gegenüber unserer Zukunft.

Gedenken an das Novemberpogrom im Volkstheater

Im Andenken an die sogenannte "Reichspogromnacht" 1938 sollte am 9. November die Österreichpremiere des Gastspiels "Strandlieder oder Die Euphorie des Seins" im Volkstheater stattfinden. Die Einladung zur Veranstaltung, einer Kooperation von Volkstheater und Parlament, erfolgte in Gemeinschaft mit dem Wiener Wiesenthal Institut. Im Stück tanzt die 92-jährige Auschwitz-Überlebende Éva Fahidi gemeinsam mit einer 60 Jahre jüngeren Frau und reflektiert so ihre Erfahrungen und Erlebnisse während der Shoah. In einem Dialog mit ihrer Tanzpartnerin Emese Cuhorka stehend, beantwortet Fahidi viele Fragen und erzählt von sich selbst. Ihr Tanz symbolisiert die Euphorie eines jungen Mädchens in seiner ostungarischen Heimatstadt Debrecen, wo der lila Strandlieder wuchert, noch vor der Deportation ins Konzentrationslager.

Infolge einer kurzfristigen Erkrankung der Hauptdarstellerin musste das Programm allerdings einer Änderung unterzogen und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Anstelle der Darbietung zeigte die Regisseurin von Strandlieder, Réka Szabó, bisher unveröffentlichte Teile aus ihrem Dokumentarfilm "Crying Will Get You Nowhere" über die Zusammenarbeit mit Éva Fahidi. Darin hielt sie die Entstehungsgeschichte der Aufführung fest, welche seit ihrer Premiere in Budapest 2015 mehr als 50 Mal ausverkauft dargeboten wurde.

**Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im
historischen Sitzungssaal des österreichischen Parlaments**
© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner





Spezielles Angebot im Rahmen der politischen Bildung: Führungen für Jugendliche ab zwölf und Lehrlinge © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner



10 Jahre Demokratiewerkstatt |

10 Jahre DemokratieWEBstatt

Mit der Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre im Jahr 2007 wurde ein europaweit einmaliger Schritt gesetzt: Jungen Menschen wird zugetraut, politische Entscheidungen zu treffen. Das Parlament bietet Kindern, Jugendlichen und Lehrlingen viele Möglichkeiten, sich mit Parlament, Demokratie und Medienkompetenz zu befassen.

Die Wahlrechtsreform 2007 zielte darauf ab, dass bei künftigen Wahlen auch Jugendliche am politischen Willensbildungsprozess teilhaben und dadurch auch gestalten können. Daher wurde im Oktober 2007 das bereits bestehende Kinder- und Jugendsegment des Parlaments überarbeitet und um die Demokratiewerkstatt und das Kinderinternet, die DemokratieWEBstatt, erweitert. Seit 2008 gibt es das Jugendparlament für die JungwählerInnen, 2015 folgte die Ausweitung auf eine neue Zielgruppe, die Lehrlinge.

Warum politische Bildung im Parlament?

Der Grundstein dafür, ob Menschen als aktive und selbstbestimmte BürgerInnen an der Gesellschaft teilhaben, wird bereits in jungen Jahren gelegt. Es wurden daher Kernbotschaften für Jugendliche entwickelt, die die Stärke und Aufgaben der Institution herausstellen und Interesse am gesamten parlamentarischen Leistungsspektrum, das mehr als Ausschuss- und Plenararbeit ist, weckt. Der parlamentarische Alltag soll auch in seiner Detailarbeit für die Jugend verständlich dargestellt werden.

Am Beginn 2007 gab es in der Demokratiewerkstatt vier Werkstätten für Kinder und Jugendliche von acht bis 15 Jahren zu den Themen Bundesgesetzgebung, Parlament, Medien und Grundrechte. Ende 2008 wurde das Angebot um eine Werkstatt zum Thema Geschichte der Republik erweitert, 2009 durch die Europawerkstatt ergänzt. Das Parlament als Ort von außerschulischer politischer Bildung ist für die Jugendlichen eine Gelegenheit, diese am Originalschauplatz zu erleben und gleichzeitig zu sehen, wie die Praxis funktioniert.

Die in den Inhalten der Werkstätten vorhandenen Anknüpfungspunkte wurden regelmäßig für aktuelle Schwerpunktsetzungen wie historische Jahrestage (z.B. Fall des Eisernen Vorhangs) oder aktuelle Ereignisse (z.B. Wahlen) genutzt. Mitglieder der Bundesregierung, StaatssekretäreInnen und Volks-

anwältInnen waren 2011/12 zum Themenschwerpunkt "Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive" zu



Der neue Standort der Demokratiewerkstatt: Pavillon Ring am Heldenplatz © Parlamentsdirektion/BKA/Christopher Dunker

Gast. 2013 gab es anlässlich der 75. Wiederkehr des "Anschlusses" Österreichs erstmals Workshops mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Medienkompetenz – Teil der politischen Bildung

Das Wissen über aktuelle politische Vorgänge und Diskussionen ist eine der wichtigsten Grundlagen der Partizipation an demokratischen Prozessen. Deshalb wird den Teilnehmenden interaktiv vermittelt, welche Informationsquellen es gibt, aber auch, wie – und von wem – diese Informationen gemacht werden und wie sie daher einzuordnen sind. Speziell die Medienwerkstatt soll die Fähigkeit vertiefen, aus dem vielfältigen Angebot an Medien die gesuchte Information zu finden sowie politische Inhalte in den verschiedenen Formaten zu erkennen. Das ermöglicht den Jugendlichen, auch die Inhalte in den Sozialen Medien einzuordnen und zu erkennen, dass es verschiedenste Sichtweisen zu einem Thema gibt.



SchülerInnen informieren sich über den Weg eines Gesetzes von der Idee bis zur Verabschiedung
© Parlamentsdirektion/BKA/Christopher Dunker

Lehrlinge als neue Zielgruppe ab 2015

Lehrlinge aus ganz Österreich können seit 2015 in den Workshops des Lehrlingsforums Demokratie, und damit Politik und Parlament, näher kennenlernen. In den Workshops und beim Lehrlingsparlament haben Lehrlinge die Möglichkeit zum direkten Gespräch mit ParlamentarierInnen.

Die Demokratiewerkstatt als internationales Vorbild

In regelmäßigen Abständen besuchten auch internationale Gäste während ihres Aufenthalts im österreichischen Parlament die Demokratiewerkstatt und standen dort den SchülerInnen ebenso für Gespräche zur Verfügung wie zahlreiche andere Gäste, die das Angebot und den Ablauf der Werkstätten näher kennenlernen wollten. Seit mehreren Jahren ist auch das Interesse anderer europäischer Parlamente auf das Angebot der Demokratiewerkstatt gerichtet. Daraus entwickelte sich die Idee, das Modell Demokratiewerkstatt auch in anderen Parlamenten umzusetzen. So wurde etwa im Jänner 2013 eine Demokratiewerkstatt nach österreichischem Vorbild im montenegrinischen Parlament eröffnet. Mittlerweile gibt es Initiativen zur Einrichtung einer Demokratiewerkstatt auch im Parlament des Kosovo und Interesse daran in Albanien.

Kinderinternet – die DemokratieWEBstatt

Gleichzeitig mit der Demokratiewerkstatt wurde die Kinderinternetseite des österreichischen Parlaments – die DemokratieWEBstatt www.demokratiewebstatt.at – ebenfalls zehn Jahre alt! Die Webstatt entwickelte sich von einer ursprünglich kleinen Plattform zu einer mittlerweile umfangreichen Website mit breitgefächerten Informationen zu Demokratie, Parlamentarismus und aktuellen Schwerpunktthemen. Die DemokratieWEBstatt steht für Themenvielfalt: Neben den fix bestehenden Inhalten zu Demokratie, Politik, Gesetzgebung und Wahlen werden laufend neue Themenbereiche aufbereitet und so das Internetangebot sukzessive erweitert. Die NutzerInnen, Kinder und Jugendliche zwischen acht und 14 Jahren, erhalten altersgerecht aufbereitete Informationen, wobei interaktive Elemente wie Quiz- oder Onlinespiele, virtuelle Touren durch das Parlament oder ein Gesetzesgenerator einen spielerischen Zugang ermöglichen und Interesse an diesem Themenspektrum wecken. Mehrmals im Jahr werden Schulklassen Onlinechats mit PolitikerInnen ermöglicht, in denen auch tagesaktuelle Fragen behandelt werden. Ergänzend sind E-Books zu den einzelnen Themen erhältlich. Ein wichtiger Pfeiler bei den Themen sind die für PädagogInnen zur Verfügung gestellten Unterrichtsmaterialien, die es den Lehrerinnen und Lehrern erleichtern, die SchülerInnen im Unterricht mit dem jeweiligen Thema vertraut zu machen.

Die so genannten Medienprodukte aus der Demokratiewerkstatt (Radio, Film oder Zeitung), die als Ergebnis der Workshops entstehen, werden nach den Workshops in einem eigenen Archiv dieser Website publiziert und bleiben somit für die Kinder und Jugendlichen als Erinnerung ständig abrufbar.

Aufgrund der Zugriffszahlen ist feststellbar, dass die Inhalte der DemokratieWEBstatt nicht nur in Österreich, sondern im gesamten deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich und Schweiz) sehr intensiv abgefragt werden.

Die DemokratieWEBstatt ist auch auf Facebook vertreten:



Demokratiewebstatt

www.demokratiewebstatt.at
www.reininsparlament.at
lehrlingsforum.parlament.at





Nationalratspräsidentin Elisabeth Köstinger schmückt mit Kindern
den Weihnachtsbaum des Parlaments Anfang Dezember 2017 © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

"Unser Parlament" – Abschied aus dem Hohen Haus

Im Rahmen einer großen Feier verabschiedeten sich Ende Juni MitarbeiterInnen und zahlreiche Gäste vom Parlament. Die Säulenhalle des historischen Gebäudes als Zentrum der Demokratie bot den Rahmen für einen Blick zurück und die Präsentation eines umfangreichen Bild- und Textbands.

Mit dem Kurzfilm "Unser Parlament" ließen die PräsidentInnen des Nationalrates, die Präsidentin des Bundesrates, ehemalige NationalratspräsidentInnen wie Andreas Khol oder Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, die Klubobleute sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion aus den unterschiedlichsten Fachbereichen die Zeit im Haus am Ring Revue passieren. Zugleich wurde das jüngst von der Edition Ausblick in Kooperation mit dem Projekt Sanierung Parlament herausgegebene Buch "Mein Parlament" präsentiert, in dem JournalistInnen ihre Erlebnisse im Hohen Haus schildern und Fotografinnen ihre Erfahrungen mit besonderen Aufnahmen dokumentieren. Volkstheater-SchauspielerInnen lasen im Rahmen der Veranstaltung einige der vielen Geschichten, die vom historischen Parlamentsgebäude geprägt wurden.

Erlebnisse und Anekdoten aus dem Parlament

So schreibt im Buch beispielsweise die ehemalige ORF-Journalistin und spätere Abgeordnete zum Nationalrat Gertrude Aubauer darüber, was JournalistInnen und der Öffentlichkeit vom Geschehen im Hohen Haus oftmals verborgen bleibt, über Maria Fekters versteckten Schuh oder den Fensterstieg eines ehemaligen Finanzministers. Über das Staunen von BesucherInnen ob der nüchternen Gestaltung des Plenarsaals im alten Hohen Haus, die im Zuge der Sanierung wegfallenden Raucherräume sowie über den großteils unbekannten Fitnessraum im Keller des Parlaments wird von Journalistin Annette Gantner berichtet. An anderer Stelle erzählt der pensionierte Journalist Karl Danninger von den Zwischenrufen der Hinterbänkler und einer zum Schlaf- und Arbeitsraum umfunktionierten Arbeitskammer eines ehemaligen

Nationalratsabgeordneten in einem versteckten Kellerraum. Diese und viele weitere beeindruckende Geschichten können in "Mein Parlament" nachgelesen werden und formen neue Sichtweisen auf das Geschehen hinter den Kulissen des denkwürdigen Hauses. Ergänzt um zahlreiche Bilder namhafter Fotografinnen bietet der Band Einblicke, die der Öffentlichkeit in dieser Form bisher nicht zugänglich waren.



ParlamentWien



#OeParl

Informationen zum Buch

Parlamentsdirektion – Projekt Sanierung
Parlament (Hrsg.)

MEIN PARLAMENT

JournalistInnen und Fotografinnen schildern
ihre Erinnerungen an die Arbeit im Hohen Haus
Edition Ausblick 2017

24 Euro

ISBN 978-3-903798-60-1



Die Leiterin der Parlamentsbibliothek, Elisabeth Dietrich-Schulz berichtet im Rahmen der Buchpräsentation "Mark Twain. Reportagen aus dem Reichsrat 1898/1899" im Oktober 2017 über ihren Sensationsfund des unbekannten Twain-Aufsatzes.

"Mark Twain. Reportagen aus dem Reichsrat"

Lange Zeit war es in Vergessenheit geraten: Zwischen 1897 und 1899 lebte Mark Twain mit seiner Familie in Wien und besuchte nicht nur zahlreiche Veranstaltungen, sondern auch Sitzungen des Reichsrates im Parlamentsgebäude am Ring. Seine Erlebnisse dort protokollierte er mit feiner Klinge bis in kleinste Details in zwei Reportagen.

Der US-amerikanische Autor Mark Twain, der mit seinen Erzählungen über die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn Weltruhm erlangte, war einer der großen Chronisten seiner Zeit. Ende des 19. Jahrhunderts lebte er für zwei Jahre in Wien und beschrieb die damaligen Entwicklungen in der Hauptstadt des Habsburgerreichs, darunter auch Sitzungen des Reichsrates. Mit humorvollem aber auch kritischem Blick kommentiert der Autor mit feiner Klinge jede noch so kleine Nuance der Sitzungen. Politisch ist das Ende des 19. Jahrhunderts eine Zeit der nationalen Spannungen, im Abgeordnetenhaus gehen die Wogen hoch. Mark Twain sitzt mittendrin, auf der Pressetribüne, seine Reportagen sind bis heute spannend und aktuell. Die Parlamentsdirektion hat daher die Texte Twains mit umfassendem Begleitmaterial in einer bibliophilen Ausgabe in Kooperation mit dem Residenz Verlag neu veröffentlicht.

Mehr als 100 Jahre alte Beobachtungen liefern bis heute wichtige Erkenntnisse

Die damalige Nationalratspräsidentin Doris Bures meinte bei der Präsentation des von der Parlamentsdirektion herausgegebenen Bandes, Twains Beobachtungen der Gesellschaft seien zwar mehr als 100 Jahre alt, "aber sie sind so scharfsinnig gewesen, dass sie bis heute wichtige Erkenntnisse liefern".

Bures nahm auch die Gelegenheit wahr, um auf die Parallelen zur heutigen Politik und auf den baldigen Wahlgang hinzuweisen: "Seine lebendigen Schilderungen des parlamentarischen Alltags im Reichsrat können wir heute – genau 120 Jahre später – als Mahnung betrachten: Sie zeigen uns, wie das sture Beharren auf die eigene Position und engstirniger Nationalismus konstruktive Debatten zerstören, Kompromisse verunmöglichen und das politische Klima vergiften."

Bibliothekarisches Jagdfieber und das Finden eines unbekannten Aufsatzes

Besonderen Einfluss auf die Entstehung hatte allen voran Bibliotheksdirektorin Elisabeth Dietrich-Schulz. Sie erzählte in ihrer Rede bei der Veranstaltung vom "Erwachen des bibliothekarischen Jagdfiebers": "Bei meinem Eintritt in die Parlamentsbibliothek 1989 trug mir ein Journalist zu, dass es einen parlamentsrelevanten Text des berühmten Schriftstellers gäbe. Wie findet man einen Aufsatz, dessen Titel man nicht kennt? Digitalisierte Texte gab es damals auch noch nicht. An der Universität Wien fand ich einen Aufsatz, in welchem Twain seine Eindrücke von der 20. Sitzung des Abgeordnetenhauses des Reichsrats am 28. Oktober 1897 schildert, in der Otto Lecher, deutschnationaler Abgeordneter, durch eine zwölfstündige Dauerrede die Rücknahme der Badenischen Sprachverordnungen zu erzwingen versuchte. Ich begab mich auf die Suche nach einer Übersetzung des Textes ins Deutsche und stieß bei meiner Recherche in Österreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten auf einen weiteren parlamentsrelevanten Text mit dem Titel 'The Austrian Parliamentary System? Government by Article 14'."

Das Buch mit seinen zahlreichen Abbildungen und zwei Hör-CDs – wie bei der Präsentation des Buches in der Hofburg gelesen vom bekannten österreichischen

Informationen zum Buch

Mark Twain

Hermann Beil (Sprecher)

Parlamentsdirektion (Hrsg.)

REPORTAGEN AUS DEM REICHSRAT 1898/1899

Mit Originaltexten, aus dem amerikanischen Englisch übersetzt von Jacqueline Csuss und Werner Richter. Mit Hörbuchbeilage (2 CD),

Sprecher Hermann Beil

Residenz Verlag 2017

25 Euro

ISBN: 978-3-701734-27-6

Dramaturgen Hermann Beil – ist in jeder Hinsicht ein Genuss. Die grafische Gestaltung zeichnet sich besonders durch Anklänge an die Architektur des Parlaments aus, bereits im Vor- und Nachsatz kann man den Pavonazzo-Marmor des Vestibüls erkennen.

Die Originaltexte und deren Übersetzungen von Jacqueline Csuss und Werner Richter, Beiträge unter anderem von Hermann Beil, Christoph Konrath und Andreas Pittler zur historischen Kontextierung der Twain-Texte sowie Abbildungen des historischen Parlamentsgebäudes zeigen einen umfassenden, mit Akribie aufbereiteten Einblick in die Zeit von damals.

"Frauen am Wort oder Der lange Weg der Erkenntnis"



Im Rahmen des Literaturfestivals "Österreich liest. Treffpunkt Bibliothek" veranstaltete das Parlament im Oktober eine Lesung mit Auszügen aus frauenpolitisch wichtigen Parlamentsdebatten.



Alfred Fried Photography Award

Zum mittlerweile fünften Mal wurde heuer der Alfred Fried Photography Award vergeben, der die Frage "Wie sieht Frieden aus?" stellt. In diesem Jahr wurde ein Selbstportrait zum Siegerbild aus fast 4.500 Einreichungen mit über 17.000 Bildern gewählt.

Cletus Nelson Nwadike, ein schwedischer Künstler nigerianischer Abstammung, konnte die Jury mit seinem Selbstportrait "Peace is the greatest thing" in verschneiter Landschaft überzeugen. Die wahre Aussagekraft von Nwadikes Aufnahme erschließt sich allerdings erst durch die dahinterliegende Geschichte. In einer Zeit des Aufruhrs und blutiger Konflikte Mitte der Sechzigerjahre in Nigeria geboren, begann der heute in Schweden lebende Künstler mit elf Jahren zu fotografieren. Nach dem Fotografiestudium in Schweden konnte er sich dort als erfolgreicher Fotograf etablieren. Das Land wurde für ihn zum Inbegriff für Frieden und Sicherheit.

Friedensnobelpreisträger als Namensgeber

Alfred Fried, der Namensgeber des Awards für das Friedensbild des Jahres, war österreichischer Schriftsteller und überzeugter Pazifist. Er rief die erste Friedensbewegung ins Leben und gründete die Zeitschrift "Die Waffen nieder!". 1911 wurde seine Arbeit mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt. Der Alfred Fried Award entstand durch Zusammenarbeit der Photographischen Gesellschaft und der Edition Lammerhuber. Die Ausschreibung des Preises erfolgte durch das österreichische Parlament, die Vereinigung der ParlamentsredakteurInnen, die UNESCO und das International Press Institute. 2017 wurde

die Auszeichnung außerdem erstmals durch die Stiftung World Press Photo unterstützt.

Die Macht der Bilder als Botschaft des Friedens

Zum vierten Mal diente das Parlament als Rahmen der feierlichen Preisverleihung. In Vertretung der Nationalratspräsidentin Doris Bures hieß Parlamentsdirektor Harald Dossi die PreisträgerInnen, Jurymitglieder und zahlreichen Gäste willkommen. Wie in den Vorjahren wird das Siegerbild seitens des Parlaments prominent gezeigt und damit eine Botschaft des Friedens an die ganze Welt entsandt. Der Executive Director des Nobel Peace Center in Oslo Liv Tørres meinte im Rahmen der Preisverleihung, dass Kommunikation auf dem Weg zur Friedensbildung eine zentrale Rolle einnehme. Mit Bildern könne über Kultur- und Sprachbarrieren hinweg kommuniziert und Bewusstsein geschaffen werden. Die Darstellung von Frieden sei daher essenziell für die Friedenserreichung.

Neben dem Sieger Cletus Nwadike wurden dieses Jahr noch vier weitere KünstlerInnen mit der Alfred-Fried-Medaille ausgezeichnet: Jonathan Bachman (USA), Yoann Cimier (Tunesien/Frankreich), Carla Kogelman (Niederlande) und Zongren Xing (China). Das Preisgeld wurde von der internationalen Jury mit 10.000 Euro dotiert.

Bilanz der Verleihungen 2013-2017

Jahr	A. Fried Photography Award	Fotoserie	Einreichungen	Bilder
2017	Cletus Nelson Nwadike (SWE)	"Peace is the greatest thing"	4.476	17.147
2016	Helena Schätzle (DEU)	"Devoted to life"	3.721	16.883
2015	Patricia Willocq (BEL)	"Look at me, I am beautiful"	3.551	14.115
2014	Emil Gataullin (RUS)	"Towards the Horizon"	1.549	5.271
2013	Henning Bode (DEU)	"Gottfried"		



Die Arbeit des Nationalrates im Jahr 2017

in Zahlen (XXV. Gesetzgebungsperiode)

Mehr als 192 Stunden hat der Nationalrat im vergangenen Jahr in 40 Plenarsitzungen getagt und dabei 113 Gesetze beschlossen. 32,7 Prozent aller Beschlüsse sind von den sechs Fraktionen gemeinsam gefasst worden. Außerdem haben die Abgeordneten über 2.745 Anfragen an Mitglieder der Bundesregierung gerichtet.

Übersicht betreffend die schriftlichen Anfragen im Kalenderjahr 2017

gerichtet an	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	NEOS	STRONACH	OK	Gemeinsam	Gesamt
Bundeskanzler	1	2	37	17	9	4	26	–	96
BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	5	2	143	26	41	14	26	–	257
BM für Bildung	1	2	84	22	8	6	31	–	154
BM für Europa, Integration und Äußeres	15	–	48	23	25	4	24	–	139
BM für Familien und Jugend	5	–	48	21	9	3	24	–	110
BM für Finanzen	14	–	81	34	18	6	27	–	180
BM für Gesundheit und Frauen	4	1	179	27	36	12	51	–	310
BM für Inneres	26	1	189	36	20	13	42	–	327
BM für Justiz	12	–	77	33	15	5	25	–	167
BM für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien	1	–	61	20	7	2	24	–	115
BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft	4	–	73	26	7	16	31	–	157
BM für Landesverteidigung und Sport	1	1	69	21	7	4	26	–	129
BM für Verkehr, Innovation und Technologie	3	10	74	27	11	6	289	–	420
BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft	2	–	68	53	21	13	27	–	184
Präsidentin des Nationalrates	1	–	2	3	1	–	–	–	7
Präsident des Rechnungshofes	–	–	2	1	–	1	–	–	4
Summe	95	19	1.235	390	235	109	673	0	2.756



Übersicht betreffend die Tätigkeit des Nationalrates im Kalenderjahr 2017

	GESAMT	ABSTIMMUNG			
ANZAHL DER PLENARSITZUNGEN	40				
davon Sondersitzungen	3				
davon Zuweisungssitzungen	21				
DAUER DER PLENARSITZUNGEN					
Stunden	192				
Minuten	57				
		einstimmig		mehrstimmig	
		Anz.	PROZENT	Anz.	PROZENT
VOM PLENUM BESCHLOSSEN, GENEHMIGT BZW. ZUR KENNTNIS GENOMMEN:					
Gesetze	113	37	32,74	76	67,26
davon Bundesverfassungsgesetze	2	–	–	2	100,00
Staatsverträge	19	15	78,95	4	21,05
Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG	4	3	75,00	1	25,00
Berichte der Bundesregierung	11	2	18,18	9	81,82
Berichte der Volksanwaltschaft	1	1	100,00	–	–
Berichte des Rechnungshofes	29	29	100,00	–	–
Stenoprotokolle über parlamentar. Enqueten	–	–	–	–	–
Anträge der Bundesregierung gemäß Art. 49b B-VG	–	–	–	–	–
Beschlüsse zu Vorlagen betr. den ESM	–	–	–	–	–
Vorhaben und Berichte in Angelegenheiten der EU	–	–	–	–	–
Initiativen und Beschlüsse des Europäischen Rates	–	–	–	–	–
VON AUSSCHÜSSEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN:					
Berichte der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder	32	12	37,50	20	62,50

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN	
Mitglieder der Bundesregierung	2.745
davon Dringliche Anfragen	4
Präsidentin des Nationalrates	7
Präsidentin des Rechnungshofes	4
Ausschussobleute	–
FRAGESTUNDEN	6
Aufgerufene Mündliche Anfragen	72
Mündliche Zusatzfragen	53
AKTUELLE STUNDEN	9
AKTUELLE EUROPASTUNDEN	3
AUSSCHUSSSITZUNGEN	127
Unterausschusssitzungen	23
UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSSITZUNGEN	18
SITZUNGEN VON ENQUETE-KOMMISSIONEN	–
SITZUNGEN VON ENQUETEN	–
SITZUNGEN DER PRÄSIDIALKONFERENZ	13

Dringliche Anfragen, Dringliche Anträge, Petitionen und BürgerInneninitiativen

Dringliche Anfragen	4
davon SPÖ	1
davon ÖVP	–
davon FPÖ	–
davon GRÜNE	2
davon NEOS	1
davon STRONACH	–
Dringliche Anträge	3
davon SPÖ	–
davon ÖVP	–
davon FPÖ	–
davon GRÜNE	2
davon NEOS	1
davon STRONACH	–
Petitionen	15
BürgerInneninitiativen	10

Service- und Informationsangebote des österreichischen Parlaments

Infoteam für BürgerInnen

Suchen Sie nach Informationen zum parlamentarischen Geschehen, zum Gesetzgebungsprozess, den parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten oder zu einzelnen MandatarInnen? Das Infoteam hilft bei Fragen zu Parlamentarismus und Demokratie.

Kontaktieren Sie uns telefonisch oder per E-Mail:

- Mo-Fr: 9:00-15:00 Uhr

Tel.: +43 1 401 10-11

info@parlament.gv.at

Parlamentsführungen

Öffentliche Führungen

Für Einzelpersonen ist es möglich, ohne Voranmeldung an einer Führung teilzunehmen. Diese finden von Montag bis Samstag zu vorgegebenen Terminen statt. Die Führungen in Hofburg und Palais Epstein werden auch in englischer Sprache angeboten.

Führungen in der Hofburg

Bis Mitte Juli 2018 (ausgenommen Feiertage):

- Mo-Do: 10:45, 13:45, 14:45, 15:45 Uhr
- Fr: 10:45, 12:45, 13:45, 14:45, 15:45 Uhr
- Sa: 10:45, 11:45, 12:45, 13:45, 14:45, 15:45, 16:45 Uhr

Bis Mitte September 2018

(ausgenommen Feiertage):

- Mo-Sa: 10:45, 11:45, 12:45, 13:45, 14:45, 15:45 Uhr

Aufgrund parlamentarischer Notwendigkeiten muss sich die Parlamentsdirektion gegebenenfalls eine kurzfristige Absage von Terminen vorbehalten; mehr unter www.parlament.gv.at/GEBF, Menüpunkt: Tage ohne Führungen. Der Eintritt ist kostenlos.

Führungen im Palais Epstein

Am Samstag um 10:30 und um 13:30 Uhr werden öffentliche Führungen durch die Repräsentationsräume des Palais Epstein angeboten. Dabei lässt man die Vergangenheit der Bankiersfamilie aufleben.

Führung am Heldenplatz

Die neu angebotene Führung "Demokratie.Macht. Orte" hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich zu erläutern. Bei einem Rundgang auf dem Heldenplatz und seiner Umgebung werden zentrale demokratische Prinzipien vermittelt.

Die Führungen finden von Montag bis Samstag, 10:30 und 13:30 Uhr, statt.

Tickets:

Während der Öffnungszeiten sind an den Shopkassen der einzelnen Standorte (Haupteingang Josefsplatz, Bau.Stelle beim Parlamentsgebäude und Platz.Mit.

Bestimmung Heldenplatz) Eintrittskarten für das gesamte Führungsangebot der Parlamentsdirektion erhältlich.

Anmeldung:

Tel.: +43 1 401 10-2400

besucherservice@parlament.gv.at

Angebote für Kinder, Jugendliche und Lehrlinge

Demokratiewerkstatt

Kinder und Jugendliche lernen in interaktiven Workshops, wie Demokratie funktioniert und welche Rolle das Parlament dabei hat. Die jeweiligen Themen und Inhalte im Angebot der politischen Bildung sind altersgemäß für 8- bis 14-Jährige aufbereitet und werden in Form eines Film-, Radio- oder Zeitungsbeitrags erarbeitet. Dieser kann danach auf der Kinderinternetseite des Parlaments (DemokratieWEBstatt) abgerufen werden.

Ort: Pavillon Ring, Heldenplatz 10, 1010 Wien

Kontakt: Tel.: +43 1 401 10-2930

demokratiewerkstatt@parlament.gv.at

www.demokratiewebstatt.at

www.facebook.com/demokratiewebstatt

Lehrlingsforum der Demokratiewerkstatt

Das Lehrlingsforum vermittelt Lehrlingen im Alter von 15 bis 24 Jahren lebensnahe Inhalte zu Parlament und Demokratie. Drei thematisch unterschiedliche Workshops möchten das Interesse an Politik wecken und anhand konkreter Beispiele zeigen, wie man sich als Lehrling an demokratischen Prozessen beteiligen kann.

Ort: Pavillon Ring, Heldenplatz 10, 1010 Wien

Kontakt: Tel.: +43 1 401 10-2927

lehrlingsforum@parlament.gv.at

www.lehrlingsforum.parlament.at

Jugendparlament/Lehrlingsparlament

Einmal ParlamentarierIn sein! Persönlich erleben, wie Politik funktioniert und seine Meinung geltend machen, das ist im regelmäßig stattfindenden Jugend- und Lehrlingsparlament möglich. SchülerInnen der neunten Schulstufe sowie Lehrlinge können in diesem Rahmen die Rolle von Abgeordneten übernehmen und zu einem aktuellen Thema mit Unterstützung von PolitikerInnen diskutieren.

Kontakt: Tel.: +43 1 401 10-2940

jugend@parlament.gv.at

www.reininsparlament.at

Führungen für Jugendliche und Lehrlinge

Für Jugendliche ab zwölf sowie für Lehrlinge werden spezielle altersgerechte Führungen durch Räume des Parlaments in der Hofburg angeboten.

Anmeldung und Information:

Tel.: +43 1 401 10-2400

besucherservice@parlament.gv.at



Besuch von Plenarsitzungen

Die Sitzungen des Nationalrates und des Bundesrates sind öffentlich zugänglich. Für den Zutritt zum Gebäude benötigt man einen gültigen Lichtbildausweis. Für Einzelpersonen sind im Normalfall Sitzplätze vorhanden. Für Gruppen über fünf Personen ist eine Anmeldung nötig.

Anmeldung und Information:

Tel.: +43 1 401 10-2400 (Galeriebesuch)

besucherservice@parlament.gv.at

Infopoints

Die neu angelegten Infopoints bieten allen BesucherInnen des DemokratieQuartiers ein umfassendes Informationsangebot rund um Parlamentsführungen, die Sanierung des Parlamentsgebäudes, Demokratie und Parlamentarismus und vieles mehr. Der Infopoint Bau-Stelle befindet sich vor dem Parlamentsgebäude am Ring, den Infopoint Platz.Mit.Bestimmung finden Sie im Erdgeschoss des Pavillon Burg am Heldenplatz. Ein weiterer Infopoint wurde zudem am Haupteingang Josefsplatz in der Hofburg eingerichtet.

Öffnungszeiten und Kontakt:

Haupteingang Josefsplatz

- Mo-Fr: 9:00-19:00 Uhr
- Sa: 10:00 bis 18:00 Uhr

Tel.: +43 1 401 10-2006

Bau-Stelle

- Mo-Sa: 10:00-18:00 Uhr

Tel.: +43 676 8900 2005

Platz.Mit.Bestimmung

- Mo-Sa: 10:00 bis 18:00

Tel.: +43 1 401 10-2004

Pressedienst

Der Pressedienst informiert via APA-OTS, auf www.parlament.gv.at und in den Sozialen Medien über das aktuelle parlamentarische Geschehen und ist die Servicestelle für MedienmitarbeiterInnen.

Kontakt: Tel.: +43 1 401 10-2272

pressedienst@parlament.gv.at

Impressum

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich

Redaktion und Bildredaktion: Andreas Pittler (CR), Susanne Roth, Bernhard Zofall

Textbeiträge (in alphabetischer Reihenfolge): Barbara Eder, Wolfgang Hofstätter, Jutta Kepplinger, Katharina Klement, Pia Klotzinger, Gerhard Koller, Sabine Korydek, Gerhard Marschall, Lukas Mussi, Andreas Pittler, Petra Rund, Evelyn Seidler, Katharina Stourzh, Joseph Wirnsperger

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): Dieter Weisser

Korrektorat: Aida Besirevic, Johanna Seitner

Bildnachweis Cover: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Bildnachweis Bildleiste: © Parlamentsdirektion/BKA/Christopher Dunker; Parlamentsdirektion/

Michael Buchner, Willibald Haslinger, Thomas Jantzen, Thomas Topf, Johannes Zinner, Bernhard Zofall; Parlamentsdirektion/Jabornegg&Pálffy_AXIS/ZoomVP

Druck: Ueberreuter

Wien, im Jänner 2018

Parlamentskorrespondenz

In den Meldungen der Parlamentskorrespondenz sind die parlamentarischen Diskussionen und Veranstaltungen kompakt zusammengefasst – ein unabhängiger Wegweiser durch den Gesetzgebungsprozess von der Initiative über die Ausschüsse bis hin zu den Plenarsitzungen. Mit einem kostenlosen E-Mail-Abonnement erhalten Sie die Aussendungen direkt.

Medienservice

Der Pressedienst ist Ansprechpartner für MedienmitarbeiterInnen, die im Parlament recherchieren, fotografieren oder filmen möchten. Die Abteilung wickelt die Medienanfragen für die Parlamentsdirektion ab und betreut MedienmitarbeiterInnen bei öffentlichen Sitzungen oder Veranstaltungen.

Social Media

Der Pressedienst ist auch die Social-Media-Redaktion für Facebook "Parlament Österreich", Twitter @OeParl, Instagram @oe parl und YouTube Parlament Österreich. Videoproduktionen ergänzen das Informationsangebot.

Parlamentsbibliothek

Als Forschungs- und Informationszentrum für Demokratie, Parlamentarismus, Politik und Recht bietet die Parlamentsbibliothek mehr als 360.000 Bücher, rund 270 aktuelle Fachzeitschriften und Zeitungen sowie zahlreiche Online-Datenbanken. Der Bibliothek ist das Parlamentsarchiv angeschlossen, das die Archivalien der gesetzgebenden Körperschaften ab 1861 umfasst.

Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr

Beachten Sie bitte, dass für den Zutritt die Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises notwendig ist!

Telefon +43 1 401 10-2285

bibliothek@parlament.gv.at

Online-Suchportal

bibliothek.parlament.gv.at

www.parlament.gv.at/bibliothek

www.parlament.gv.at/archiv





Blick vom Parlamentsdach über den Heldenplatz zur Hofburg
© Parlamentsdirektion/Michael Buchner



@OeParl



ParlamentWien
Demokratiewebstatt



#OeParl



Parlaments-APP



www.parlament.gv.at

